

medien

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

& zeit

ISSN 0259-7446

€ 4,40

**Thema:
Kommunikations-
geschichte in neuen
EU-Ländern II**

**Wandlungen
der tschechischen
Medienlandschaft
(1993-2003)**

**Wiener Werbung
in Pressburg
1870-1918**

**Transformationsprozesse
in Ungarn**

**Kommunikations-
wissenschaftliche
Transformations-
forschung, quo vadis?**

**Die erste
tschechischsprachige
Zeitung Wiens**

2/2004

Jahrgang 19

medien & zeit

Inhalt

Wandlungen der tschechischen Medienlandschaft (1993-2003)	4
Jan Jiráček / Barbara Köpplová	
Wiener Werbung in Pressburg 1870 – 1918	10
Danuša Serafínová / Jozef Vatrál	
„Ich bin kein Pessimist, obwohl...“ Thomas Várkonyi im Gespräch mit Gábor Kapitány über die Transformation des ungarischen Mediensystems	17
Kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung, quo vadis? Eine theoretische und empirische Skizze	24
Stefan Jarolimek	
„České vědecké poštovní noviny“ Die erste tschechischsprachige Zeitung Wiens (1761)	35
Wolfgang Duchkowitsch	
Rezensionen	44

Impressum

Medieninhaber:

Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442
<http://muz.pub.univie.ac.at>
 WAP: <http://muz.pub.univie.ac.at/wap/>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

Vorstand des AHK:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann),
 a.o. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell (Obmann-Stv.),
 Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer),
 Mag. Bernd Semrad (Geschäftsführer-Stv.),
 Mag. Claudia Spitznagel (Schriftführerin),
 Christian Schwarzenegger (Schriftführer-Stv.),
 Mag. Wolfgang Monschein (Kassier),
 Marion Linger (Kassier-Stv.)

Redaktion:

Wolfgang Duchkowitsch, Bernd Semrad

Lektorat und Layout:

Gaby Falböck, Bernd Semrad

Redaktion Buchbesprechungen:

Gaby Falböck (gabriele.falboeck@univie.ac.at)

Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),
 Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),
 Univ.-Prof. Dr. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),
 Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),
 Dr. Markus Behmer (München),
 Prof. Dr. Rudolf Stöber (Bamberg)

Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer,
 1010 Wien, Dominikanerbastei 10

Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): € 4,40
 Doppelheft (exkl. Versand): € 8,80

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 16,—
 Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 21,80

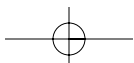
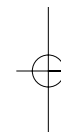
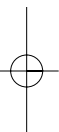
StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 11,60
 Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 17,40

Bestellung an:

Medien & Zeit, A-1180 Wien, Postfach 442
 oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446



Editorial

Vor wenigen Wochen erweiterte sich die Europäische Union von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten. Neue Partner in der Gemeinschaft sind auch die Nachbarn Österreichs im ehemaligen „Osten“. Mit dem Beitritt dieser Staaten wurde nicht nur die Nachkriegsordnung Europas endgültig in die Geschichtsbücher verbannt, sondern auch ein Reformprozess mit einer neuen Qualität versehen, der mit der „Wende“ 1989ff. begonnen wurde.

Medien & Zeit setzt mit diesem Heft einen mit der Ausgabe 3/2003 gestarteten Schwerpunkt fort, der sich mit Entwicklungen und Erkenntnissen der Kommunikationsgeschichte in neuen EU-Ländern beschäftigt. Nachdem im Vorjahr Formierung, Institutionalisierung und Entwicklung des Fachs in diesen Ländern im Vordergrund stand, waren die BeiträgerInnen diesmal aufgefordert, konkrete Forschungsbemühungen zu skizzieren und vorzustellen. Dabei kristallisierte sich unabhängig voneinander ein starker Schwerpunkt im Bereich der Transformationsforschung heraus – da sich dieses Erkenntnisinteresse sehr stark auf vergangene Prozesse und Wandlungen im Mediensystem bezieht, lässt sich namentlich auch das Engagement von KommunikationshistorikerInnen erklären.

Eröffnet wird dieses Heft von den Prager Kommunikationswissenschaftlern Jan Jirák und Barbara Köpplová. Sie überblicken in ihrem Beitrag den Wandel des tschechischen Mediensystems seit 1993. Dass es sich dabei um eine zusammenfassende Zwischenbilanz handelt, wird durch den Umfang der von den Transformationsprozessen betroffenen Bereiche erklärbar. Für endgültige Erkenntnisse ist die Zeit noch nicht reif, der Bedarf an Forschung noch nicht abschätzbar. Medienökonomie, politische Ökonomie, Rezeptions- und Berufsfeldforschung sind (neben einigen anderen) gleichermaßen gefordert, um den Transformationsprozess hinlänglich erklären zu können.

Ein ähnliches Bild zeichnet Gábor Kápitany, ungarischer Kulturanthropologe, im Gespräch mit *Medien & Zeit*. Er urteilt über die Transformation des ungarischen Mediensystems, indem

er ihm Nivellierung und Homogenisierung attestiert. Da diese Prozesse in Ungarn schon früher als in anderen Reformstaaten einsetzten, ist der historisierende Blick bereits weniger getrübt.

Von konkreten Forschungen berichten Danuša Serafinová und Jozef Vatrál. Der Beitrag fasst Ergebnisse eines jüngst abgeschlossenen Forschungsprojekts zusammen: Untersucht wurden die Annoncen und Inserate in der deutschsprachigen Pressburger Presse im Zeitraum von 1870 bis 1918, dem Zerfall der „Donaumonarchie“. Ein reich illustrierter Band ist im Erscheinen, hier werden einige Detailergebnisse präsentiert.

Stefan Jarolimek stellt anhand seines Dissertationsvorhabens theoretische und methodische Vorüberlegungen zur Transformationsforschung an. Dass er sich dabei auf weiten Strecken an der Systemtheorie orientiert, unterstreicht das vielgestaltige Erscheinungsbild des Erkenntnisobjekts „Transformation“ (des Mediensystems). Die Entsprechungen seiner Überlegungen korrespondieren augenfällig mit den epistemologischen Perspektiven in den betroffenen Staaten, wie sie etwa von Jirák und Köpplová beschrieben werden.

Der Beitrag von Wolfgang Duchkowitsch befasst sich schließlich mit der ersten tschechischsprachigen Zeitung in Wien, hier vor allem den Hintergründen ihrer Entstehung. Der Fokus ist dabei vor allem auf die Methodologie zu richten: Der Beitrag kann auch als Quellenkunde gelesen werden – die neue Ordnung Europas öffnet(e) auch für die Kommunikationsgeschichte viele Quellen in Form von Archiven, Bibliotheken, Sammlungen etc.

Als Ausblick auf kommende Forschungsbemühungen in einem neu formierten Europa sei abschließend auf die bereits angedeuteten transnationalen Kooperationen verwiesen. Auch *Medien & Zeit* wird seine Rolle als (ein) publizistisches Herzstück der Kommunikationsgeschichte über die neue Position innerhalb Europas „erweitert“ definieren. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird fortgesetzt.

WOLFGANG DUCHKOWITSCH
BERND SEMRAD

Wandlungen der tschechischen Medienlandschaft (1993-2003)

Jan Jirák / Barbara Köpplová

Die Metapher „Medienlandschaft“ ist verlockend und irreführend zugleich, in einer Hinsicht jedoch bedeutsam – durch ihre Verwendung kann deutlich gemacht werden, dass es den Autoren um die Erfassung der prinzipiellen (wenn man sich ans ursprüngliche Bild hält – landschaftsbildenden) Faktoren geht, dass sie sich auf dem Niveau einer gewissen Abstraktion bewegen und auf die Erfassung aller Spezifika der einzelnen Mikroklimas und Biotope verzichten, die in der beschriebenen Landschaft vorkommen mögen. Und dies war das echte Anliegen der Autoren dieses Beitrags. Die Metapher „Medienlandschaft“ erlaubt es in unserem Interessenfeld ein gewichtiges Ziel anzupeilen – nämlich zu versuchen, *Massenmedien und Gesellschaft in gegenseitigen Wechselbeziehungen darzustellen bzw. die Medien als untrennbares Element der Gesellschaft aufzuzeigen, mitnichten als deren Funktion, als deren untergeordnetes Instrument, sondern als Institution, die über eine innere, von politischen, ökonomischen und kulturellen Faktoren bestimmte Dynamik verfügt und die sich maßgeblich an der Prägung der Gesellschaft, aber auch ihrer selbst beteiligt.*

In diesem Sinne stellt der anschließende Beitrag einen Versuch dar, die Entwicklung der tschechischen Medien vom Zeitpunkt der Entstehung der selbständigen Tschechischen Republik bis ins Jahr 2003 hinein zu illustrieren und die Hauptfaktoren aufzuzeigen, die diese ein Jahrzehnt lange Entwicklung bedingt haben und noch bedingen oder zumindest Einfluss auf deren Entwicklung genommen haben.

Der Text versucht vorerst, die charakteristischen Merkmale der Massenmedien¹ darzustellen, mit denen die selbständige Republik ins erste Jahr ihrer Existenz eintrat, versucht anzudeuten, wie die Massenmedien im „Input“, also vor dem Jahre 1992 ausgesehen haben. Im Weiteren geht

er dazu über, die Entwicklung seit dem Jahre 1992 bis in die Gegenwart darzulegen und in dieser Epoche Schlüsselfaktoren und maßgebliche Ereignisse aufzuspüren, welche die Entwicklung und die Rolle der Massenmedien am meisten beeinflusst haben. Dabei werden drei Faktoren ins Auge gefasst, die zum Begreifen der Rolle der Medien in der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind: die Entwicklung des medialen Angebots (also die eigentliche Medienproduktion), die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich und die Wechselwirkung zwischen den Medien, deren Konsumenten und (weiteren) gesellschaftlichen Institutionen (insbesondere der politischen Macht).

1. Zustand der tschechischen Medien vor Entstehung der Tschechischen Republik und die Entwicklung des Medienangebots nach dem Jahre 1992

In die neunziger Jahre traten die tschechischen Medien mit einer Struktur und einer dementsprechenden Produktion ein, die weit mehr den Erfordernissen des autoritären Staates angepasst war als den tatsächlichen Bedürfnissen und der Nachfrage des Publikums. Statistische Angaben aus dieser Zeit weisen relativ hohe Auflagen bei Tageszeitungen und Zeitschriften aus (in mancher Hinsicht überstiegen sie vergleichbare Zahlen aus anderen Ländern) sowie hohe Einschaltzahlen bei den elektronischen Medien. So war zum Beispiel die Gesamtauflage der Tagespresse um ungefähr ein Drittel höher als zum jetzigen Zeitpunkt – und diese Zahl ist ernst zu nehmen, auch wenn wir sie angesichts der Medienmanipulation (Zwangsabnahme) und entschieden niedrigerer Druckflächen korrigieren müssen. Aber

¹ Mit einem gewissen Maß an Vereinfachung wird der Begriff „Massenmedien“ in seiner traditionellen Bedeutung angewendet, also zur Kennzeichnung derjenigen Institutionen, die imstande sind, für ihr verstreutes Publikum regelmäßig gesellschaftlich relevante bzw. interessante und zeitlich aktuelle Informationen zu produzieren und anzubieten, und dies in gedruckter Form

oder als Sendesignal.

Es handelt sich also um die Produktion von für die breite Öffentlichkeit bestimmten Zeitungen und Zeitschriften (General Public) und Rundfunk- und Fernsehsendungen, gegebenenfalls um die im technologischen Milieu des Internets angebotenen Äquivalente dieser Medien.

auch weitere Kennziffern wiesen hohe Werte auf – so die Gesamtzahlen und die thematische Differenzierung der Zeitschriftenproduktion, die Charakteristiken der Programmgestaltung der elektronischen Medien usw.

Ein typisches Merkmal der Medienlandschaft vor dem Jahre 1990 war die konsequente Subordination der Medien unter die autoritative/politische Sphäre, ihre inhaltliche Reglementierung (Zensur), die Gleichgültigkeit gegenüber wirtschaftlichen Aspekten der Medienproduktion, aber auch die fortschreitende Veralterung der technischen Ausstattung und der sich daraus ergebenden Produktionsbedingungen. Einerseits nahmen die Medien wegen der ihr von der Machtsphäre eingeräumten Bedeutung eine privilegierte Stellung ein, andererseits waren sie unterdotiert und standen auf schwachen ökonomischen Beinen (zum größten Teil gehörten sie zur Sphäre, die aus gesellschaftlichen Ressourcen finanziert wurden). Markanteste „landschaftsbildende“ Merkmale waren selbstverständlich die strikte, zum großen Teil auf persönlicher Verantwortung beruhende, Kontrolle, die durchdachte Informationsflussbehinderung und die Manipulierung der Inhalte.

Aus heutiger Sicht erhöhte die Einschränkung des Informationsflusses paradoxerweise den Wert der Informationen für das Publikum. Wo Informationen Mangelware oder gar „verbotene Frucht“ sind, steigt die Nachfrage ins Unermessliche und das Zielpublikum war bereit, relativ hohe Anstrengungen zu unternehmen, doch irgendwie an sie heranzukommen, ob nun durch „Filtern“ und „Destillation“ des Ballasts oder durch relativ sophistische und freie Interpretation der „Andeutungen“, durch „Lesen zwischen den Zeilen“. Das Zielpublikum war dabei wohl breiter als allgemein angenommen wird und schloss soziale Gruppen mit ein, die den Medien unter „normalen“ Verhältnissen weit geringere Aufmerksamkeit widmen und sich eher für Infotainment interessieren.

Dieses auf der Reglementierung der Inhalte beruhende System wurde so auf sicher ungewollte

und unbeabsichtigte Weise ihrem öffentlich deklarierten „Aufklärungsparadigma“ gerecht – indem es sein Publikum nötigte, den Medien und deren Inhalten gebührende Aufmerksamkeit zu schenken und mit ihnen aktiv „zu arbeiten“. Genauso wie auf anderen ökonomischen Gebieten überstieg auch hier die Nachfrage meilenweit das Angebot.

Der Beginn der neunziger Jahre, also die „Epoche des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken“ nach dem Untergang der ČSSR, stand im Zeichen von Bemühungen, sich vom vorherigen Modell einer autoritären Gesellschaft zu befreien und eine offene Gesellschaft aufzubauen, die von den Prinzipien der Unantastbarkeit privaten Eigentums, einer auf demokratischen Entscheidungen beruhenden Ausübung der Macht, sowie von kultureller, schöpferischer und Meinungsppluralität² geprägt sein sollte. Resultat für die Massenmedien war, dass zu dieser Zeit Privatgesellschaften, vom Staat ökonomisch unabhängige Medien für das fortschrittlichste und ideale Modell gehalten wurden. Also Medien, die ihre Aktivitäten den Bedingungen und Möglichkeiten des Markts unterordnen, ihre Unabhängigkeit vor Versuchen politischer Druckausübung bewahren und das Recht darauf haben, Autorenstellungen völlig frei und ohne Eingriffe von außen formulieren zu dürfen. Die so genannte „Medienunabhängigkeit“ war eines der zentralen Themen der Nach-November-Diskussionen über die Stellung und Rolle der Medien in der Gesellschaft. Der Nachdruck auf die Privatisierung (Verwestlichung) der Medien führte dazu, dass sich das vorher bürokratisierte und zentral geleitete mediale System in den Jahren von 1990 bis 1992 schnell in ein ziemlich liberales Milieu mit einem hohen Maß an Konkurrenz, einem bedeutenden Anteil an ausländischem Kapital und einer minimalen Möglichkeit der Einflussnahme politischer Kräfte in dieses Milieu verwandelte.

Die Entstaatlichung der Medien hatte zwei grundsätzliche Formen – die *Privatisierung* und die Gründung *öffentlich-rechtlicher Medien* auf dem Sek-

² Die gesellschaftliche Metamorphose der tschechoslowakischen Gesellschaft nach dem Jahre 1989 vollzog sich vor dem Hintergrund eines höchst zentralisierten, kontrollierten und durchplanten Mediensystems, in dem ökonomische Wettbewerbsprinzipien unter marktwirtschaftlichen Bedingungen keine Rolle spielten und deren einziges „Vorzeichen“ in Bezug auf eine künftige Entwicklung in der Akzeptanz des föderativen Staats-

gefüges bestand (also die sprachlich und mitunter auch inhaltlich-organisatorische Aufteilung in tschechische und slowakische Medien). Siehe auch Barbara Köpplová/Jan Jiráček: *Czech Print Media in Transition*. In: Michael Bruun Andersen: *Media and Democracy*. Oslo: University of Oslo 1996 sowie Barbara Köpplová/Jan Jiráček: *Changes in the Structure of Czech Mass Media*. In: *Experience and Expectations Five Years After*. Praha: Karolinum 1996.

tor der elektronischen Medien. Die Privatisierung offenbarte sich sowohl in der Tagespresse, in der Herausgabe von Zeitschriften, als auch in den Rundfunksendungen, wo sie faktisch Hand in Hand mit der Umwandlung des staatlichen Rundfunks in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ging. (Hier werden neu entstehende regionale Rundfunkstationen zu einem wichtigen neuen Merkmal der medialen Struktur, die es bis zur Jahreswende von 1989/1990 nicht gegeben hatte, wie zum Beispiel Radio 1 – 1990, Bonton – 1991, E2 – 1991, Kiss – 1992). Auf dem Gebiet der Fernsendeder war der Prozess weniger radikal – sicher infolge der Tatsache, dass die Gründung eines neuen Fernsenders finanziell weit anspruchsvoller ist, aber wohl auch deswegen, da die politische Elite über die reelle Neuordnung der Verhältnisse auf dem Sektor der Fernsendeder noch unschlüssig war (die erste bedeutende private Fernsehanstalt nahm erst nach Gründung der selbständigen Tschechischen Republik ihr Programm auf – das Fernsehen Premiera im Jahre 1993). Diese gewisse Ratlosigkeit, der Grund für die um einiges kompliziertere Entwicklung privater Fernsendeder, wurde noch durch fehlende Frequenzen zum Betreiben einer größeren Anzahl von Fernsehstationen verstärkt.

Ihre staatlich selbständige Existenz trat die tschechische Gesellschaft demzufolge mit einem im Prinzip schon transformierten und liberalisierten Mediensystem an, mit einer existierenden medialen Legislative (lediglich das so genannte Pressegesetz wurde 1990 novelliert, aber auf ein neues Gesetz zur Definition der bei der Veröffentlichung von Periodika auferlegten Pflichten und gleichzeitigen Regelung mancher Aspekte bei der Ausübung der Journalistentätigkeit musste sich die tschechische Gesellschaft bis zur Jahrhundertwende gedulden), mit einer voll und ganz privatisierten Presse, einem rechtlich und ökonomisch abgeschlossenen Umwandlungsprozess der staatlichen Rundfunk- und Fernsendeder in öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten, einem sich konsolidierenden Markt auf dem

Der Aufschwung der Unterhaltungsmedien ist mitbestimmend für die weitere Entwicklung der tschechischen Medienlandschaft.

Gebiet des Rundfunks und einem eingeleiteten Prozess zur Entstehung des Privatfernsehens.

2. Entwicklung der tschechischen Medien von 1992 bis in die Gegenwart

Wir gehen davon aus, dass sich die Massenmedien – im Sinne der Thesen Habermas' über den Strukturwandel der Öffentlichkeit³ – an der Konsolidierung der Macht in der gegebenen Gesellschaft beteiligen, dass sie die Öffentlichkeit zur Rolle mehr oder weniger passiver Beobachter verurteilen und selbst die Position eines Repräsentanten der öffentlichen Meinung in Anspruch nehmen. Die Massenmedien errichten demzufolge einen von ihnen selbst beherrschten und beanspruchten öffentlichen Raum – und füllen ihn mit Inhalten, die wichtig für die Herausgeber und Sender sind (und dies in Bezug auf ihren eigenen Machtanspruch und ökonomische Gesichtspunkte), gegebenenfalls auch für deren ökonomische und politische Partner – keineswegs aber für die Öffentlichkeit als solche.

Sie betreiben dieses Unterfangen jedoch in einem Milieu, das sich ihrer diesbezüglichen Aktivitäten nur schwerlich gewahr wird, da die Öffentlichkeit träge auf ihrem Klischee über die Rolle der Medien in demokratischen Gesellschaften beharrt – einem Klischee, das, wie James Curran⁴ bemerkt, weitab der Realität in Bezug auf die Stellung der Medien in der Gesellschaft ist.

Wir gehen davon aus, dass ein maßgeblicher „organisatorischer“ Faktor der tschechischen Medienlandschaft vor allem die deutliche Tendenz zur *Kommerzialisierung* der Medienproduktion und als Folge davon auch deren *Eigentumskonzentration* und die *inhaltliche Homogenisierung* sind.

Die ersten beiden Jahre der Existenz der selbständigen Tschechischen Republik sind aus der Sicht der Wandlung der Medienlandschaft insbesondere wegen des Antritts der Medien mit deutlichem Unterhaltungscharakter interessant – denn am 13. April wurde zum ersten Mal das Boulevardblatt *Blesk*⁵ herausgegeben, im gleichen

³ Siehe Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Praha: Filosofia 2000.

⁴ James Curran: *Neue Auffassung von Massenmedien und Demokratie*. In: Jan Jiráček/Blanka Ríhová: *Politische*

Kommunikation und Medien. Praha: Karolinum 2000.

⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt kam nur die regionale Tageszeitung *Expres* heraus, die zwar verschiedene Ausgaben hatte, aber nie eine ganzflächige Verbreitung fand.

Jahr nimmt das Regionalfernsehen Premiera (mit Kapitalbeteiligung des Medienmagnaten Silvio Berlusconi) ihre Sendungen auf und im Februar 1993 erhält die Gruppe CET 21 die Lizenz zum Betreiben eines landesweiten privaten Fernsehsenders, den die Zuschauer im Februar 1994 unter dem Namen TV Nova kennen lernen. An jenem Tag im Februar 1994, an dem TV Nova ihre Programme auszusenden beginnt, hat der Antritt der Unterhaltungsmedien unserer Meinung nach seinen Höhepunkt erreicht. Dabei geht es bei weitem nicht nur um diese Fernsehanstalt, sondern um den rasanten Aufschwung von Musiksendern und die Restrukturierung des Zeitschriftenmarkts mit deutlicher Tendenz zum Lifestyle-Sektor (dieser Trend kommt jedoch erst in den Jahren 1998/99 zu seinem Höhepunkt – durch den Antritt des Journals *SPY*).

Der Aufschwung der Unterhaltungsmedien ist unserer Meinung nach mitbestimmend für die weitere Entwicklung der tschechischen Medienlandschaft. Der Antritt der Medien mit reinem Unterhaltungscharakter unterstrich die Konzeption der medialen Produktion als kommerzielle Aktivität, deren charakteristisches Merkmal die Vermehrung der eingebrachten Investitionen ist. Diese Konzeption hat begrifflicherweise deutliche Folgen, einerseits für den Charakter der Medienproduktionen und andererseits auch für die Eigentumsstrukturen der Medien. Die *Kommerzialisierung der tschechischen Medien* hat ganz eindeutig vor allem zu einer markanten *Eigentumskonzentration* geführt. Zu Beginn des Jahres 2004 waren die folgenden Verlage auf dem Markt der tschechischen Tagespresse präsent: *Vltava*, *Labé Press* (zu 80% im Besitz der *Neuen Passauer Presse*, 20% Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft), *Mafra* (98% Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft + 2% Press Invest = 100% LN), *Ringier ČR* (Ringier AG), *Economia* (78% Handelsblatt + 11% ČTK / Tschechisches Pressebüro), *Futura* (Haló noviny), *Region ČR* (Region ČR) und *Borgis* (91% Zdeněk Porybny + Kleinaktionäre) und *Metro ČR* (100% Metro International, Schweden).⁶

Diese Tendenz zur Konzentration zeichnet sich auch in anderen Mediensegmenten ab. 1993 ent-

stand die erste Kette privater Rundfunksender, der Zeitschriftenmarkt hat sich mit der Zeit so stark konzentriert, dass im Jahre 2003 unter den zehn laut Anzeigenumfang bedeutendsten Herausgebern ausschließlich ausländische Verlage zu finden sind: Sanoma, Hachette Filipacchi, Stratosféra-Hearst, Europress, Burda, Bertelsmann-Springer CZ, MediaCop, Axel Springer Praha, Ringier, Astrosat. Erwägungen über die Eigentumsverflechtung der beiden landesweiten Fernsehanstalten TV Nova und Prima haben die Grenzen der Spekulation bereits überschritten.

Die Kommerzialisierung der tschechischen Medien wird auch in deren Programminhalten deutlich. Betrachtet man die Tagespresse, so ist festzustellen, dass der tschechische Leser ohne ein seriöses (politisches) Blatt auskommen muss, im Gegensatz dazu bewegen sich alle existierenden Titel (mit Ausnahme des Handelsblatts *Hospodářské noviny*, das durch die thematische Orientierung und die Zusammensetzung seiner Leserschaft in eine einigermaßen andere Richtung weist) auf dem Niveau hochauflageriger „Tabloids“, die Elemente der politischen Berichterstattung und Kommentare mit Unterhaltungselementen der Massenpresse kombinieren. Endeffekt ist ein hohes Maß an *Homogenisierung* der medialen Inhalte und eine geringe (ja zurückgehende) Verschiedenartigkeit der einzelnen Medien. Proportional dazu sank das Ausmaß des Medienkonsums sowohl in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten, als auch in einer Reihe von gesellschaftlichen Gruppierungen (Teenager, Gruppen von niedrigerer gesellschaftlicher Position usw.). Die Trivialisierung des Inhalts – einschließlich des Trends zur Trivialisierung sozialer und politischer Themen – schlägt sich in einer Flucht des Publikums in die Privatsphäre nieder, die an Bedeutung zugenommen hat (Problemlösung oder Entfaltung eigener ökonomischer Interessen, wachsender Stellenwert individueller gesellschaftlicher Probleme auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Probleme). Die Menschen lesen weniger, hören weniger zu und in letzter Zeit sehen sie auch weniger fern. Eine ganze Reihe von ihnen hat festgestellt, dass man auch ganz gut ohne Medien leben kann – siehe der langfristige

⁶ Nach der Akquisition von Právo durch Ringier, die derzeit de facto abläuft, gibt es offenbar nur noch zwei rein tschechische Verlage, wobei hinzuzufügen ist, dass diese deutliche Minoritätstitel sind.

⁷ Die Spannung zwischen den Wünschen der politischen Elite und den Vorstellungen der Medienprofis erreichten in der so genannten „Weihnachtsfernsehkrise“ ihren

Höhepunkt, und dies im öffentlichen Protest der Mitarbeiter des Tschechischen Fernsehens (ČT) an der Art und Weise der Besetzung der Funktion und an der konkreten Person des Generaldirektors von ČT, der im Herbst 2000 vom damaligen Rat des Tschechischen Fernsehens ausgewählt worden war.

Auflagenrückgang der Zeitschrift *Respekt*, das Dahinvegetieren von Kulturzeitschriften, erfolglose Versuche zur Expansion neuer „seriöser“ Tagesblätter, sinkende Zahlen von Abos und Lesern der Tagespresse, erfolglose Versuche neuer Boulevardblätter sowie das erschöpfte Potenzial der Zuschauerattraktivität von TV Nova.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der die Entwicklung der tschechischen Medienlandschaft mitbestimmt, ist die Wechselwirkung zwischen den Medien und der politischen und ökonomischen Sphäre. Die Medienproduktionen stellen einen der dynamischsten Sektoren der tschechischen Industrieproduktion dar. Trotz dem Auf und Ab in der Entwicklung der tschechischen Ökonomie in den neunziger Jahren und zu Beginn des neuen Jahrhunderts blieben größere Schwankungen im Umfang der zu Werbezwecken in die Medien fließenden Mittel aus.

Während diese Mittel im Jahre 1993 3,5 Mrd. Kronen ausmachten, waren es 1996 schon 6 und im Jahre 2002 schon 14,5 Mrd. Kronen (zum Vergleich: das ist genauso viel wie das Landwirtschaftsministerium und mehr als das Gesundheitsministerium aus dem Staatssäckel bekommt – Quelle: Arbomedia und Finanzministerium der Tschechischen Republik).

Die Medienproduktion wird somit zum bedeutenden Wirtschaftszweig, dessen Stabilität von eminenter Bedeutung für die tschechische Wirtschaft ist. Gleichzeitig handelt es sich um einen Zweig, der – wie schon betont – eine öffentliche Sphäre konstruiert und beherrscht, was ihn zu einem attraktiven (und lebenswichtigen) Mittel für diejenigen macht, die nach einem Anteil an der politischen Macht streben und potenzielle Wähler für sich gewinnen wollen. Diese beiden Aspekte – die ökonomische und politische Bedeutung der Medien – macht aus dem medialen Sektor einen höchst interessanten Tummelplatz sowohl für die politische Elite als auch für die Kapitäne aus Wirtschaft und Ökonomie (wobei die Interessen dieser beiden Akteure oft aufeinander stoßen, sich überschneiden oder auch ergänzen).

Der ökonomische Stellenwert der Medien wurde in der tschechischen Medienlandschaft insbesondere in der Etappe des gestiegenen Interesses des

Bankensektors an einer Eigentumsbeteiligung an den Medien im Verlauf der ersten Hälfte der neunziger Jahre sichtbar. Dies gilt in abgewandelter Form bis heute. Die Fernsehgesellschaft TV Nova gehört einer der größten Finanzgruppen überhaupt – der PPF – an, zu der unter anderem auch die Unternehmen eBanka, Česká pojistovna, die Zeitschrift *Euro*, Mineralwasser Korunní oder das Kosmetik-Unternehmen Dermacol gehören. Markantestes ökonomisches Merkmal der tschechischen Medien auf längere Sicht bleibt deren eigentumsrechtliche Verankerung in multinationalen Strukturen, das heißt die faktische ökonomische Globalisierung der tschechischen Medien. Die Wechselbeziehung zwischen politischer Macht und den Medien begleitet die Medienentwicklung schon während der gesamten Existenz der selbständigen Republik, sie ist ein normaler Bestandteil der tschechischen Medienlandschaft und hat unserem Urteil nach auf das Verhalten der Medien nur beschränkte Wirkung (was vielleicht auch durch das faktische Herauslösen der tschechischen Medien aus allen tschechischen Eigentumsbindungen verursacht wird). Von größerer Bedeutung ist aus dieser Sicht vor allem die Beziehung zwischen den öffentlich-rechtlichen Anstalten, insbesondere dem Tschechischen Fernsehen, und der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik.

Die Bemühungen der politischen Elite zur Schwächung der öffentlich-rechtlichen Medien, gegebenenfalls zur weitgehenden Kontrolle über das Tschechische Fernsehen (im Tschechischen Rundfunk ist diese Tendenz weit weniger deutlich), stellt einen markanten Charakterzug der Bewegungen in der tschechischen Medienlandschaft dar. Die Entwicklung bis 1996, als die entscheidende Macht von der rechtsorientierten (und vom Thatcherismus inspirierten) Bürgerlich Demokratischen Partei (ODS) ausgeübt wurde, stand im Zeichen des Versuchs der Schwächung und Marginalisierung der öffentlich-rechtlichen Medien. Die Epoche nach 1998, unter dem Einfluss der sozialdemokratischen Partei (ČSSD), zeichnet sich im Gegensatz dazu durch Bemühungen aus, einerseits die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien eher zu stärken, aber andererseits auch deren Bindungen an die politische Elite zu festigen und sich direkt oder indirekt in deren Gebaren einzumischen. Das Interesse der politischen Elite an den Medien und das Interesse dieser Medien an der Festigung der

eigenen Position führt einerseits zu Auseinandersetzungen, andererseits jedoch auch zu Verhandlungen, was sich besonders seit dem Jahre 2000 als verstärkter Trend abzeichnet.⁷

In der tschechischen Medienlandschaft kommt es so zu einer wachsenden Spannung, denn einerseits operieren hier Medien, die in der Beziehung zur politischen Macht ein hohes Maß an Autonomie genießen. Dies macht sich natürlich auch auf psychologischem Niveau bemerkbar, also in der Mentalität derer, die für diese Medien arbeiten. Auf der anderen Seite gibt es hier jedoch auch öffentlich-rechtliche Medien, deren Verflechtung mit der politischen Macht nicht nur augenscheinlich ist, sondern sogar legislativ vorherbestimmt ist. Menschen, die in diesen Medien beschäftigt sind, bewegen sich jedoch keinesfalls in einem professionellen Vakuum, sondern können sich von den privaten Medien inspirieren lassen – und nicht nur von ihnen, sondern auch von der im tschechischen meta-medialen Diskurs vorherrschenden Rhetorik.

Abschließend

Wenn man hier abrupt abschließen wollte, käme man zum Schluss, dass es die Tschechische Republik nach einer vierzehnjährigen, mitunter ziemlich hektischen Entwicklung geschafft hat, Europa wenigstens in der medialen Sphäre einzuholen. Seltsamerweise ist dies für viele kein Grund zu Jubelgesängen und zur Zufriedenheit. Das hängt vom Blickwinkel ab. Auch anderswo sind die Leute mit dem Zustand der Medien nicht völlig zufrieden – es kommt immer darauf an, wer und aus welcher Perspekti-

ve das Geschehen betrachtet. Die Druckmedien leben hart am Abgrund, die „öffentlich-rechtlichen“ Medien wissen weder ein noch aus, den kommerziellen geht es – genauso wie allen – um den Gewinn. Wenn es um die Inhalte geht, gibt es so manches zu verbessern, der überstürzten und kopflosen Flucht zur Unterhaltung geht die Luft aus (wenn man sehr optimistisch ist, dann wohl wenigstens in der Tagespresse). Die Beziehung zur Parteienlandschaft und den politischen Eliten ist ein komplizierter Prozess und widerspiegelt die Atmosphäre in der Gesellschaft, aber auch anderswo hat man von Zeit zu Zeit seine „Affären“ und „Affärchen“.

Literatur:

- Curran, James: *Nový pobled na masová média a demokracii*. In: Jan Jiráček/Blanka RíCHOVÁ: *Politická komunikace a média*. Praha: Karolinum 2000.
- Habermas, Jürgen: *Strukturální prem na verejnosti*. Praha: Filosofia 2000.
- Jakubowicz, Karol: *The Genie is Out of the Bottle*. In: *After the Fall. Media Studies Journal*, Fall 1999, S. 52-59.
- Barbara Köpplová/Jan Jiráček: *Czech Print Media in Transition*. In: Michael Bruun Andersen: *Media and Democracy*. Oslo: University of Oslo 1996.
- Barbara Köpplová/Jan Jiráček: *Changes in the Structure of Czech Mass Media*. In: *Experience and Expectations Five Years After*. Praha: Karolinum 1996.
- Sparks, Colin: *Communism, Capitalism and the Mass Media*. London: Sage 1998.

Jan JIRÁK

PhDr., Linguist, Assistenzprofessor (Dozent) an der Abteilung für Medienwissenschaften der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität Prag. Lektor für Medien- und Kommunikationstheorie und a.o. Professor an der New York University in Prag. Autor zahlreicher Artikel über tschechische Medien. Co-Autor von *Einführung in Medienwissenschaft* (2001, gem. m. Graeme Burton) und *Medien und Gesellschaft* (2003, gem. m. Barbara Köpplová); ehem. Vorsitzender des Tschechischen Fernsehates.

Barbara KÖPPOVÁ

PhDr., CSc., Medienhistorikerin, Assistenzprofessorin (Dozentin) und Leiterin an der Abteilung für Medienwissenschaften der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität Prag. Lektorin für Medien- und Journalismusgeschichte. Autorin zahlreicher Artikel über die Entwicklung der tschechischen Medien sowie der deutschsprachigen tschechischen Medien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Publikationen u.a. *Die Geschichte des Journalismus* (1989, gem. m. Ladislav Köppl) und *Medien und Gesellschaft* (2003, gem. m. Jan Jiráček); ehem. Mitglied des Tschechischen Rundfunkrates.

„Ich bin kein Pessimist, obwohl...“*

Thomas Várkonyi im Gespräch mit Gábor Kapitány über die Transformation des ungarischen Mediensystems

Thomas Várkonyi: *„Wie hat sich aus Ihrer Sicht die mediale Situation in Ungarn, die ungarische Öffentlichkeit, die Mediennutzung und deren wissenschaftliche Analyse auf historischem und/oder anthropologischem Gebiet seit dem Systemwechsel 1989/90 entwickelt?“*

Gábor Kapitány: „Die Mediensituation in Ungarn hat sich vor dem Systemwechsel 1989 wesentlich von dem unterschieden, was für Westeuropa bzw. andere Teile der Welt im allgemeinen typisch war. Das sozialistische Lager hatte eine eigene Medienstruktur, einen eigenen Stil, eine eigene Thematik, und obwohl innerhalb dieses Lagers die ungarische die am ehesten offene und am ehesten den westlichen Medien vergleichbare war, war sie doch vom Typus her ganz verschieden. Nur um auf die evidentesten Unterschiede hinzuweisen: So wäre der vom ideologischen Standpunkt monolithische Charakter zu erwähnen; obwohl es in den 80er Jahren Diskussions-sendungen gab, die unterschiedliche Ansichten zu Wort kommen ließen und in einigen Zeitungen von der offiziellen Meinung divergierende Standpunkte erscheinen durften, musste doch auch in diesen Medien die Hegemonie der sozialistischen Ideologie gesichert sein; und dann gab es noch weitere Abweichungen, die ziemlich lautstarke Rolle der Kultur oder die bedeutende Rolle der Produktionsereignisse in den Nachrichten. Daher bedeutete der Systemwechsel eine wesentliche Veränderung im gesamten Themenkreis der Medien, in ihrem Stil, in der verwendeten Symbolik. Außer den erwähnten (das heißt neben der politisch-ideologischen Pluralisierung und der Zurückdrängung der Kultursendungen und der Produktionsnachrichten) waren sehr augenfällige Veränderungen zum Beispiel das Eindringen der durch die Medien repräsentierten Öffentlichkeit in die Intimsphäre der Bevölkerung, die show-characterliche Verschiebung der Inhalte, sowohl auf dem Gebiet der Kultur als auch auf dem Gebiet der Politik und das Auftreten des damit einhergehenden grelleren Umgangstons. Der Systemwechsel bedeutete gleichzeitig auch einen Generationenwechsel, auch auf dem Gebiet der

Medien, da die neue Generation bereits durch und auf die westlichen Medien hin sozialisiert worden ist und deren Vertretung übernommen hat. Eine wesentliche Veränderung ist auch die Modifikation der medialen Strukturen, in erster Linie in Richtung eines marktwirtschaftlichen Typus. Es erschienen die kommerziellen Sender, die davor natürlich nicht präsent waren. Fernsehen und Radio bestanden im Wesentlichen aus zwei bis drei staatlichen Kanälen und nachdem das Überleben dieser Sender vom Verhältnis Angebot und Nachfrage abhängig ist, muss man sie offensichtlich ganz anders betreiben als die früheren staatlichen Sender. Diese Veränderungen resultierten in der Ausformung einer derartigen Sendungsstruktur und eines derartigen Sendungsstils, dass daraufhin zumindest die zwei größten kommerziellen Sender die staatlichen Sender überholten, daher wurden diese dazu gezwungen, ihren Stil zu verändern und immer größere Zugeständnisse in Richtung des marktwirtschaftlichen Typus zu machen. Es versteht sich auch von selbst, dass, als das Land von dem Einparteiensystem der so genannten weichen Diktatur in das Mehrparteiensystem der parlamentarischen Demokratie gewechselt hat, sich das Mediensystem pluralisiert hat und dort ebenfalls die Vertreter der verschiedenen Parteien und Richtungen erschienen sind.“

Thomas Várkonyi: *„In Österreich hat es auch mediale Veränderungen gegeben. Früher gab es zum Beispiel nur das öffentlich-rechtliche Fernsehen, allerdings gab es neben Parteizeitungen auch unabhängige Zeitungen. Hier hat die Veränderung einerseits durch ins Kabelnetz eingespeiste Privatsender, andererseits durch österreichische Werbefenster deutscher Kabelsender stattgefunden. Auch in Ungarn sind internationale Konzerne in die Medienlandschaft eingestiegen. Wie ist deren Auswirkung auf die Medienlandschaft, deren Einfluss auf die Öffentlichkeit und wie wird diese Neuerung von der Bevölkerung akzeptiert?“*

Gábor Kapitány: „Über den unmittelbaren Einfluss dieser Konzerne habe ich keinen Überblick, das ist in Wahrheit Wirtschaftssoziologie, da lau-

* Das Gespräch wurde übersetzt von Thomas Várkonyi.

fen recht interessante Forschungen über diese Fragen, zum Beispiel sind hervorragende Arbeiten zu dieser Thematik von meiner Kollegin Erzsébet Szalai erschienen. Als Zuschauer und Medienanalytiker kann man jedenfalls sehen, dass auch im ungarischen Fernsehen internationale Firmen und Programme aufgetaucht sind. Es gibt immer mehr solche Sendungen, welche eindeutig auf der Übernahme ausländischer Lizenzen basieren und sich an diese anlehnen. Es ist auch bekannt, dass die Presse, inklusive der elektronischen Presse, zu einem großen Ausmaß ins Eigentum westlicher Konzerne übergegangen ist, dass heißt die Internationalisierung ist stark spürbar. Die Rezeption dieser Entwicklung ist in der Gesellschaft ambivalent. Einerseits ist in gewisser Hinsicht die Präsenz einer kulturellen „Kolonisation“ nicht zu negieren, da das einströmende Kapital offensichtlich die eigenen Interessen zur Geltung bringen will, und dies scheinbar leichter mit einer nach Franchise-Typus uniformen Medienstruktur und dumpingmäßig verabreichten Neuheiten erreichen kann, als wenn es auf die in der gegebenen Gesellschaft vorhandenen inneren Eigenschaften zurückgreifen müsste. Gleichzeitig existiert die Auffassung, dass es keine Alternative zu dieser Entwicklung gibt, da in einem wirtschaftlich und strukturell erst aufschließenden Land das Hereinströmen von Kapital unumgänglich ist, und eventuelle negative Effekte in die Kategorie „notwendige Übel“ fallen. Meine persönliche Meinung ist, dass das Hereinströmen westlichen Kapitals von größerem Ausmaß und größerer Wirkung war, als es optimal gewesen wäre und dass daher das Land mehr, als in dem in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren verwirklichten Ausmaß, danach trachten sollte, die eigene Kultur zu schützen. All das ist natürlich nicht nur ein osteuropäisches Problem; die Amerikanisierung der Kultur, oder die Frage der kulturellen Globalisierung ist in Frankreich, Italien und anderswo auch thematisiert worden, und wenn es einerseits keinen Sinn ergibt, diese Entwicklung zu dämonisieren oder zu mystifizieren, glaube ich andererseits nicht, dass die Welt ausschließlich vor dieser Alternative steht.“

Thomas Várkonyi: *„Ist es nicht so, dass eine Sendung, die in Ungarn nach einem ausländischen Konzept übernommen wurde und in verschiedenen anderen Ländern unter ähnlichem Namen läuft, doch eine eigenständige ungarische Eigenart hat? Ein gutes Beispiel dafür wäre die Sendung „Hetí Hetes“, die im deutschsprachigen Raum unter dem Namen „Sieben Tage, sieben Köpfe“ präsent ist, allerdings mit einem komplett anderen Grund-*

tenor. Während die deutsche Show größtenteils auf eher stumpfsinnigem Schenkelklopfhumor aufbaut und frei von Kritik, Politik und Provokation ist, ist die ungarische Version eine sich größtenteils mit politischen Themen beschäftigende, polemisch gefärbte Unterhaltungssendung von hohem Niveau. Das zeigt, dass eine Sendung in Ungarn, obwohl sie auf einem internationalem Konzept basiert, eine eigene und einzigartige Ausprägung erhalten kann. Das Gegenbeispiel wäre dann die Realityshow „Big Brother“.“

Gábor Kapitány: „Einerseits ist es wahr, dass jegliches übernommenes Format nationalen Charakter annehmen kann. Die ungarische Kultur war immer schon in großem Ausmaß für ihre Offenheit bekannt, es gab immer vielerlei Einflüsse aus Europa und die ungarische Kultur konnte ihnen im Allgemeinen ihren eigenen Stempel aufdrücken. Im Übrigen kann das sogar bei dem vorher als schlechtes Beispiel erwähnten „Big Brother“ funktionieren, weil es nach einer fundierten Analyse der ungarischen Version auch dort die ungarischen Eigenheiten, beziehungsweise zumindest Eigenheiten, die auf Charakteristika gewisser Segmente der ungarischen Gesellschaft heute hinweisen, gibt. Aber davon wird diese Sendung nicht Teil der ungarischen Kultur, wenn wir unter Kultur ein System der Werte, der geistigen Errungenschaften, Schöpfungen, Verhaltensmuster und Paradigmen verstehen, das im Laufe der Jahrhunderte natürlich ständigen Veränderungen ausgesetzt ist, aber auch im Gleichgewicht mit den Existenzverhältnissen der gegebenen Bevölkerung ist. Im Fall einer Fernsehsendung ist in diesem Zusammenhang die entscheidende Frage, was die gegebene Sendung zu dieser Kultur beitragen kann. Die Sendung „Megasztár“, die ebenfalls auf einem westlichen Format basiert, ist zum Beispiel nicht nur populär und erfreut sich guter Kritiken, sondern gerade weil sie auf niveauvolle Weise talentierten Jugendlichen ein Forum bietet und dieses Talent sich aus der gegebenen Kultur speist, bietet sie der Kultur eine Möglichkeit sich zu manifestieren, wenn natürlich auch nur in den Parametern des Unterhaltungsgenres. „Big Brother“ ist allerdings, egal in welchem Land wir es uns anschauen, hinsichtlich der Auswirkungen auf die Sozialisation eine negative Sendung. Daran ändern auch die lokalen Charakteristika nichts, die „couleur locale“ und die Kultur sind nicht austauschbare Begriffe. Die Kultur jedes Landes folgt einer inneren Logik, die sich über die Jahrhunderte aufbaut. Das bedeutet nie, dass sie sich verschließt, im Gegenteil, die äußeren Einflüsse „befruchten“ sie, aber sie hat

ihre innere Logik, nach der die gegebenen Schritte aufeinander folgen. Diese Logik wird durch internationale Ereignisse und Einwirkungen bedroht, da die Gefahr besteht, dass nicht das Leben und die Verhältnisse der hier Lebenden Ausdrückende, sondern ein nicht aus ihnen organisch hervorgegangenes „kulturelles Muster“ den Aufbau der nationalen Kultur prägt. Es ist nämlich so, dass alles, was durch die Medien weltweit verbreitet wird, eine sehr eigene kulturelle Kohärenz aufweist, aber in diesem Fall nicht in dem mit positiven Assoziationen umschriebenen Sinn von Kultur, sondern in einem neutralen Sinn. Dies ist zwar auch eine Art von sehr kohärenter und konsistenter Kultur, allerdings enthält sie zahlreiche solche negativen Elemente, die die Menschheit nicht in die allerbeste Richtung lenken. Mein größtes Problem damit, wofür auch die erwähnte Sendung „Big Brother“ ein gutes, aber natürlich nicht das einzige Beispiel ist, ist, dass diese Kultur auf der moralischen Ebene im Verhältnis zwischen Gut und Böse eine starke negative Tendenz aufweist. Was an der heutigen Weltkultur das Hauptproblem zu sein scheint, hat schon vor einem halben Jahrhundert David Riesman in seinem Werk „The Lonely Crowd“ sehr plastisch dargestellt. In dieser klassischen kultursociologischen Analyse unterscheidet Riesman drei Verhaltenstypen: den von der Tradition geleiteten Typus, den von innen geleiteten Typus und den von außen geleiteten Typus. Er zieht den Schluss, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der von außen geleitete Mensch in den Vordergrund rückt, was vollkommen richtig ist. Gleichzeitig könnte man die Attitüde, die er als von innen geleiteten Typus beschreibt, als Verhaltensmuster als gefährdet bezeichnen. Das ist eine sehr negative Tendenz. Diese Sendungen propagieren stark und verbreiten auch die Attitüde des von außen geleiteten Menschen, was natürlich für den Markt ideal ist, weil diese Attitüde die des guten Konsumenten ist; und die Attitüde ist auch ideal für die Politik, denn der von außen geleitete Typus ist ein leicht manipulierbarer Wähler. Aber von der Warte der Kultur der Menschheit aus betrachtet, die von innen geleitete, souveräne, moralische Menschen benötigen würde, die den Unmenschlichkeiten, den Manipulationen, den Ungerechtigkeiten widerstehen können, ist dies eine negative Entwicklung. Das in den Medien dominante Weltbild propagiert allerdings, dass dies ein anachronistisches Ideal wäre. Das ist natürlich nicht wahr, der Kampf zwischen Gut und Böse ist in jedem Zeitalter zeitgemäß.“

Thomas Várkonyi: „Dazu möchte ich erwähnen, dass man in der Fachliteratur viele Hinweise darauf findet, dass man die Menschen doch nicht so leicht steuern kann wie man dachte und wie es das ursprüngliche Ziel war. Der Mensch nimmt etwas aus dem Angebot an, aber niemand kann kontrollieren, was das Individuum damit anfängt. Dabei kann man es nicht so steuern, wie man möchte.“

Gábor Kapitány: „Ich stimme zu. Glücklicherweise kann und wird die Menschheit nie homogen sein, aber es ist nicht egal, welche kulturellen Normen in einem gegebenen Zeitalter dominant sind. In einem Zeitalter, wie es zum Beispiel das 19. Jahrhundert war, war dieser von innen geleitete Typus als positive Norm und Vorbild in der Kultur und auch in der Erziehung präsent. Daher ist es, wenn man die manipulierbaren Menschen auch berücksichtigt, nicht egal, ob wir sie in Richtung freie Persönlichkeiten steuern oder in Richtung konsumierende Masse.“

Thomas Várkonyi: „Zwei Bücher möchte ich in diesem Zusammenhang erwähnen. Das eine ist vom ungarischen Soziologen Elemér Hankiss und heißt „Proletár reneszánsz“ (Die Renaissance der Proleten), in welchem es unter anderem um jenes Phänomen, um jenen Menschentypus geht, der „politisch unkorrekt“ als „glatzköpfiger, bodybuildender, tätowierter Rausschmeißer“ beschreibbar ist. Das heißt, es handelt von jenen, die im gegebenen Zeitalter aktuell kategorisierbare und einordenbare Stilmerkmale tragen und wie sich diese in die erwähnte, auch durch „Big Brother“ charakterisierte Kultur, einfügen. Das andere Buch ist von Neil Postman, es heißt „Wir amüsieren uns zu Tode“ und handelt davon, dass die elektronischen Medien jene positiv empfundene Kultur zerstören, die auf der Schrift, auf dem Buchdruck, auf Büchern basiert. Postman selbst hat zum Beispiel nicht einmal einen Computer verwendet, er hat nur mit der Füllfeder geschrieben, er lehnte alle modernen Hilfsmittel ab. Dieses Weltbild nennt man apokalyptisch. Meine Frage wäre, inwieweit nach all dem Gesagten Ihr Weltbild als apokalyptisch bezeichnet werden kann?“

Gábor Kapitány: „Zuerst einmal sind weder die Medien noch sonst irgendwer Schuld an den Phänomenen, über die wir hier reden. Die Relation zwischen Gut und Böse in der Welt kommt in einer wesentlich komplizierteren Art zur Geltung, als dass man diese in der Art von Verschwörungstheorien personifizieren könnte. Die Kommerzialisierung der Medien und die Förderung ihrer Rezeptionsfähigkeit hat ebenso eine eigene Logik wie der Markt und der Kapitalismus auch und natürlich kommen all diese zur Geltung.“

Ich glaube dem Fernsehstar, dass er nicht die kommenden Generationen verderben will, sondern dass er ein Profi ist, das heißt, er will eine erfolgreiche Sendung produzieren. Gleichzeitig zeigt die Geschichte der Menschheit, dass durch verschiedene Partizipanten, die nach ihrer eigenen Logik optimierte Handlungsweisen setzen, die spontan zur Geltung kommenden Prozesse sich dergestalt addieren, dass sie entweder in eine Blütezeit führen oder in die Dekadenz. Darin bin ich sehr wohl mit vielen heutigen Autoren einer Meinung, dass sich die westliche Welt gegenwärtig in einem dekadenten Zeitalter befindet und zwar in sehr vielen Belangen. Viele vergleichen sie mit dem römischen Kaiserreich und dies nicht ungerechtfertigt, denn die Realityshows sind in gewisser Hinsicht Zitate von Gladiatorenspielen und die Dominanz von zügellosem Sex ohne Moral ist ebenfalls mit dem spätrömischen Zeitalter vergleichbar. Und es werden immer mehr, in dieser Hinsicht negative, Phänomene erkennbar. Es ist allerdings auch nicht zu vergessen, dass man auch in jener Zeit auf das Ende der Welt gewartet hat, auf den totalen Zusammenbruch, doch führte all das zur Entstehung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, deren Basis das gegen den Geist des dekadenten Rom rebellierende Christentum bildete. Das wesentliche ist also jetzt, dass, in Opposition zu einem gewissen, großen, seit Jahrhunderten andauernden und in jeglicher Hinsicht ausgelaugten Paradigma sich jetzt ein solches neues Paradigma herauskristallisieren kann, welches sich dann über Jahrhunderte neu aufbauen kann und nicht in Dekadenz versinkt.“

Thomas Várkonyi: *„Meiner Meinung nach kann sich das deshalb so entwickeln, weil es in der heutigen Welt glücklicherweise eine offensichtlich größere Freiheit des Individuums im Vergleich zu vergangenen Kulturen und Gesellschaftsformen gibt. Die wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, ob eine Bewegung gegen die absolute persönliche Freiheit nicht in das gleiche Fahrwasser wie der radikale Islam gerät, da dieser auch genau die so genannte Dekadenz der westlichen Welt zu bekämpfen vorgibt.“*

Gábor Kapitány: „Ich denke der Islam ist keine Alternative, obwohl ich kein Sachverständiger bin und niemanden in seinem Glauben verletzen möchte. Aber der Islam ist ja doch eine eineinhalbtausend Jahre alte Religion, die keine neue Alternative darstellt. Das heißt es ist nicht die Rede davon, dass für die heutige Zeit eine in die Zukunft weisende, eine Erneuerung beinhaltende Antwort gegeben wird, sondern dass der Islam, genau wie auch der christliche Konservatismus,

auf Basis der eigenen Werte in Opposition zu diesen Tendenzen steht. Dass die Popularität des Islam auch in einigen traditionell nichtislamischen Gruppen wächst, entspricht jener Tendenz, nach der dekadente Zeiten nach Auswegen suchen und sehr oft, wenn es sich noch nicht abzeichnet, was das Neue ist, suchen sie diese in jenen Dingen, die zwar alt, aber anders sind als die dominanten. Um bei dem Vergleich mit Rom zu bleiben, finden wir dazu eine Analogie in der Zuwendung zum Isis-, beziehungsweise zum Mithraskult, die natürlich keine wirklichen Veränderungen bedeuteten, dazu musste etwas Neues entstehen. Ich bin sicher, dass die Menschheit auch im 21. Jahrhundert aus dieser moralischen Krise herausfindet und in den dominanten Tendenzen der heutigen Zeit sind sicher schon positive Elemente der neuen Zeit enthalten. Was den zweiten Teil der Frage betrifft, so denke ich, dass, obwohl wir nicht wissen können, in welche Richtung sich die Menschheit entwickelt, nichts eine positive Alternative bedeuten kann, was die Verleugnung der persönlichen Freiheit bedeutet und noch weniger etwas, das den Terror, das heißt die Missachtung des menschlichen Lebens, repräsentiert. Die erfolgreiche Erneuerung beinhaltet immer einen Großteil von dem, was früher gut war, hat allerdings immer auch neue Eigenschaften. Die Humanität soll man nicht zurücknehmen, sondern steigern.

Sie haben vorher auch darauf hingewiesen, dass es Leute gibt, die sich wegen der negativen Tendenzen von allen Moden des Zeitalters abwenden, keine neuen Technologien verwenden etc. Ich würde mich auch davor hüten, denn auch die technologische Entwicklung gehört nicht zu den Sündenböcken. Jede Technologie kann man positiv oder negativ verwenden, und wenn man vor ihr flüchtet, führt das zu Nichts. Viel mehr muss man nicht einmal an der Verbreitung von Dingen minderwertiger Qualität zwangsläufig verzweifeln, denn im besten Fall kann daraus noch etwas Gutes entstehen. Ich bin kein Pessimist, obwohl ich die heute dominanten Tendenzen nicht für positiv halte.“

Thomas Várkonyi: *„Ungarn ist vor wenigen Wochen der Europäischen Union beigetreten. Welchen Einfluss kann dieses Ereignis auf die Politik und auf die Medien haben, kann sich in Bezug darauf etwas ändern, dass in der Europäischen Union gewisse politische und mediale Normen existieren, wogegen meiner Meinung nach der politische Diskurs und dessen mediale Aufbereitung im heutigen Ungarn nicht wirklich als EU-konform zu bezeichnen sind?“*

Gábor Kapitány: „In Ungarn bin ich zuhause, die Länder der Europäischen Union kenne ich allerdings nur als Tourist und weil ich über sie gelesen habe. Das heißt auf der Ebene des tieferen Erlebens, die das Leben in der Kultur und Gesellschaft eines Landes bedeutet, ist die Europäische Union für mich eine äußere Welt. Mit den Erwartungen im Zusammenhang mit dem Beitritt ist zumindest so viel sicher, dass es in Ost- und Ostmitteleuropa in Bezug auf in gesellschaftlichem Sinn verstandener Demokratie weniger Erfahrungen aus der Vergangenheit gegeben hat, das heißt in diesem Sinn kann die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer jedenfalls eine positive Wirkung auf die ungarische Gesellschaft haben. Die andere Seite der Sache ist allerdings, dass ich kein Anhänger der Aufrechterhaltung von ständigen Minderwertigkeitsgefühlen bin, der Verkündung der Zurückgebliebenheit Ungarns, denn dazu, dass eine Kultur wirklich wirksam sein kann, muss eine Kultur Selbstbewusstsein haben. Das beweist von der französischen Kultur bis zur holländischen, von der amerikanischen bis zur finnischen, jede Nation, die etwas erreicht hat in der Welt. Dieses einholende, verfolgende, lernende, zurückgebliebene Image ist keine gute Strategie, meiner Meinung nach brauchen wir uns unserer eigenen Traditionen nicht zu schämen. Diese sind natürlich andere als die westlichen, aber nicht geringere. Leider neigt auch die Union zeitweise dazu, neu beigetretenen Ländern gegenüber eine Art „schulmeisterhaften“ Verhaltens anzunehmen; mit Auflagen, Erwartungen, während sie gewisse Rechte und Möglichkeiten den beitretenden Ländern nicht gewährt, das heißt, dass zeitweise die Einstellung eine ziemlich einseitige ist. Ich bin ein Anhänger dessen, dass eine Kultur selbstbewusst sein soll, dass sie die Verantwortung dafür, dass sie in vergangenen Zeiten anders war, übernimmt, was sie schlecht gemacht hat, daraus soll sie lernen. Allerdings haben die ungarische und die anderen ost- und ostmitteleuropäischen Kulturen Traditionen, von denen andere etwas lernen können. Das heißt, einerseits müssen wir viel von den westlichen, demokratischen Traditionen übernehmen, andererseits müssten wir allerdings die Repräsentation unserer eigenen Kultur steigern und uns darauf konzentrieren, was wir von dem, was uns eigen ist, der EU geben können.“

Thomas Várkonyi: „Wenn man die politischen Verhältnisse betrachtet, hat sich die Europäische Union bis jetzt nicht sehr in die ungarische Politik eingemischt, außer dass z.B. wirtschaftliche Mindeststandards für den Beitritt

verlangt wurden. Allerdings werden nach dem EU-Beitritt die in Ungarn leider schon als typisch bezeichnaren Skandale, Verleumdungen, Geplänkel sicherlich eine größere Aufmerksamkeit, vielleicht auch Einmischung hervorrufen. Wie ist die öffentliche Meinung dazu, dass die Medien, nämlich sowohl die Fernsehstationen als auch die Radiosender, Zeitungen und Zeitschriften, bekanntermaßen und allgegenwärtig zwischen „linken“ und „rechten“ Weltanschauungen gespalten sind?“

Gábor Kapitány: „In gewisser Hinsicht ist dies überall auf der Welt der Fall, das ist keine ungarische Eigenheit. Es ist unzweifelhaft so, dass im Zuge der letzten Wahlen im Jahr 2002, unter Mitwirkung beider politischen Seiten, die Emotionen sehr stark aufgewühlt worden sind, sodass sie bereits in der Nähe der Polithysterie anzusiedeln sind. Aber einerseits kann man auch das nicht als für die Natur der ungarischen Gesellschaft typisch bezeichnen, andererseits wird das auch von der Mehrheit der Bevölkerung nicht geschätzt. Die Mehrheit ist zum Zeitpunkt dieser Wahlen wirklich in diese Sackgasse gekommen und hat sich dem einen oder anderen Lager angeschlossen, aber trotz allem hat die überwiegende Mehrheit der Menschen genug von dieser emotionalen Polarisation und ist im Allgemeinen dafür nicht mehr zu haben. Es ist auch als ungarische kulturelle Tradition bezeichnend, dass die ungarische Gesellschaft nie extremen Positionen anhängt, diese hatten immer nur kurzfristig einen Nährboden, aber sobald sich die Aufregung gelegt hat, hat nie eine extreme Form die Mehrheit bekommen. Die ungarische Gesellschaft und Geschichte hat im Übrigen, teils aus geopolitischen Gründen, teils als Folge der ungeschickten ungarischen Selbstdarstellung, eine schlechtere Presse, als sich aus dem tatsächlichen Wissen herleiten ließe. Außerdem verstärkt die politische Polarisation künstlich eine wirklich existierende kulturelle Polarisation. Diese kulturelle Polarisation hat, wie überall auf der Welt, gesellschaftsstrukturelle Gründe. So wie sich zum Beispiel in England die Tory-Whig-, beziehungsweise später Tory-Labour-Spaltung, herausgebildet hat, existieren auch in anderen Ländern Europas die Pole konservativ-christdemokratisch und sozialdemokratisch, die nicht nur Unterschiede in der politischen Anschauung, sondern in vielen Fällen auch unterschiedliche Paradigmen, Wertordnungen und Geschmacksrichtungen bedeuten. Und in diesen Ländern ist auch ziemlich gut voraus sagbar, ob jemand sagen wir konservativ-bürgerliche oder radikal-linke Presseprodukte liest. Bei uns, und vielleicht kann man verallgemeinern,

dass es im Osten Europas generell so ist, kommt allerdings zu den kulturellen Unterschieden, die die Polarisierung verursachen, noch ein weiterer Faktor hinzu, der auch mit dem erwähnten Westeuropa-Anknüpfungskomplex zusammenhängt. Im 19. Jahrhundert erreichte die Modernisierung und Entwicklung des Bürgertums in zwei Wellen die ungarische Gesellschaft. Die erste Welle war der Versuch, auf der am Anfang des Jahrhunderts angekurbelten landwirtschaftlichen Konjunktur basierend, den Adel und die Bauern zu verbürgerlichen. In der ungarischen Geschichte heißt diese Zeit das „Reformzeitalter“, da die adeligen Landtage mit Unterstützung der erwachenden bürgerlichen Presse und Literatur zahlreiche Reformen in die Wege geleitet haben, mit deren Hilfe sie die ungarische Gesellschaft an andere bürgerliche Gesellschaften der damaligen Zeit anzunähern versuchten. Diese Reformen versuchten auf die inneren Entwicklungen der ungarischen Gesellschaft und auf die daraus organisch erwachsenden Kapitalbildungen zu bauen, diese Tendenz wurde durch die Niederschlagung der Revolution und des Freiheitskampfes 1848/49 gebrochen. Die zweite Welle fand Ende des 19. Jahrhunderts zu der auch in Ungarn so genannten „Gründerzeit“ durch das Hereinströmen internationalen Industrie- und Bankkapitals statt. Diese Modernisierungswelle hat als Basis ein sowohl vom internationalen Kapital als auch vom bürokratischen Staatsapparat abhängiges, zu einem großen Teil nicht ursprünglich ungarisches, Bürgertum. Diese zwei Modernisierungswellen basierten also auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, unterschiedlichen Strategien und Gesellschaftsbildern, man könnte sagen, dass sie unterschiedliche kulturelle Systeme um sich herum entstehen ließen. Obwohl im 20. Jahrhundert die Entwicklung beider Wellen gebrochen wurde, wirkten die im 19. Jahrhundert aufgeworfenen Alternativen weiter. Die erste dieser Alternativen, der Versuch, auf die organisch aus der ungarischen Wirtschaft erwachsene Modernisierung aufzubauen, war die „népi“ (in etwa: volklich, nicht völkisch; Anm.) Bewegung, doch wurden deren Möglichkeiten (in erster Linie die beginnende Verbürgerlichung der Bauern) nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Staatssozialismus liquidiert. Der Staatssozialismus hat sich aufgrund seiner antikapitalistischen Ausrichtung auch der anderen Alternative, der „urbanen“ Bewegung, entgegengesetzt. Im letzten Abschnitt seiner Geschichte entdeckte dieser „Sozialismus“ allerdings die Werte der „Gründerzeit“, in den 70er und 80er Jahren haben sowohl Wirtschafts-

fachleute als auch Historiker versucht, diesen Weg der Verbürgerlichung und Modernisierung als „goldenes Zeitalter“ zu rehabilitieren. Dies ist nicht zu trennen von jenem Prozess, in dem sich ein Teil der sozialistischen Elite, wie von Orwell vorausgesagt, dem Weg des „kapitalistisch Werdens“ nach dem Modell des ausgehenden 19. Jahrhunderts, das heißt auf internationalem Kapital und bürokratischem Staatsapparat basierend, genähert hat. Nach dem Systemwechsel schien es, als ob wieder zwei Wege der Verbürgerlichung offenstünden. Ziemlich viele begannen in Verbindung mit dem Staat, aber auch offen für internationale Verbindungen, mit der Verbürgerlichung, das heißt auf die für den Spätsozialismus charakteristische Art und Weise. Darin ist auch die Affinität nicht nur politisch, sondern auch kulturell zu dem, in erster Linie von den so genannten „linken“ Parteien repräsentierten Verbürgerlichungs-Modell zu sehen. Gleichzeitig mit der Privatisierung ergaben sich auch Möglichkeiten der Kapitalanhäufung, die aus den inneren Entwicklungen der ungarischen Wirtschaft erwachsen und in dieser Hinsicht eher der ersten Welle glichen, der des „Reformzeitalters“. Dies motivierte andererseits die „Renaissance“ des „Reformzeitalters“ und hauptsächlich jene kulturelle Zweiteilung, die den einen Teil der Gesellschaft in Richtung internationale Kapitalinteressen (die „urbanen“), den anderen in Richtung auf innere wirtschaftliche Kraftquellen hoffend, dem Typus des Reformzeitalters entsprechend, treibt. Und diese hängen auch der jeweiligen Logik, den Wertesystemen, Paradigmen und politischen Präferenzen der zwei Seiten an. Diese Teilung wird heute von der Politik verstärkt, fallweise werden gewisse symbolische Streitpunkte hervorgehoben und um mit Emotionen und Erregungen aufgeheizte Fälle herum aktiviert. Wenn man allerdings das ganze Land betrachtet, wäre offensichtlich optimal, wenn der politische Wechsel zwischen Repräsentanten dieser zwei Modelle möglichst reibungslos funktionieren würde. Diese zwei alternativen Modelle werden jedenfalls miteinander in Konkurrenz und Widerstreit stehen, aber man könnte anstreben, dass die bei Regierungswechseln zeitweilig eintretenden Präferenzwechsel nicht die Vernichtung der Ergebnisse des auf dem anderen Weg Erreichten mit sich bringt.“

Thomas Várkonyi: *„Zum Abschluss stellt sich noch die Frage, welche Gebiete aus dem Dreieck Kommunikationswissenschaft, Geschichte und Anthropologie Ihrer Meinung nach in Zukunft in Ungarn näher erforscht und bearbeitet werden sollten?“*

Gábor Kapitány: „Aus dem bis jetzt Gesagten folgt schon, dass meines Erachtens ein wichtiger Punkt ist, dass wir uns viel mehr über den inneren Aufbau der ungarischen Kultur, ihrem Erbe, ihrer Logik, im Klaren sein müssen und dem, was dies im anthropologisch-historischen Verhältnis bedeutet. Ich halte die Erforschung dessen für sehr wichtig und natürlich den Geschichtsunterricht auch. In der letzten Zeit, und ich denke, dass dies eine weltweite Tendenz ist, hat die Qualität des Geschichtsunterrichtes nachgelassen, genauso wie das Prestige der Geschichte als Fach. Viele denken, dass immer nur die neuesten Trends wichtig sind. Wer allerdings nicht weiß und nicht versteht, welche Rolle die Vergangenheit in der Konstruktion der Gegenwart spielt, der kann seine Gegenwart nicht in eine bessere Zukunft steuern. Was nun die Medien betrifft, lässt sich sagen, dass, da die Medien die Massen mit ständig neuen Phänomenen bombardieren, es sehr wesentlich ist, diese jederzeit zu verfolgen und zu analysieren und sich über ihre Bedeutung und ihre Ursachen im Klaren zu sein. Offensichtlich hat der Kulturforscher auch jene Verantwortung, dass er den Menschen erklärt, womit sie konfrontiert werden und da immer neue Formen erscheinen, sind auch immer neue Erklärungen von Nöten. Es ist wichtig, dass die Rezipienten – und jede neue Generation, die durch die Medien sozialisiert wird – lernen, mit den Medien umzu-

gehen und zu erkennen, was ein neues Phänomen bedeutet, wie es manipuliert etc. Und man muss sowohl die positiven als auch die negativen Seiten darlegen. Wenn wir nur die negativen Seiten hervorheben, dann werden wir der immer komplex strukturierten Realität und der immer komplex funktionierenden Gesellschaft gegenüber nicht gerecht, und wir werden ähnlich weltfremd wie die vorher erwähnten Apokalyptiker. Wenn wir aber jede neue Entwicklung, jedes neue Phänomen mit der Einstellung annehmen, dass was neu ist nur gut sein kann, oder dass was die Masse der Bevölkerung will nicht wertlos sein kann, dann können wir auch zu Apologeten ziemlich inhumaner Entwicklungen werden. Um die beiden fehlerhaften Extreme zu vermeiden ist auch im 21. Jahrhundert nicht auf eine moralische Grundhaltung zu verzichten. Als vielleicht wichtigste moralische Frage unserer Zeit halte ich jene nach dem Schutz des von innen geleiteten, souveränen Individuums und überhaupt die nach der Relevanz der Ethik. Und weiters das Aufzeigen, wie gesellschaftliche Prozesse, darunter die Wirkung der Medien, auf den Menschen und auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Moral, wirken. Und unter Moral, das ist vielleicht aus dem bisher Gesagten klar geworden, verstehe ich ganz und gar nicht eine moralisierende oder belehrende Grundhaltung, sondern den Schutz der Kultur und der menschlichen Persönlichkeit.“

Gábor KAPITÁNY (1948)

Abschlüsse an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität ELTE in Budapest 1972 (Ungarische Sprache und Literatur) und 1973 (Psychologie). Tätigkeit am Budapester Institut für Bildungsforschung, nach dessen Auflösung 1992 am soziologischen Forschungsinstitut der ungarischen Akademie der Wissenschaften. 1973 Hochzeit mit Ágnes Kapitány, geb. Gál, mit der er seitdem gemeinsam forscht und publiziert. Ihr gemeinsames Gebiet ist erst die Wertesoziologie, dann die Kulturanthropologie. Seit 1983 sind sie habilitiert. Sie haben sechzehn Bücher und mehr als hundert Artikel veröffentlicht, unter anderem zu folgenden Themenbereichen: Wertesysteme, Motivationsforschung, kulturelle Interaktionen, Symbole des alltäglichen Lebens, Gegenstandssymbolik, Nationalsymbolik etc. Sie unterrichten und haben unterrichtet an folgenden Universitäten: ELTE, BME, Universität Miskolc, Károli Gáspár reformierte Universität, Universität für Industriekunst etc. Sie betreiben mehrere Forschungswerkstätten, seit Jahren nehmen sie auch an einem unter österreichischer Leitung stehenden Forschungsprojekt teil. Sie sind Mitglieder zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, so auch des Semiotikausschusses der Akademie der Wissenschaften. Gábor Kapitány ist seit der Gründung der ungarischen Gesellschaft für Kulturanthropologie deren Vizepräsident. Außerdem betätigt er sich literarisch, 2002 ist ein umfangreicher Roman erschienen.

Kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung, quo vadis?

Eine theoretische und empirische Skizze

Stefan Jarolimek

Nach mehr als fünfzehn Jahren der Transformation und der Transformationsforschung bieten die Staaten des ehemaligen Ostblocks ein sehr unterschiedliches Bild. Die Vorzeigestaaten Polen und Tschechien haben es fast geschafft und sind seit Mai Teil der Europäischen Union. Das ehemalige Machtzentrum, die Russische Föderation, kämpft noch immer mit seiner Größe, seinen Oligarchen und verfolgt weiterhin eine nach westlichem Geschmack wenig demokratische Politik der harten Hand. Andere Staaten, die in ihren Transformationsbestrebungen nur schleppend vorankommen, darunter vor allem die mitelasiatischen Staaten, gelten als „consolidating authoritarian rules“ oder „failed states“¹. Die vor allem von Politologen geführten Untersuchungen dieser Prozesse bestanden zunächst aus einer Sammlung empirischer Daten, die in einer Art dichten Beschreibung zusammengefasst und verglichen wurden.

Auf dieser ersten empirischen Basis versuchte man dann auch theoretische Annahmen zu formulieren. Dass sich so eine Vielzahl von Wissenschaftlern dies zur Aufgabe machte, lag wohl auch wesentlich daran, dass die deutsche Wiedervereinigung Teil der Transformationen jener Zeit war. Eins jedoch kann direkt zu Beginn festgestellt werden: *Die* Transformationstheorie gibt es nicht.

Es wird daher im Folgenden darum gehen, die Defizite und Perspektiven der Transformationsforschung im Allgemeinen und für die Kommunikations- und Medienwissenschaft im Speziellen herauszuarbeiten.² Auf Basis der erkannten Defi-

zite sollen perspektivisch in einer Art theoretischer und empirischer Skizze Möglichkeiten zur umfassenden Untersuchung der Transformationsprozesse aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht erarbeitet, vor- und zur Diskussion gestellt werden.

Transformationsforschung

Um den Forschungsstand zur Transformation zu umreißen ist es unabdingbar, den Blick auf die Politikwissenschaft und die Soziologie zu richten. Beide Disziplinen beschäftigten sich sehr früh mit dem Problem der Transformation und brachten sowohl theoretische als auch empirische Ergebnisse zum Vorschein.³ Die theoretische Diskussion⁴ stützte sich einerseits auf vorhandene makrotheoretische Gesellschaftstheorien, etwa die Modernisierungstheorie Parsons oder die Luhmann'sche Systemtheorie. Parsons Theorieentwurf erwies sich jedoch als zu starr für die von Rückschlägen geprägten Transformationsprozesse. Nachbesserungen, wie sie maßgeblich von Zapf mit der „weitergehenden Modernisierung“⁵ vorgenommen wurden, stellten diesbezüglich eine Verbesserung dar, konnten der Modernisierungstheorie jedoch nicht zum Durchbruch verhelfen. Die funktional-strukturelle Systemtheorie, wie sie maßgeblich Niklas Luhmann prägte, stellte sich als offener heraus. Das genetische Erklärungsdefizit jedoch, dass sich wesentlich durch die Unmöglichkeit der ganzheitlichen Erfassung von Akteuren innerhalb der Theorie ergibt, konnte mit ihrer Hilfe auch nicht gelöst

¹ Introduction. In: Monroe E. Price/Beata Rozumilowicz/Stefan G. Verhulst (Hrsg.): *Media Reform. Democratizing the media, democratizing the state*. London & New York 2002, S. 1-7, hier S. 6.

² Seit dem Sommersemester 2003 ist die Transformation der „Medien“ Thema eines Forschungscolloquiums am Lehrstuhl für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft der Universität Leipzig unter der Leitung von Prof. Dr. Arnulf Kutsch. Für Anregungen, die aus dieser kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden theoretischen und empirischen Ergebnissen entstanden, danke ich allen Beteiligten.

³ Für die Politikwissenschaft vgl. etwa Klaus von Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt/Main 1994. Oder:

Jakob Juchler: *Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblicke und Fallstudien*. Zürich 1994. In der Soziologie etwa die Diskussionen in den Ausgaben des *Berliner Journals für Soziologie* 1993/1994.

⁴ Für einen ausgiebigen Überblick vorherrschender Transformationstheorien vgl. Raj Kollmorgen: *Suche nach Theorien der Transformation*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 4. Jg. (1991), Nr. 3, S. 381-399.

⁵ Zur näheren Erläuterung und Diskussion vgl.: Rolf Reißig: *Transformation – Theoretisch-konzeptionelle Ansätze, Erklärungen und Interpretationen*. In: *BISS public*, 4. Jg. (1994), Nr. 15, S. 5-43, hier S. 16ff.

werden. Damit soll nicht die „Vertreibung des Menschen aus dem Paradies der Systemtheorie“⁶ nachgebetet, sondern vielmehr dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Akteure in einzelne Rollen aufgeteilt und somit Verbindungen, die über diese Akteure und damit auch über Rollengrenzen hinweg funktionieren, nicht beobachtet werden (können).

Dieses Defizit stellten auch all jene heraus, die innerhalb der theoretischen Diskussionen für die Bevorzugung der Akteurs- und Handlungstheorien plädierten. Den Akteur als zentrales Untersuchungskriterium benannten auch die US-amerikanischen Forscher, etwa um O'Donnell, Schmitter und Przeworski⁷, die sich bereits vor den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa mit den Transformationen in Lateinamerika beschäftigten. Die Betonung der Tatsache, dass die Veränderungen in den betreffenden Staaten durch Akteure bzw. deren Handlung hervorgerufen wurden, klingt zunächst logisch, lässt jedoch weitgehend offen, inwieweit diese dabei von Vorgaben der Gesellschaft beeinflusst worden sind.

In diese konträr geführte Diskussion aufgenommen wurden auch integrative Ansätze, wie etwa von dem Kulturoziologen Jürgen Gerhards⁸, der ausgehend von einem Vorschlag Uwe Schimanks⁹ dafür plädiert, die mikro- und makrotheoretischen Ansätze zu kombinieren. „Das Verbindungstheorem von System- und Akteurstheorie lässt sich dann folgendermaßen formulieren: Akteure wählen innerhalb der durch Systeme aufgespannten ‚constraints‘, durch die abstrakte Ziele substantiell vorgegeben und Mittel zur Erreichung der Ziele definiert sind, diejenigen Handlungen, die ihre spezifischen Ziele mit dem geringsten Aufwand erreichbar machen.“¹⁰ Auf diese Weise werden die jeweiligen Defizite der Einzeltheorien behoben. „Ohne eine solche

komplexe Theoriekombination läuft die soziologische Analyse [...] an den Realitäten“¹¹ vorbei. Sehr ausführlich diskutierte Raj Kollmorgen die verschiedenen Theorieansätze innerhalb der Soziologie. In seiner Kritik betrachtet er nicht nur die system-, akteurs- und handlungstheoretischen Herangehensweisen, sondern widmet sich gezielt den vielfältigen integrativen Theorieansätzen. Auf die Frage nach der „richtigen“ Transformationstheorie gibt aber auch er keine Antwort, sondern konstatiert am Ende:

„Wie sich Gesellschaften reproduzieren und entwickeln (werden) ist nicht allein ein Problem des Postsozialismus ... und alles andere als akademische Taschenspielerlei. Schöne Aussichten? Die praktischen und theoretischen Gemengelage verweigern einfach Antworten.“¹²

Jedoch soll an dieser Stelle eine Einschätzung seiner Analyse transformationstheoretischer Überlegungen aufgegriffen werden. Er empfiehlt für „eine nähere Statuierung“¹³ die Vorschläge von Hans-Peter Müller und Michael Schmid¹⁴. Diese plädieren innerhalb ihrer dreistufigen Erklärungslogik des sozialen Wandels als letzten Schritt für eine „historisch-empirische Transformationstheorie“, die empirisch kontrolliert die Veränderungen und Entwicklungen rekonstruieren soll. Und weiter:

„[E]ine Transformationstheorie geht in der Regel von einer (zumeist normativ) festgelegten Entwicklungsrichtung, von einer raum-zeitlichen Spezifizierung des Entwicklungsverlaufs und von einem konkret identifizierbaren Ensemble von Institutionen, Akteuren und Umwelten aus. [...] Eine Transformationstheorie wird dabei nicht umhin können, sowohl die Bezugsgesellschaft als auch den Untersuchungszeitraum exakt zu definieren, um einesteils konkrete Wandlungsbarrie-

⁶ Helmut Willke: *Fußnoten zur großen Konfusion*. In: *Ethik und Sozialwissenschaften*, 11. Jg. (2000), Nr. 2, S. 284-287, hier S. 284.

⁷ vgl. etwa Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives*. Baltimore & London 1991. Oder: Adam Przeworski: *Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo*. In: *Transit*, 1. Jg. (1990), Nr. 1, S. 190-211.

⁸ Jürgen Gerhards: *Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch*. In: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen 1994, S. 77-105.

⁹ Uwe Schimank: *Der mangelnde Akteurbezug systemtheoretischer Erklärungen gesellschaftlicher Differenzierung – Ein Diskussionsvorschlag*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 14. Jg. (1985), Nr. 6, S. 421-434.

¹⁰ Gerhards, *Politische Öffentlichkeit*, S. 81.

¹¹ Uwe Schimank/J. Weyer: *Der Untergang des Staatssozialismus: Vergangenheits- und zukunftsorientierte Herausforderungen an die soziologische Gesellschaftstheorie. Referat auf dem 27. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle/Saale* (Abstract). In: Sahner/Schwendtner (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch. Abstract-Band des Kongresses*, o.O. 1995, o.S., zit. nach Raj Kollmorgen: *Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien*. In: Raj Kollmorgen/Rolf Reißig/Johannes Weiß (Hrsg.): *Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Empirische Befunde und theoretische Ansätze*. Opladen 1996, S. 281-331, hier S. 299.

¹² Kollmorgen, *Schöne Aussichten?*, S. 324.

¹³ ebd., S. 286.

¹⁴ Hans-Peter Müller/Michael Schmid: *Paradigm Lost? Von der Theorie sozialen Wandels zur Theorie dynamischer Systeme*. In: Hans-Peter Müller/Michael Schmid (Hrsg.): *Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze*. Frankfurt/Main 1995, S. 9-55.

ren und Entwicklungshindernisse rechtzeitig erkennen zu können, andererseits aber auch zieldienliche Prozesse und Mechanismen zu identifizieren, wozu unausweichlich auf die vorgelagerten Modelle und theoretischen Kenntnisse zurückgegriffen werden muß. In diesem Zusammenhang wird sie unterschiedliche Transformationsrhythmen einzelner gesellschaftlicher Sektoren wie Wirtschaft, Politik und Kultur ebenso einbeziehen wie die vorhandene Konfiguration von Institutionen und die Machtverhältnisse zwischen den Akteuren.¹⁵ Damit wird eine Transformations-theorie nicht mehr den möglicherweise gewünschten Allgemeinheitsgrad und -anspruch besitzen, jedoch trotzdem auf die Modell- und Theoriebildung angewiesen sein. Denn es gelte auch für die aktuelle Transformationsforschung, dass „die untersuchte gesellschaftliche Umgestaltung weder mit ähnlichen Vorgängen verglichen noch angemessen zeitdiagnostisch bewertet werden kann“¹⁶. Kollmorgen resümiert: „Mir scheint diese Statuierung von ‚historisch-empirischen Transformationstheorien‘ auch für den postsozialistischen Gegenstand nicht nur schlechthin angemessen, sondern darüber hinaus geeignet, eine ‚Meßplatte‘ für weitere Diskussionen transformationstheoretischer Ansätze darzustellen.“¹⁷

Auch aus der kommunikationswissenschaftlichen Sichtweise scheint der Einschlag dieser historisch-empirischen Betrachtung, die auch maßgeblich auf die Besonderheiten des jeweiligen Transformationsstaates eingeht, sinnvoll. Deshalb soll dieser Gedanke in dem weiter unten skizzierten Theorieansatz und auch im Hinblick auf die empirische Umsetzung bedacht werden.

Und noch einmal die Frage: „Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung? Mit Sicherheit nicht den, der sich exklusiv an den Axiomen, Theoremen und Reduktionen einer soziologischen Großtheorie alleine orientiert. [...] Ein Ansatz zur Systemwechselforschung, der funktionale Teilsystemlogiken, systemische Legi-

¹⁵ ebd., S. 37ff.

¹⁶ ebd., S. 39.

¹⁷ Kollmorgen, *Schöne Aussichten?*, S. 287, Hervorhebung S.J.

¹⁸ Wolfgang Merkel: *Struktur oder Akteur; System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?* In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorie, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen

timationsanfordernisse, Sozial- und Machtstrukturen, Institutionen sowie den internationalen Kontext als jeweils zu konkretisierende constraints für das strategische Handeln politischer Akteure begreift, vermag die Logik und den Ablauf von Systemwechseln angemessener zu entschlüsseln als Ansätze, die auf eine einzige Theorie verpflichtet werden.“¹⁸

Der Hinweis auf die Kombination von soziologischen Großtheorien bzw. auf die Erarbeitung integrativer Ansätze und die Erfassung der Strukturen, Institutionen etc. als *constraints* ist sicherlich nicht nur relevant und zweckmäßig für die Untersuchung der politischen Akteure und der Transformation des politischen Systems. Deshalb wird im Weiteren der Versuch unternommen, diese Empfehlung auch für die kommunikationswissenschaftliche Erforschung der Transformationsprozesse weiterzudenken.

Kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung

Diese Diskussion wurde auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft verfolgt. Hinsichtlich der Frage, welche Theorie oder ob ein integrativer Ansatz zu befürworten sei, gelangt sie zum gleichen Ergebnis: „Ähnlich wie in der Transformationsforschung ist offenbar die Rolle der Medien auch aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht am ergiebigsten mit einer kombinierten Herangehensweise aus aktors- und systemtheoretisch orientierter Betrachtungsweise, die die Analyse struktureller Bedingungen berücksichtigt, zu bestimmen.“¹⁹

Innerhalb der Kommunikations- und Medienwissenschaft liegen jedoch weit weniger Forschungsansätze zur Transformation vor als in den erwähnten Nachbardisziplinen. Um so erfreulicher ist daher der Versuch von Barbara Thomaß und Michaela Tzankoff, in einem Sammelband nicht nur die theoretische Diskussion aufzuarbeiten, sondern auch Fallstudien zu ausgewählten Ländern zu präsentieren.²⁰ Anhand dieses Bandes wird aber auch deutlich, mit welchen Problemen

1994, S. 303-331, hier S. 325f, Hervorhebung im Original.

¹⁹ Barbara Thomaß: *Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften*. In: Barbara Thomaß/Michaela Tzankoff (Hrsg.): *Medien und Transformation in Osteuropa*. Wiesbaden 2001, S. 39-64.

²⁰ vgl. Thomaß/Tzankoff, *Medien und Transformation in Osteuropa*.

und Defiziten sich die kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung konfrontiert sieht. Zwar diskutiert Tzankoff ausführlich die Forschungsbestrebungen der Nachbardisziplinen. Und Thomaß versucht, in ihren kommunikationswissenschaftlichen Überlegungen die Ergebnisse der vorangegangenen Diskussionen auf die Kommunikations- und Medienwissenschaft zu übertragen, lässt bei diesem Unterfangen jedoch weitgehend offen, wie der Untersuchungsgegenstand zu definieren sei und wie dessen systematische und umfassende Untersuchung umzusetzen wäre. Thomaß und Tzankoff stellen am Ende des Bandes fest, dass „die Transformationsprozesse in Osteuropa nicht ohne Medien vonstatten gegangen [sind], also auch nicht ohne sie zu erklären. Wie deren Rolle theoretisch zu konzipieren ist, dafür sollten in der Studie erste Hinweise gegeben werden. Sie auszuarbeiten und vor allem entsprechende empirische Untersuchungen dazu anzuregen, wird die Aufgabe von hoffentlich vielen nachfolgenden Forschungen sein.“²¹ Die von den Autorinnen gehegten Hoffnungen sollen nicht enttäuscht und daher ihre bemerkenswerte Vorarbeit kritisch begutachtet und fortgeführt werden.

Zum Gegenstand: Massenmedien, Publizistik? Öffentlichkeit!

Die von Thomaß aufgenommene Diskussion systemtheoretischer Ansätze hinsichtlich eines Systems Publizistik²², Massenmedien²³ reflektiert leider nicht die neueren systemtheoretischen Ansätze²⁴. Diese erscheinen jedoch gerade in Anbetracht der vorliegenden Defizite hilfreich. So stellen Alexander Görke und Matthias Kohring die Frage, was denn der Untersuchungsgegenstand der Kommunikations- und Medienwissenschaft²⁵ ist und gelangen in ihren Theorieentwürfen²⁶ zu einem relativ einheitlichen Ergebnis. Beide konzipieren ein Funktionssystem

Öffentlichkeit, dessen wichtigstes Teilsystem der Journalismus sei. Gemeinsam wenden sie sich in einem „Abschied ohne Tränen“²⁷ demonstrativ von den Begriffen der (Massen-)Medien und (Massen-)Kommunikation ab und formulieren als These, dass das gesuchte System im „Spannungsfeld von Journalismus- und Öffentlichkeitsforschung zu verorten“²⁸ sei. Kohring kommt zu dem Schluss, dass „in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft die Beobachtungen von Ereignissen für die Ausbildung wechselseitiger gesellschaftlicher Umwelterwartungen durch ein eigenes Funktionssystem übernommen wird. Dieses Funktionssystem bezeichnen wir als Öffentlichkeit.“²⁹ Mit Hilfe dieser neueren Ansätze kann nicht nur der Untersuchungsgegenstand für die kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung präzisiert werden, also Öffentlichkeit, öffentliche Kommunikation bzw. der Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit, sondern es können auch weitere Fortschritte in Richtung einer Definition für die Transformation im „Medienbereich“ erwartet werden.

Transformation von Öffentlichkeit: Beginn und Ziel?

Die Theorieentwürfe von Kohring und Görke beziehen sich nicht auf Transformationsereignisse, sondern bestimmen den Status der Öffentlichkeit in einer ausdifferenzierten Gesellschaft. Wenn aber das (gleichwohl normative) Ziel der Transformation im politischen System in der Ausbildung eines demokratischen Systems liegt, und in der Ökonomie in der Ausbildung eines Wirtschaftssystems, das durch den Markt reguliert wird, so kann man für den Medienbereich festhalten: Das Ziel dieses Transformationsprozesses ist die Ausdifferenzierung einer pluralistischen Öffentlichkeit. Dabei muss jedoch immer kritisch hinterfragt werden, wer diese idealisti-

²¹ Barbara Thomaß/Michaela Tzankoff: *Medien und Transformation in den postkommunistischen Staaten Osteuropas*. In: Thomaß/Tzankoff, *Medien und Transformation in Osteuropa*, S. 235-252, hier S. 251.

²² mit Bezug auf Frank Marcinkowski: *Publizistik als autopoietisches System. Politik, und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen 1993.

²³ mit Bezug auf Niklas Luhmann: *Die Realität der Massenmedien*. 2., erweiterte Auflage, Opladen 1996.

²⁴ Alexander Görke/Matthias Kohring: *Unterschiede, die Unterschiede machen: Neuere Theorieentwürfe zu Publizistik, Massenmedien und Journalismus*. In: *Publizistik*, 41. Jg. (1996), Nr. 1, S. 15-31. Oder: Armin Scholl/Siegfried

Weischenberg (Hrsg.): *Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie*. Opladen 1998, S. 63ff (Kap. 3).

²⁵ Alexander Görke/Matthias Kohring: *Worüber reden wir? Vom Nutzen systemtheoretischen Denkens für die Publizistikwissenschaft*. In: *Medien Journal*, 21. Jg. (1997), Nr. 1, S. 3-14.

²⁶ Matthias Kohring: *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf*. Opladen 1997 bzw. Alexander Görke: *Risikojournalismus und Risikogesellschaft. Sondierung und Theorieentwurf*. Opladen & Wiesbaden 1999.

²⁷ Görke/Kohring, *Worüber reden wir?*, S. 10.

²⁸ ebd., S. 13.

²⁹ Kohring, *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus*, S. 243.

schen Ziele festlegt. Einerseits ist hier die „westliche“ Sicht verwurzelt. Die ehemaligen Ostblockstaaten sollen das Niveau der westlichen Nachbarländer erreichen. Andererseits sind dies zweifelsohne die Ziele der aufkeimenden „Civil Society“ zu Beginn des Transformationsprozesses. Ob die Transformationsländer diese in späteren Phasen immer noch verfolgen, ist fragwürdig. Als Anfangspunkt dieses Prozesses muss man wohl den gelenkten Journalismus begreifen, der als Subsystem des politischen Apparats fungierte. In welchen Phasen bzw. Stufen sich dieser Prozess vollzog, muss erst noch erforscht werden. Festhalten kann man jedoch, dass sich bei dieser Transformation von der kommunistischen zur pluralistischen Gesellschaftsform, die Codierung der Öffentlichkeit/des Journalismus von *sozialistisch vs. nicht-sozialistisch*³⁰ zu *umweltrelevant vs. nicht-umweltrelevant* bzw. *mehrsystemzugehörig vs. nicht-mehrsystemzugehörig*³¹ wandelte. Damit einher geht auch die Veränderung des journalistischen Programms, also der Entscheidungskriterien für die Auswahl der Ereignisse in der öffentlichen Diskussion. Diese Veränderungen verdienen jedoch eine ausführlichere Erörterung, die an dieser Stelle nicht gegeben werden kann.

Vorgehensweise: Defizite und Vorschläge

Hinsichtlich der Berichterstattung muss konstatiert werden, dass in den vorliegenden Fallstudien kaum Bestrebungen zur Erforschung der Inhalte bestehen. Dies lenkt den Blick auf die Frage, wie systematisch und umfassend die Transformation eines wie auch immer gearteten Medienbereichs bislang untersucht wurde. In Anbetracht der vorliegenden Ergebnisse³² kann man übergreifend festhalten, dass bestimmte Elemente immer wiederkehren. So beinhalten fast alle Studien Informationen über die Veränderungen der medienrechtlichen Grundlagen und der

Medienökonomie. Auch die Lage der Journalisten wird vielfach bewertet. Andere Teilbereiche bleiben jedoch außen vor.

Die Methodik der Untersuchung bleibt weitgehend unklar. Am Beispiel des von Tzankoff und Thomaß herausgegebenen Sammelbandes lässt sich dies anschaulich zeigen. Einerseits werden die theoretischen Erkenntnisse zur Transformation zusammengetragen, referiert, die Übertragung auf die Kommunikations- und Medienwissenschaft versucht und die Perspektive einer sowohl makro- als auch mikrotheoretischen Vorgehensweise favorisiert. Andererseits kehren die system- und akteurstheoretischen Begrifflichkeiten in den Fallstudien nicht wieder. Auch wird in vielen Fällen nicht deutlich, worauf der Schwerpunkt gelegt wurde und warum welche Akteure ausgewählt wurden. Mit viel gutem Willen kann man die Beschreibung der rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen als makrotheoretische und die Erfassung der Entscheidungen einiger Akteure als mikrotheoretische Sichtweise verbuchen. Zu fragen bleibt dann jedoch: Wozu benötigt man die aufwändig geführte theoretische Diskussion?

Für die Umsetzung der theoretischen Grundlage werden folglich Kriterien notwendig, die es ermöglichen, die theoretischen Erkenntnisse danach auch als Variablen zu operationalisieren und empirisch zu überprüfen. Ganz wesentlich erscheint dabei der Hinweis Ulrich Sarcinellis, der vier Kriterien aufstellt, an denen sich die „Politikvermittlung in der Demokratie auch heute messen lassen muß“³³. Da der Fokus der Transformationsforschung sehr stark auf den politischen Prozessen liegt, gelten diese Kriterien zweifelsohne auch für die pluralistische Öffentlichkeit bzw. die journalistische Berichterstattung allgemein. Als erstes Kriterium nennt er die *Zugangsp pluralität und -offenheit*. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass in einem demokratischen System der Zugang zu Informationen nicht

³⁰ Zur Konzeption von Öffentlichkeit im sozialistischen System vgl. Detlef Pollack: *Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19. Jg. (1990), Nr. 4, S. 292-307. Und Ray Rühle: *Die Entstehung politischer Öffentlichkeit in der DDR am Beispiel von Leipzig*. In: Stefanie Averbek/Klaus Beck/Arnulf Kutsch (Hrsg.): *Großthobener Vorträge zur Kommunikationswissenschaft IV*. Bremen 2003, S. 9-30.

³¹ Kohring plädiert für das generalisierte Kommunikationsmedium Mehrsystemzugehörigkeit, während Hug an dieser Stelle den Begriff der Umweltrelevanz festmacht. In einer gemeinsamen Publikation merken die Autoren jedoch an, dass es sich dabei lediglich um einen „relativ unbedeutenden semantischen Unterschied“ handle. (vgl.

Matthias Kohring/Detlef M. Hug: *Öffentlichkeit und Journalismus. Zur Notwendigkeit der Beobachtung gesellschaftlicher Interdependenz – Ein systemtheoretischer Entwurf*. In: *Medien Journal*, 21. Jg. (1997), Nr. 1, S. 15-33, hier S. 22, Anm. 4.) Der Begriff der Mehrsystemzugehörigkeit ist jedoch m. E. zu favorisieren, da sowohl der Begriff der Relevanz bei Hug als auch der der Aktualität bei Görke gleichzeitig auch Teile des journalistischen Programms bezeichnen.

³² vgl. etwa aus dem Sammelband von Thomaß/Tzankoff, *Medien und Transformation in Osteuropa*.

³³ Ulrich Sarcinelli: *Politikvermittlung und Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur*. In: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn 1998, S. 11-23, hier S. 12.

exklusiv sein darf und sich diese auch aus einer Vielzahl von Quellen speisen müssen. Als nächstes führt Sarcinelli die *Richtungspolitische Pluralität* an, worunter er eine Vielfalt politischer Richtungstendenzen versteht. Als drittes Kriterium benennt er die *Pluralität von Komplexitätsgraden*. Dadurch soll gewährleistet werden, dass durch verschiedene Komplexitätsgrade verschiedene Adressatengruppen und Teilöffentlichkeiten erreicht werden können. Als letztes Kriterium nennt Sarcinelli die *Kommunikative Rückkopplung*. In einem demokratischen System dürfe keine einseitig gerichtete Elite-Bürger-Kommunikation vorherrschen. Vielmehr müsse es auch für Interessengruppen möglich sein, ihre Belange zu kommunizieren. Diese Basisrückkopplung ist nicht nur Zeichen für eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen, sondern auch dafür, dass die Bürger an der öffentlichen Kommunikation partizipieren. Dieser normative Bezugsrahmen kann für die (zumindest politische) Berichterstattung angelegt werden. In einer späteren Operationalisierung wird es notwendig sein, diese Kriterien so einzugrenzen, dass eine Überprüfung anhand vorliegender medialer Angebote möglich ist. So muss im Vorfeld einer Untersuchung geklärt werden, wann beispielsweise Richtungspolitische Pluralität erreicht ist. Sind dazu zwei unterschiedliche Standpunkte etwa in zwei verschiedenen Zeitungen notwendig, oder das Abwägen der Standpunkte innerhalb eines Artikels? Die Kriterien Sarcinellis sind sicherlich hilfreich, um in Zukunft zu Dimensionen bzw. Evaluationen zu gelangen, die Auskunft über die Pluralität des öffentlichen Systems geben.

Wenn man, wie hier geschehen, die theoretischen Vorüberlegungen von Thomaß weiterführt und die neueren Theorieentwürfe der Kommunikations- und Medienwissenschaft mit einbezieht und sich damit auf ein System Öffentlichkeit mit einem Subsystem Journalismus als Untersuchungsgegenstand verständigt, könnte man zumindest für das Leistungssystem Journalismus ein Modell bzw. eine weitere Systematik zu Rate ziehen. Siegfried Weischenberg erfasst in seinen *Kontexten des Journalismus* alle relevanten Aspekte des journalistischen Systems.³⁴ In den äußeren Schalen erfasst es sowohl den *Normen-* als auch den *Strukturkontext*, also die rechtlichen Rahmenbedingungen, ethische und moralische Standards

sowie rechtliche, politische, ökonomische und organisatorische Imperative. Im Kern erfasst das Modell den *Rollenkontext* und somit die journalistischen Akteure, ihr Selbstverständnis, Professionalisierung etc. Dazwischen siedelt Weischenberg in seinem Modell den *Funktionskontext* an, worunter er vor allem die Berichterstattung subsumiert. Diese Modell erfasst somit alle kommunikationswissenschaftlich relevanten Aspekte, die zur Untersuchung des Journalismus von Nöten sind. Darüber hinaus lässt sich daraus eine Systematik ableiten, die durchaus zur Untersuchung der Transformationsprozesse geeignet ist. Bei den Vorschlägen zur empirischen Umsetzung wird noch einmal dezidiert Bezug auf dieses Modell genommen.

Im Weiteren wird hauptsächlich auf das Leistungssystem Journalismus Bezug genommen. Natürlich existieren noch weitere Systeme innerhalb der Öffentlichkeit, etwa Public Relations.³⁵ Mit Bezug auf die neueren theoretischen Entwürfe und in Anbetracht der Veränderungen scheint der Journalismus am greifbarsten im Hinblick auf eine empirische Umsetzung. Das Funktionssystem Öffentlichkeit soll dabei nicht vernachlässigt, sondern anhand eines Teilbereiches eine umfassende Untersuchung gewährleistet werden. Als Zwischenresümee lässt sich Folgendes festhalten: Die theoretische Auseinandersetzung mit den Fragen des Transformationsprozesses orientiert sich bislang weitgehend an den Ergebnissen der Politikwissenschaft und der Soziologie. Ähnlich wie in diesen Disziplinen wird auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft eine Kombination von mikro- und makrotheoretischer Sichtweise favorisiert. Der Untersuchungsgegenstand blieb dabei indifferent. Mit Bezug auf neuere systemtheoretische Ansätze kann man die Transformation des „Medienbereichs“ als den Wandel des Journalismus vom Subsystem eines vorherrschenden politischen Systems zum Leistungssystem innerhalb eines ausdifferenzierten Funktionssystems Öffentlichkeit bzw. als die Entstehung eines eigenständigen Systems Öffentlichkeit begreifen. Die Kriterien zur Vielfalt von Sarcinelli geben weitere Hinweise darauf, welche Merkmale in der journalistischen Berichterstattung als wichtigste Leistung innerhalb der öffentlichen Kommunika-

³⁴ Siegfried Weischenberg: *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation*. Band 1: *Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen*. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Opladen & Wiesbaden 1998, S. 69-71.

³⁵ vgl. etwa Stefan Jarolimek: *Ist PR öffentliche Kommunikation? Eine systemtheoretischer Entwurf zum Verhältnis von Public Relations und Journalismus*. (unveröffentlichte Magisterarbeit) Jena 2001.

tion zu betrachten sind. Mit Hilfe der Kontexte des Journalismus von Weischenberg gelangen wir zu einer umfassenden Systematik der Untersuchung der Transformationsprozesse innerhalb der Öffentlichkeit.

Neue Wege? Von der Theorie zu Empirie

Die empirische Erfassung der Transformationsprozesse verlief bislang weitgehend unsystematisch und nicht theoriegeleitet. Jedoch muss auch hier wieder darauf hingewiesen werden: „Theorieloses Beobachten ist wie Wäscheklammernzählen – sinnlos.“³⁶ Dabei werden sicherlich keine neuen Wege betreten, sondern es wird lediglich der Versuch unternommen, altbekannte Methoden sinnvoll innerhalb eines systematischen Zugangs zu kombinieren. Um eine optimale Verbindung dieser Ebenen herzustellen und die Verquickung der einzelnen Akteure in ihrem Umfeld aufzuzeigen und zu erklären, wäre es sicherlich zweckdienlich, das statistische Verfahren der Mehrebenenanalyse³⁷ anzustreben, das bislang hauptsächlich in der Erziehungswissenschaft Anwendung fand. Da es sich jedoch bei der Untersuchung der Transformationsprozesse nicht um einzelne Schulen, Schulklassen und Schüler handelt, sondern um Akteure, die in verschiedenen Organisationen gleichzeitig agieren können, und es sich damit bei der Transformationsforschung um ein weitaus offeneres Feld handelt, scheidet dieses Verfahren aus. Gleichwohl soll aber ein Mehrmethodendesign angestrebt werden, um die vielfältigen Entwicklungen und Veränderungen offen zu legen. Eine statistische Berechnung der Zusammenhänge etwa von gesetzlichen Veränderungen, der Berichterstattung und der Professionalisierung der Journalisten – soviel sei schon zuvor angemerkt – kann damit nicht erreicht werden.

Der Journalismus als vielleicht wichtigstes Leistungssystem der Öffentlichkeit soll stellvertretend für alle Formen öffentlicher Kommunikation untersucht werden, ohne jedoch andere Elemente der Öffentlichkeit gänzlich auszublenden. Mit Bezug auf das Modell der Kontexte des Journalismus von Weischenberg können alle relevanten Aspekte des Medienbereichs im Transforma-

tionsprozess untersucht werden. Für die einzelnen Schalen bzw. ihre Merkmale sollen Vorschläge hinsichtlich der Methode und der Operationalisierung gemacht werden. Die äußerste Schale bezeichnet – wie oben schon erwähnt – den *Normenkontext*. Dieser umfasst die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die historischen und rechtlichen Grundlagen, die Kommunikationspolitik sowie professionelle und ethische Standards. In der Untersuchung dieses Teilbereichs soll zunächst ein Überblick der Geschehnisse im Transformationsprozess grob umrissen werden, um auch spätere Ergebnisse einordnen zu können. Im Weiteren gilt es, vor allem die medienrechtlichen Veränderungen nachzuvollziehen. In der Dokumentenanalyse stehen dabei vor allem folgende Fragen im Vordergrund: Ist die Meinungsfreiheit in der Verfassung verankert? Welche Rechte werden dabei jedem Bürger zugesichert? Wird der Zugang zu Informationen geregelt? Speziell auf den Bereich der Medien bezogen muss herausgearbeitet werden, ob eine Mediengesetzgebung besteht und wie diese inhaltlich zu evaluieren ist. Ebenfalls als Bestandteile des *Normenkontextes* sind ethische und moralische Standards zu untersuchen. Existieren Journalistenverbände in dem betreffenden Staat? Gibt es einen Moralkodex oder eine Berufsethik? Ob und wie diese eingehalten werden und wie die Journalisten damit umgehen, muss im Rahmen der Untersuchung des *Rollenkontextes* erforscht werden.

Die nächste Ebene bezeichnet den *Strukturkontext*. Mit diesem sind alle Zwänge, also politische, organisatorische und vor allem wirtschaftliche Restriktionen gemeint, welche die tägliche Arbeit im journalistischen System beeinflussen. Da für die westlichen Mediensysteme vielfach von einer „Kommerzialisierung“³⁸ gesprochen wird, soll auch hier die wirtschaftliche Komponente hervorgehoben werden. Zu fragen ist nach der Organisation der Medienbetriebe oder möglichen Abhängigkeitsverhältnissen der Redaktionen vom Staat bzw. staatsnahen Betrieben. Bei Staaten mit einem hohen Anteil ausländischer Investoren, beispielsweise Polen, Tschechien oder Bulgarien, gilt es, diese Verbindungen offen zu legen bzw. mögliche Folgen für die journalistischen Akteure und ihre Produkte auszuloten. Aber auch politi-

³⁶ Beatrice Dernbach: *Darf's noch ein bißchen Theorie sein?* In: *Public Relations Forum*, 4. Jg. (1998), Nr. 4, S. 198-200, hier S. 198.

³⁷ vgl. etwa Hartmut Ditton: *Mehrebenenanalyse. Grundlagen und Anwendungen des Hierarchisch Linearen Modells*. Weinheim &

München 1998.

³⁸ vgl. etwa Klaus-Dieter Altmeyden/Martin Löffelholz: *Zwischen Verlautbarungsorgan und „vierter Gewalt“*. In: Sarcinelli, *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, S. 97-123, hier S. 115.

sche Imperative müssen in dieser Strukturanalyse berücksichtigt werden, um etwa die Einflussnahme der Regierung auf Rundfunkräte oder Eingriffe in die tägliche Redaktionsarbeit qua Dekret aufzuzeigen. Dabei werden die politischen Imperative „hier meist indirekt – in ökonomischen oder organisatorischen Zusammenhängen – wirksam“³⁹. Alles in allem verfolgt die Betrachtung des *Normen-* und *Strukturkontextes* kein quantitatives Erhebungsverfahren. Das Modell Weischenbergs bietet in dieser Hinsicht eine Hilfestellung, um relevante Aspekte der Öffentlichkeit bzw. des Journalismus zu erfassen. Die Analyse dieser beiden Ebenen soll einen Überblick über die Rahmenbedingungen leisten. Systemtheoretisch gesprochen geht es dabei vor allem um jene gesellschaftlichen Systeme, deren Kommunikationen nicht der Öffentlichkeit zugeordnet werden können, aber gleichwohl Einfluss auf die Öffentlichkeit nehmen. Kurz: Die Ergebnisse der Analyse des Normen- und Strukturkontextes bilden einen Großteil der Restriktionen, der *constraints* für die Akteure der Öffentlichkeit.

In den beiden inneren Schalen, den *Rollen-* und *Funktionskontexten*, geht es folglich um die Akteure, die ihr Handeln (etwa die Berichterstattung) an diesen Restriktionen ausrichten. Diese Ebenen sind in einer kommunikationswissenschaftlichen Betrachtung maßgeblich für die Transformationsprozesse. Der *Funktionskontext* umfasst die „Leistungen und Wirkungen des Systems Journalismus“⁴⁰, also das Feld der Medienaussagen. Dieser Bereich wurde bislang weitgehend vernachlässigt. Doch gerade die Berichterstattung informiert das Publikum über das aktuelle Geschehen, und nur wenige können tatsächlich an den politischen Verhandlungen, Gesetzesentscheidungen etc. partizipieren. Gerade für die entstehende „Zivilgesellschaft“⁴¹ ist die Berichterstattung unerlässlich. Um die Veränderungen der Berichterstattung nachzuvollziehen, wird hier eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse vorgeschlagen. Dass diese empirische Vorgehensweise bislang nicht häufiger realisiert wurde, verwundert umso mehr, denn die „Kommunikationswissenschaft ist sozusagen die Wis-

senschaft, die Inhaltsanalysen kultiviert und auch weiterentwickelt hat“⁴². Aber vielleicht ist dies nur ein weiteres Indiz dafür, dass sich die kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung bislang zu stark am politologischen Vorgehen orientiert.

Mit der Methode der Inhaltsanalyse kann gezeigt werden, wie sich die Berichterstattung im Verlauf der Transformation veränderte. Konkret geht es darum, wie sich rechtliche, politische oder wirtschaftliche Restriktionen und deren Veränderungen auf die Medieninhalte auswirkten bzw. die Kriterien der Vielfalt verwirklicht wurden. Natürlich können bei einem Untersuchungszeitraum von etwa 15-18 Jahren, wenn man die ersten Proteste seit Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit berücksichtigt,

Mit der Methode der Inhaltsanalyse kann gezeigt werden, wie sich die Berichterstattung im Verlauf der Transformation veränderte.

nicht alle journalistischen Produkte einer Inhaltsanalyse unterzogen werden. Aus forschungsökonomischen Gründen und aus Gründen der Praktikabi-

lität muss daher eine zeitliche, thematische und produktionstechnische Auswahl getroffen werden. Eine Vollerhebung scheidet aus heutiger Sicht aus. Die produktionstechnische und zeitliche Auswahl ist abhängig vom jeweiligen Staat, der untersucht werden soll. Das heißt, es gilt zu entscheiden, ob und welche publizistischen Angebote untersucht werden: Fernsehen, Radio, Presse oder Internet, bzw. welche Sender oder Titel erforscht werden.⁴³ Bezüglich der zeitlichen Auswahl wird hier der Vorschlag unterbreitet, kleinere Zeiträume von Umbruchphasen zu betrachten. Um Veränderungen vor und nach einem Bruch oder einem herausragenden Ereignis (etwa erste Präsidentschaftswahlen) messen zu können, sollten diese Zeiträume aber auch nicht zu kurz gewählt werden. Um die danach immer noch riesige Menge an Material bewältigen zu können, empfiehlt es sich eine weitere zeitliche Auswahl zu treffen, etwa mit Hilfe so genannter künstlicher Wochen. Die thematische Stichprobe ist im Gegensatz zu den beiden ersten nicht von

³⁹ Weischenberg, *Journalistik*, S. 69.

⁴⁰ ebd.

⁴¹ Die Bedeutung der so genannten „Zivilgesellschaft“ als einer der wesentlichen Faktoren im Transformationsprozess wird allenthalben hervorgehoben, wenngleich bisher kaum definiert wurde, aus welchen Personen oder Gruppen sich diese „Civil Society“ zusammensetzt.

⁴² Hans-Bernd Brosius/Friederike Koschel: *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden 2001, S. 156.

⁴³ Bei dieser Auswahl sind auch publizistische Angebote zu berücksichtigen, die u. U. unregelmäßig oder nur in geringer Auflage erscheinen, gleichwohl aber einen großen Einfluss auf die Transformationsprozesse haben können.

dem jeweiligen zu untersuchenden Staat, sondern vom kommunikationswissenschaftlichen Forschungsinteresse, abhängig. Dabei stehen zwei große thematische Blöcke im Vordergrund. Zum Einen ist dies die politische Berichterstattung, da die Entwicklung des Journalismus als Teil des politischen Systems zum Leistungssystem der ausdifferenzierten Öffentlichkeit nachgezeichnet werden soll. Zum Anderen soll eine Art Selbstreferenz beobachtet werden. Denn es gehört zur Charakteristik eines ausdifferenzierten Öffentlichkeitssystems, dass es sich auch selbst beobachten kann bzw. beobachtet und über solche Ereignisse kommuniziert.

Die quantitative Analyse kann im Rahmen ihrer Möglichkeiten zunächst einmal Entwicklungen und Veränderungen des Umfangs und der journalistischen Genres innerhalb der Berichterstattung erfassen. Bei der Genreinteilung bleibt zu bemerken, dass die gängigen deutschen Darstellungsformen nur bedingt auf die fremden Kulturkreise zu übertragen sind. Jedoch lassen sich mit diesen ersten Ergebnissen Aussagen darüber treffen, wie sich der Umfang und die Art etwa der politischen Berichterstattung veränderte. Mit Hilfe so genannter semantischer Differentiale können erste Aussagen darüber getroffen werden, wie kritisch, d. h. wie positiv oder negativ, ein Ereignis bewertet wird. Diese ersten quantitativen Ergebnisse sagen zunächst recht wenig über die Qualität der Berichterstattung aus. Deshalb soll der quantitativen eine qualitative Inhaltsanalyse folgen, die ausgewählte Artikel näher untersucht. Dabei können beispielsweise Artikel zu ähnlichen politischen oder selbstreferentiellen Ereignissen ausgewählt und verglichen werden. Diese Untersuchung muss sowohl zeitnahe Vergleiche innerhalb verschiedener Medienerzeugnisse als auch die Veränderungen vor und nach Umbrüchen bzw. zwischen den Phasen beinhalten. Die Anzahl der untersuchten Artikel richtet sich dabei selbstredend nach der zur Verfügung stehenden Ressource Zeit. Eine kritische Menge ist noch zu bestimmen.

Die unterste Ebene im Modell Weischenbergs bildet der Rollenkontext. Folglich geht es hier um die Medienakteure, ihre demographischen Merkmale, soziale und politische Einstellungen, das Rollenselbstverständnis und Publikumsimage sowie ihre Professionalisierung und Sozialisation. Hierzu drängt sich die Untersuchung mittels Interviews auf. Da bislang kaum derart systematische Studien zur Transformationsforschung und somit Forschungsergebnisse vorliegen, empfiehlt

es sich, auf ein standardisiertes Verfahren zu verzichten. Statt dessen ist das qualitative Verfahren des Leitfadeninterviews sinnvoll, um im Gespräch auftauchende Fragestellungen mit einzubeziehen. Im Gegensatz zu bisherigen Untersuchungen soll die Auswahl der Akteure begründet werden. Es ist für die Untersuchungsanlage und im Sinne einer umfassenden Herangehensweise erstrebenswert, die Akteure systematisch auszuwählen. Demnach sind also Vertreter von verschiedenen journalistischen Redaktionen von Interesse. Ebenso Politiker, die maßgeblich an Veränderungen etwa der Mediengesetzgebung beteiligt waren/sind und Vertreter von NGOs (z.B. Internews) bzw. anderer einflussreicher Organisationen (z.B. OSZE). Die Fragen konzentrieren sich neben den oben erwähnten persönlichen Daten weitgehend auf die Beurteilung der Situation der Medien im Land bzw. auf die Einschätzung der Berichterstattung. Außerdem ist es von Interesse, wie die verschiedenen Seiten Restriktionen beurteilen, um zu erfahren, wie sie ihre tägliche Arbeit daran ausrichten und wie sie ihr Selbstbild definieren. Mögliche Ergebnisse könnten beantworten, welche Akteure welche Interessen vertreten, und wie sich ihr Handeln an den vorgegebenen Restriktionen orientiert. Ein genauer Fragenkatalog muss noch erarbeitet werden und sich auch an den historischen Gegebenheiten des entsprechenden Staates orientieren.

Fazit

Die hier unterbreiteten Vorschläge stellen sicherlich nicht das non plus ultra der zukünftigen Transformationsforschung dar und sind im Detail, dessen ist sich der Autor gewiss, auch recht vage. Mit dieser ersten Skizze soll jedoch die Diskussion um eine historisch-systematische Auseinandersetzung mit den Prozessen der Transformation vorangetrieben werden. Nach fünfzehn Jahren hat die Kommunikations- und Medienwissenschaft noch keine probaten und systematischen Mittel zur Erforschung dieses Untersuchungsgegenstandes vorlegen können, ist sie sich doch bis dato sogar über den Untersuchungsgegenstand selbst unklar. Mit den hier ausgeführten theoretischen Überlegungen wurde versucht, einige der vorherrschenden Defizite aufzuarbeiten und Vorschläge für die empirische Untersuchung zu unterbreiten. Die wichtigsten Ergebnisse und skizzierten Vorschläge finden in der folgenden Abbildung eine zusammenfassende Darstellung.

Untersuchungsgegenstand	Öffentlichkeit, Schwerpunkt auf Journalismus		
Transformation als	Übergang von Journalismus als Verlautbarungsorgan des „Supersystems“ Politik (vgl. Pollack bzw. Rühle [s. Anm. 30]) zum wichtigsten Leistungssystem des Funktionssystems Öffentlichkeit (vgl. Kohring bzw. Görke [s. Anm. 26]).		
Untersuchungskontexte (in Anlehnung an Weischenberg, Journalistik, siehe Anm. 34)	Quellen	Empirische Methode	Theoretischer System- und Akteursbezug
Normenkontext	Gesetze, Dekrete, Ukase, Moralkodex	Dokumentenanalyse	Restriktionen, vor allem der Teilsysteme Politik, Recht und Wirtschaft für die Akteure der Öffentlichkeit
Strukturkontext	Politische Beschlüsse Hilfeleistungen, etwa von ausländischen NGOs oder Regierungen (Externe Faktoren) Ökonomische Faktoren: Jahresberichte bzw. Ergebnisse vorhandener Untersuchungen zur Ökonomie	Dokumentenanalyse Sekundäranalyse	
Funktionskontext	Journalistische Berichterstattung (TV, Hörfunk, Presse, Internet)	Inhaltsanalyse (quantitativ und qualitativ) Stichprobe: produktionstechnisch, zeitlich (länderbezogen) und thematisch (politische und selbstreferentielle Berichterstattung) Schwerpunkt: Veränderung der Berichterstattung, vor allem hinsichtlich der Kriterien der Vielfalt (vgl. Sarcinelli, Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, siehe Anm. 33)	Handeln der Akteure
Rollenkontext	Journalisten, Politiker, Vertreter von relevanten NGOs bzw. der „Civil Society“	Interviews (qualitativ)	

Abb. 1: Zusammenfassende Darstellung zur Untersuchung der Transformation des Journalismus.

Ausblick

Die hier vorgestellte theoretische und empirische Skizze verfolgt ein hochgestecktes Ziel: eine theoriegeleitete, umfassende und systematische Erforschung der Transformationsprozesse aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht. Die Umsetzung benötigt nicht nur viel Zeit, sondern darüber hinaus Kenntnisse im Umgang mit komplexen Theorien, Methoden und eine weitreichende Sprachkompetenz, um

auch Bedeutungsnuancen etwa in der Berichterstattung oder der Gesetzgebung einschätzen zu können. Doch nur auf diesem Wege und mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen wird es möglich sein, ein Modell der Transformation zu entwickeln, das diese Prozesse nicht nur deskriptiv erfasst, sondern die Rolle der „Medien“ im Transformationsprozess erklärt. Kommunikationswissenschaftliche Transformationsforschung, quo vadis? Der vorliegende Beitrag skizziert einen Weg.

Stefan JAROLIMEK

M.A., Studium der Medienwissenschaft, Ostslawistik und Interkulturellen Wirtschaftskommunikation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Studienaufenthalte an der Staatlichen Weißrussischen Universität Minsk. Er promoviert zum Thema „Öffentlichkeit im Wandel. Die Transformation des Journalismus in Belarus“ am Lehrstuhl für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft der Universität Leipzig.

„České vídenské poštovní noviny“

Die erste tschechischsprachige Zeitung Wiens (1761)*

Wolfgang Duchkowitsch

Während des 17. und 18. Jahrhunderts waren Zeitungen, wie es Kurt Koszyk definiert, im Wesentlichen staatlich kontrollierte und beeinflusste Nachrichtenblätter mit einer „zielgerichteten Informationsstruktur“ sowie „Objekte der Staatsräson“¹. Daher weist Jürgen Habermas dem Interesse der Obrigkeiten, die sich die Presse bald zu „Zwecken der Verwaltung nutzbar machten“, eine größere Bedeutung für die regelmäßige Herausgabe vorliegender Nachrichtenmaterialien zu als den geschäftlichen Interessen von Druckern oder Verlegern². Dieses obrigkeitliche Interesse, das sich gleichlaufend mit dem rasch wachsenden Einfluss der durch Zeitungsmeldungen vermittelten Kenntnisse von Vorgängen der „großen Welt“³ auf die damalige Öffentlichkeit⁴ zur nuancierten absolutistischen Kommunikationspolitik⁵

erweiterte, stellte gerade in Wien, der kaiserlichen Residenzstadt, die wichtigste Prämisse aller Zeitungsgründungen zwischen 1671 und 1757 dar⁶. Dabei waren die Motive, die der Etablierung neuer Zeitungsunternehmungen zugrunde lagen, stets innen- oder außenpolitischer, repressiver⁷ oder repräsentativer⁸ Natur.

Dem Umstand äußerer, von politischen Sachlagen und -zwängen abhängiger Voraussetzungen von Zeitungsgründungen ist daher auch bei der Analyse jener Faktoren Rechnung zu tragen, die für die Herausgabe der ersten tschechischsprachigen Zeitung Wiens im Jahre 1761 maßgebend gewesen sein konnten, insbesondere der spezifischen Wirksamkeit aktueller Staatsräson. Daneben soll freilich der Tatbestand nicht außer Acht gelassen werden, dass um die Mitte des 18. Jahr-

* Dieser Beitrag ist eine geänderte Fassung des 1980 in den *Österreichischen Ostheften* erschienenen Aufsatzes: Wolfgang Duchkowitsch: *Die erste tschechischsprachige Zeitung Wiens (1761)*. In: *Österreichische Osthefte*, Jg. 22 (1980), S. 118-130.

¹ Kurt Koszyk: *Die Zeitung. 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. In: *Handbuch der Publizistik. Bd. 3*. Berlin 1969, S. 78.

² Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. (= Sammlung Luchterhand, 25). 5. Aufl. Neuwied u. Berlin 1971. S. 33-34.

³ Vgl. Emil Dovifat: *Allgemeine Publizistik*. Berlin 1968, S. 28.

⁴ Vgl. hierzu auch die wichtigen Aussagen Klingensteins zur ambivalenten Funktion der Publizierung politischer Angelegenheiten. Grete Klingenstein: *Staatsverwaltung und kirchliche Autorität im 18. Jahrhundert. Das Problem der Zensur in der Theresianischen Reform 1770*. S. 153 u. 154.

⁵ Unter absolutistischer Kommunikationspolitik wird hier, die Begriffsbestimmung Otto B. Roegeles und jene im *dtv-Wörterbuch zur Publizistik* resümierend, die Gesamtheit aller nach vorbestimmten Regeln ablaufenden Maßnahmen der absolutistischen Herrschaft verstanden, die in der Absicht gesetzt waren, die Vorgänge der öffentlichen Kommunikation im Sinne eigener Wertvorstellungen gegenüber anderen Interessen normativ zu beeinflussen.– Otto B. Roegel: *Kommunikationspolitik*. In: *Publizistik*. (=Fischer-Lexikon, 9). Hg. v. Elisabeth Noelle-Neumann u. Winfried Schulz. Frankfurt a. M. 1971, S. 76 u. 77; Kurt Koszyk/Karl H. Pruys (Hg.): *dtv-Wörterbuch zur Publizistik*. 2. verb. Aufl. München 1970, S. 186 u. 188.

⁶ In Wien wurden in dieser Zeit folgende Blätter gegründet: *Il corriere ordinario* und *Cursor ordinarius* (1671), *Post=täglicher Mercurius* und *Wienerisches Diarium* (1703),

eine titelmäßig unbekanntes französische Zeitung (1743) und *Gazette de Vienne* (1757).

⁷ Die Gründung der Blätter *Il corriere ordinario* und *Cursor ordinarius* wurde von der Niederösterreichischen Regierung gefördert, in dem vergeblichen Bemühen, die Flut der nicht von der Zensurbehörde erfassbaren, handschriftlich vervielfältigten Zeitungen, der sogenannten „Geschriebenen Zeitungen“ einzudämmen. Helmut W. Lang: *Die deutschsprachigen Wiener Zeitungen des 17. Jahrhunderts*. Phil. Diss. Wien 1972, S. 54.

⁸ Ein öffentlich ausgegebenes Versprechen der Regierung zu Beginn des 18. Jahrhunderts, also in der schweren Zeit des Spanischen Erbfolgekrieges, neue Zeitungsunternehmen besonders zu begünstigen, führte zur Gründung des *Post=täglichen Mercurius* und des *Wienerischen Diariums*. – Vgl. *Österreichs Zeitschriften für 1819*. In: *Literarischer Anzeiger* 2, 1819. 17. Sp. 133.

Die kurzfristige Phase einer Entspannungspolitik inmitten der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Frankreich um die österreichische Erbfolge hatte die Herausgabe einiger weniger Nummern einer französischsprachigen Zeitung in Wien im Jahre 1743 zur Folge. Vgl. dazu die redaktionellen Mitteilungen im *Wienerischen Diarium* vom 19. Dezember 1742 und vom 12. Jänner 1743. Zur außenpolitischen Situation vgl. Max Braubach: *Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz*. (=Bonner historische Forschungen, 2). Bonn 1952, S. 360-361 sowie Eugen Guglia: *Maria Theresia. Bd. 1*. München/Berlin 1917, S. 196-197.

Die Gründung der nächsten französischsprachigen Zeitung Wiens, der *Gazette de Vienne* im Jahre 1757, war wiederum von einer außenpolitischen Konstellation abhängig; sie entsprach dem tiefgreifenden Wandel des politischen Kräfteverhältnisses nach Abschluss des „Renversement des alliances“ und fand daher in Kaunitz einen starken Befürworter. HHStA, Ältere Zeremonialakten, 1757, Januar. fol. 4r-5r.

hundreds eine große Anzahl von Tschechen in Wien ansässig war⁹, somit also auch die Möglichkeit eines entsprechenden Rezipientenkreises gegeben war und überdies die Kontakte der Wiener Bevölkerung mit Tschechen damals bereits über eine lange Tradition verfügten. Von Aktivitäten tschechischer Kaufleute in Wien, die in den Gasthöfen „Bey dem Schabenrüssel“ und „Beym Praunen“ abzusteigen pflegten, berichtet nämlich schon Wolfgang Lazius in seinem 1546 herausgegebenen Werk „Viennae Austriae“¹⁰. Die Handelstätigkeit dieser Kaufleute erstreckte sich vornehmlich auf den Export von Wein und den Import von Fischen, sonstigem Fleisch, Tuchwaren und Bier. Zwei Jahre später hieß es dann im „Lobspruch der Hochlöblichen weitberühmten Khünnigklichen Stat Wienn“, dass am Lugeck „böhmische“ Händler anzutreffen seien und die Fischmärkte mit Viktualien aus Böhmen und Mähren versorgt würden¹¹.

Für die Zuwanderung von Tschechen nach Wien blieb diese sozioökonomische Kontaktzone aber bedeutungslos. Entscheidend waren vielmehr zwei wichtige politische Ereignisse zu Beginn des 17. Jahrhunderts: die endgültige Verlegung der Archive und Ämter von Prag nach Wien im Jahre 1619, die für Prag einen empfindlichen Geltungsverlust nach sich zog, und die Schlacht am Weißen Berg, die dem tschechischen Volk die geistige Führungsschicht nahm¹².

Die in den folgenden Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts stattgefundene Immigration von Tschechen nach Wien erscheint allerdings herrschaftsstrukturell bedingt und gelenkt, wahrscheinlich eingeleitet von der „Heranziehung des bescheidenen und arbeitsamen Tschechen“, wie es Adolf Mais auf eine doch sehr kurze Formel bringt, „als Arbeiter und Diener in die Stadtsitze der einzel-

nen Herrschaften“¹³.

Fundiertere Aussagen zur sozialen Struktur der zugewanderten Tschechen nach Wien ermöglichen die Feiern zu den sogenannten Nationsfesten, die sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts aus der Idee der Gegenreformation heraus entwickelt hatten. Die böhmischen Landesgenossen begingen das Fest zu Ehren des Hl. Wenzel – das Nationsfest – und die mährischen Landesgenossen feierten ihre beiden Landespatrone Cyrill und Method in der Michaeliskirche, nachweislich seit 1728¹⁴. Die Predigten bei diesen Anlässen wurden zur Gänze in deutscher Sprache gehalten, und der Begriff des Patrioten wurde allein mit der betreffenden Landeszugehörigkeit in Verbindung gebracht; mit einem Volksbegriff hatte er noch nichts gemein. Daher sind die Tschechen im 18. Jahrhundert weniger als solche, sondern zumeist „im Verband mit den Randdeutschen ihres Raumes als territorial zusammengehörige Landsmannschaft zu erkennen“¹⁵.

Vom Aufkommen einer rein tschechischsprachigen Gruppe in Wien kann erst nach der Mitte des 18. Jahrhunderts die Rede sein. Aus dieser Zeit wird bereits ein reges Leben der Tschechen – sowohl beim Adel als auch in der breiten Bevölkerung – bezeugt¹⁶. Signifikant erscheint die Weisung, wonach Verlautbarungen im Gebiete der heutigen Wiener Gemeindebezirke Landstraße und Wieden, in die damals die erste tschechische Einwanderung begonnen haben soll, sowohl in deutscher als auch in tschechischer Sprache zu bringen waren. Dafür steht weiters die Tatsache, dass um 1760 im Palais des Fürsten Kaunitz „hanakische Operetten“ aufgeführt wurden, wobei der tschechische Adel, wie Mais erwähnt, „noch gerne in böhmische und mährische Trachten schlüpfte, um Theater zu spielen“¹⁷. Dafür

⁹ Tschechen waren vor allem in Bereichen des Handwerks und des Kleingewerbes vertreten. Vgl. Adolf Mais: *Das tschechische Erbe Wiens*. In: *Die Österreichische Nation* 13, 1961, 4, S. 60. Diese Angabe lässt sich allerdings nicht näher quantifizieren, da aus jener Zeit keine Ergebnisse von Volkszählungen vorliegen. Vgl. dazu auch Monika Glettler, die sich ausführlich mit der Frage der Zuwanderung und der Zahl von Tschechen in Wien auseinandersetzt und angibt, dass man erst seit etwa 1851 damit begonnen hatte, über die Zahl der Wiener Tschechen Statistiken zu veröffentlichen. Danach waren z.B. im Jahre 1900 in Wien insgesamt 102.974 Tschechen registriert. Monika Glettler: *Die Wiener Tschechen um 1900*. (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. 28). München/Wien 1972, S. 27 u. 47.

¹⁰ Wolfgang Lazius: *Historische Beschreibung der ... Hauptstadt Wienn in Österreich anjetzo in unser teutsche Sprache vertirt, mit etlichen Annotationibus ... auch*

anderen schönen Historien gemehret durch Heinrich Abermann. Wien 1619, Bd. 2, S. 83 und Bd. 3, S. 101.

¹¹ Wolfgang Schmeltz: *Ein Lobspruch der Hochlöblichen weltberühmten Khünnigklichen Stat Wienn in Österreich ... beschrieben im 1548 Jar, zu den 3. mal verseben und gebessert*. Wien 1849. Z. 335 u. Z. 864-880.

¹² Vgl. Joseph Dobrowsky: *Geschichte der Böhmisches Sprache und Litteratur*. Prag 1792, S. 193. „Die Schlacht am weißen Berge 1620 lähmte und entkräftigte die ganze böhmische Nation an Leib und Seele.“

¹³ Adolf Mais: *Die Tschechen in Wien*. In: *Wiener Geschichtsblätter* 12, 1957, 3, S. 58.

¹⁴ Ebd. sowie Walter Schamschula: *Die Anfänge der tschechischen Erneuerung und das deutsche Geistesleben (1740-1800)*. München 1973, S. 145.

¹⁵ Mais, *Die Tschechen in Wien*, S. 59.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd.

scheint letztlich noch das Faktum wertbar, dass in eben diese Zeit die Gründung der ersten Wiener tschechischsprachigen Zeitung fällt.

Die erste Nummer dieses Blattes erschien am 1. April 1761, die letzte am 27. Juni desselben Jahres. Damit ist dieser Nachrichtenträger das Blatt mit der zweitkürzesten Erscheinungsdauer aller in Wien produzierten Zeitungen von den Anfängen der Wiener periodischen Presse, 1621, bis zur Massenherstellung von Gazetten während der josephinischen Ära¹⁸.

Dennoch dürften die Gründe, weshalb den *České videnské poštovní noviny* (Tschechische Wiener Post-Zeitung) in der einschlägigen Literatur nur in einem bescheidenen Ausmaß Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, weniger auf einer beabsichtigten Vernachlässigung eines derart spezifischen Mediums aufgrund dessen geringen Bestandsdauer beruhen, sondern vielmehr darin zu finden sein, dass bisher kein Bestandsnachweis gelungen konnte¹⁹.

Von Gottfried Johann Dlabacz, der im Jahre 1803 seine Aufarbeitung der böhmischen Literatur und Sprache mit dem Aufsatz „Nachricht von den in böhmischer Sprache verfaßten und herausgegebenen Zeitungen“ um ein wichtiges Untersuchungsfeld erweitert hat²⁰, stammt der erste wissenschaftliche Hinweis auf die Bedeutung und die Funktion dieses Blattes. Die hierfür erforderlich gewesen Daten hatte ihm der Wiener Universitätsprofessor Josef Valentin Zlobický, ein gebürtiger Mährer, geliefert. Zlobický scheint demnach in der damaligen Fachwelt der einzige Gewährsmann gewesen zu sein, der noch über eine geschlossene Sammlung der *České videnské poštovní noviny* verfügte und daher auch in der Lage war, authentische Auskünfte zu geben. Diesen entsprechend soll es eine der Hauptintentionen des Wiener tschechischsprachigen Blattes gewesen sein, „sowohl den in Österreich lebenden

Böhmen sich gefällig zu machen als auch der böhmischen Sprache außer Böhmen nach Kräften zu steuern“²¹.

Die nächste Notiz zu diesem Pressephänomen findet sich in der Arbeit Jungmanns über die Geschichte der tschechischen Literatur. Jungmann bietet in seiner diesbezüglichen Anmerkung allerdings eine Titelfassung an, die der Realität nicht entspricht, jedoch als tradierte umgangssprachliche Kurzform ausgedeutet werden kann²². Auch in der zweiten Auflage seines Werkes lautet die betreffende Eintragung unverändert: *Denník Videnský*²³. Die Angaben zur Erscheinungsdauer und der Vermerk, dass ein Mangel an Abnehmern zur Einstellung dieses Blattes geführt hat, stellen freilich keine Bereicherung des damaligen Wissensstandes dar, da diese bereits seit der Arbeit Dlabacz' bekannt waren.

Eine umfassendere Darstellung zur Geschichte des ersten Wiener Blattes in tschechischer Sprache bringt erst Josef Volf in seinem 1926 publizierten Artikel „*Počátek českého novinářství ve Vídni*“ (Die Anfänge des tschechischen Pressewesens in Wien)²⁴. Volf geht von der bereits erwähnten brieflichen Benachrichtigung des Gelehrten Dlabacz durch Zlobický aus, als deren Verwahrsort er das „Literární Archiv Národního Musea“ in Prag ausweist. Bemerkenswerterweise erwähnt er die durch Dlabacz erfolgte Auswertung jedoch nicht, sondern begnügt sich mit einem kurzen Rückblick auf die Persönlichkeit Zlobickýs, der sich sowohl als Inhaber des ersten Lehrstuhls für tschechische Sprache und Literatur an der Universität Wien als auch als Sammler alter tschechischer Schriftwerke einen Namen in Fachkreisen geschaffen hatte. Wohl weist Volf darauf hin, daß sämtliche Nachforschungen über einen Bestandsnachweis der *České videnské poštovní noviny* erfolglos geblieben waren, doch engt er seine Literaturbesprechung auf die Eintragungen Jungmanns²⁵

¹⁸ Die Erscheinungsdauer des Blättchens *Der aufrichtige Postklapperbothe* etwa währte vom 17.12.1783 bis zum 3.1.1784.

¹⁹ Negativ blieben auch die im Rahmen des internationalen Bibliotheksleihverkehrs vorgenommenen Anfragen. Selbst die Deutsche Presseforschung in Bremen, der an dieser Stelle für ihre freundliche Unterstützung gedankt sei, konnte nicht weiterhelfen.

²⁰ Gottfried Johann Dlabacz: *Nachricht von den in böhmischer Sprache verfaßten und herausgegebenen Zeitungen*. (=Abhandlungen der Königl. Böhm. Ges. d. Wiss., 3, 1, 2). Prag 1803, S. 27.

²¹ Ebd.; ob Zlobický diese Zeitung als geschlossene Sammlung erworben oder während ihrer Herausgabe laufend bezogen hatte, lässt sich nicht ermitteln.

²² Josef Jungmann: *Historie literatury české* (Geschichte der tschechischen Literatur). Prag 1825, S. 375.

²³ Ebd., 2. Aufl. Prag 1848, S. 275.

²⁴ Josef Volf: *Počátek českého novinářství ve Vídni* (Die Anfänge des tschechischen Pressewesens in Wien). In: *Dunaj* 3, 1925/26, 4/5, S. 135-136. Eine Kurzfassung dieses Aufsatzes ist unter dem Titel *Die erste tschechische Zeitung Wiens. Eine Veröffentlichung der bisher unbekanntem Voranzeige*, in der *Prager Presse* vom 25. September 1925 abgedruckt.

²⁵ Volf kannte anscheinend nur die zweite Auflage dieser Arbeit; sein Zitat ist überdies unkorrekt, da sich die diesbezüglichen Angaben nicht auf der S. 354, wie es im Register fälschlich heißt, sondern auf der S. 175 befinden.

und auf die pressehistorischen Darstellungen Zenkers²⁶ ein, in denen dieses Blatt mit keinem einzigen Wort gewürdigt wird²⁷. Als sein wichtiges Verdienst bleibt freilich die wortwörtliche Präsentation des zweisprachig abgefassten, doppelseitig bedruckten Avertissements, mit dem der Wiener Drucker Johann Leopold Kaliwoda am 3. März 1761 die Herausgabe eines vollständigen Zeitungsbogens „zum Eingang nächstkünftigen Monats dis Jahrs“ angekündigt hatte²⁸.

Diese Voranzeige, von der noch gesondert zu sprechen sein wird, trug folgende Aufschriften: „An sammentliche der böhmischen Sprache kündige Landesgenossenschaft und alle sich in selber üben wollende Liebhaber“ bzw. „Na společné české řeči povědomé vlastenstvo a všechny v ní se cvičiti chtějící milovníky“. Zum Standpunkt der Obrigkeit gegenüber dem Plan, ein politisches Blatt herauszubringen, das in einer Sprache abgefasst werden sollte, die in Wien zu dieser Zeit nicht sehr geläufig war, sowie zur damaligen politischen und geistigen Situation als Randbedingung dieser Zeitungsgründung und schließlich zu den Bedingungen, die an das erwünschte Privileg gebunden waren, weiß Volf nur wenig an aufhellenden Reflexionen anzubieten.

Wichtige Einblicke gewähren indes Dokumente, die im Niederösterreichischen Landesarchiv verwahrt werden. Aus diesen ist zu ersehen, dass Kaliwoda das alleinige Vorrecht auf den Druck und die Herausgabe eines in „böhmischer Sprache“ abgefassten „Zeitungs-Bogen“ am 13. Dezember 1760 erhalten hatte. „Wir geruheten“, so wird in der Privilegurskunde von Maria Theresia vermerkt,

„ihme, um pro bono publico allwochentlich einen in Böhmischer Sprache gedruckten Zeitungs=Bogen aus seiner Presse ausgeben zu dürfen, ein Privilegium impressorium auf 10 nacheinander folgende Jahre allermildest zu erteilen.“²⁹

²⁶ Ernst Victor Zenker: *Geschichte der Journalistik in Österreich*. Verf. aus Anlass der Weltausstellung 1900. Mit einem Vorw. v. Ferd. Saar. Wien 1900 und: *Geschichte der Wiener Journalistik von den Anfängen bis zum Jahre 1848. Ein Beitrag zur deutschen Culturgeschichte*. Mit einem bibliogr. Anhang. Wien u. Leipzig 1892. – In dem zitierten Artikel in der *Prager Presse* (siehe Anm. 24) polemisiert Volf: „Zenker hat einmal etwas höhnisch, wie ich glaube, behauptet, Wien hätte im 18. Jahrhundert alle möglichen Zeitungen gehabt, nur die Tschechen wären nicht dabei gewesen.“

²⁷ Die Behauptung Stelovskys, dieses Blatt sei sechsmal in der Woche herausgekommen, blieb somit unwidersprochen. Josef Stelovsky: *Cys. Krl. Widenske Nowiny*. In: *Vidensky národní kalendár*. 1090. Ve Vídni

Für welchen Zeitpunkt der Buchdrucker Kaliwoda das Ersterscheinen seiner „post-täglichen“ – zweimal in der Woche erscheinenden – Zeitung geplant hat, geht aus der Bewilligung der Landesmutter nicht hervor. Da Kaliwodas Ansuchen selbst nicht erhalten scheint, ist auch nicht zu ersehen, ob kaufmännische Überlegungen bei dem Wunsch nach der Realisierung eines derartigen Projektes eine große Rolle gespielt haben. Ebenso wenig ist auf Grund der im Niederösterreichischen Landesarchiv verwahrten Quellen zu entscheiden, ob Kaliwoda zu einer der beiden einander konkurrenzierenden Gemeinschaften in Prag Verbindungen gepflogen hatte, wovon eine von böhmischem Landespatritismus erfüllt war und die andere dem österreichischen Patriotismus huldigte. Desgleichen lässt sich schließlich nicht feststellen, ob es bloß intensive Kontakte Kaliwodas zu den in Wien ansässigen bzw. im Umfeld des Wiener Hofes agierenden Tschechen gewesen waren, die seinen Plan zur Zeitungsgründung befördert haben.

Da zudem der Bildungsgang des 1705 in Wien geborenen Kaliwoda im Dunkeln liegt, hat es ganz den Anschein, als grenzten sich alle Aussagen über denkbare Beeinflussungen aufgrund möglicher sozialer Beziehungen zu einzelnen Persönlichkeiten oder Gruppen, auch derjenigen, welche die historiographische und philologische Phase der tschechischen Erneuerungen getragen haben, als Randbedingung der Zeitungsgründung selbst im Bereich der Spekulation ein³⁰. Dass Kaliwoda tschechischer Abstammung war³¹, gibt jedenfalls noch kein hinreichendes Motiv für die Gründung der *České videnské poštovní noviny* ab.

Ein dominanter Faktor für die Beurteilung und das Verständnis, weshalb sich Kaliwoda gerade zu Ende des Jahres 1760 um das Privileg für den Druck und die Herausgabe einer in „böhmischer

1908, S. 83.

²⁸ Volf, *Počátek českého novinárství ve Vídni*, S. 134.

²⁹ Niederösterreichisches Landesarchiv, Hofresoluta in Publicis, 1760. Dez.

³⁰ Bis zum dreiunddreißigsten Lebensjahr Kaliwodas sind nur drei Daten bekannt: der Ankauf der Buchdruckerei Wolfgang Schwendimanns am 21. Juni 1734, die Immatrikulation als Buchdrucker an der Universität Wien vom 17. September desselben Jahres und die Ernennung zum Reichshofbuchdrucker im Jahre 1738. – Anton Mayer: *Wiens Buchdrucker-Geschichte 1482-1882. Bd. 2*. Wien 1887, S. 25-26.

³¹ Volf bemerkte in dem oben zitierten Aufsatz in der *Prager Presse* (siehe Anm. 24), dass seine Vorfahren „jedenfalls tschechischen Ursprungs“ sind.

Sprache“ abgefassten Zeitung beworben hat und dafür auf ein großes Entgegenkommen seitens der Obrigkeit gestoßen ist, erscheint allerdings aus der am 14. Dezember 1760 erfolgten Gründung des Staatsrates³² ableitbar. Denn mit der Installierung dieser Behörde wurde im Annäherungsprozess in der Verwaltung der böhmischen und österreichischen Länder, der mit Beginn des Dritten Schlesischen Krieges eine kurze Unterbrechung erlitten hatte, eine bedeutende Wendemarke erreicht³³.

Dieser Prozess fand seinen Abschluss in der Vereinigung der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei, mit der die „große Kaiserin“, wie Friedrich Walter schreibt, „die hemmenden staatsrechtlichen Grenzen zwischen den Ländern der Wenzelskrone und den österreichischen Erbländern aufzuheben“³⁴ vermochte.

Die Zielsetzung, die mit der Schaffung dieses Staatsapparates verfolgt werden sollte, bestand darin, durch eine bessere Einrichtung der Verwaltung die sozioökonomische Position des kriegsbedingt erschöpften Österreichs zu heben³⁵ und die deutschösterreichischen Erbländer durch ein neues Band fester miteinander zu verknüpfen. Der Staatsrat sollte nach dem ausdrücklichen Wunsche Maria Theresias die Teile mit dem Ganzen verbinden³⁶. Diese Intention mündete im Jahre 1763 in den Erlass folgenden Dekrets:

*„Liebe Getreue! Demnach wir bishero wahrgenommen, wie sowohl in unserem Erb=Königreich Böhemb als in dem Markgraftumb Mähren die bei dem größten Teil ihrer Landes=Inwohner übliche böheimische Sprache dermaßen in Abgang gerate, dass die meisten Vorsteher und Beamten derselben ganz unkündig, ja selbst bei unseren dasigen Landes= und oberen Justiz=Stellen ingleichen bei denen städtischen Magistraten sich an dieser Sprache fähigen Subject ein großer Abmangel äußeret, mithin zur Beförderung unseres Dienstes, dann Aufrechterhaltung der Ordnung und Justiz obnumbgänglich nötig sein will, diese soweit verfallene Sprache wiederum emporzubringen:
Als ergebet unser gnädigster Befehl an Euch im*

Lande kundzumachen, daß fürbin die Eltern ihre Söhne fleißiger in der böhmischen Sprache unterrichten lassen, die Studien=Kommission aber durch den Directorem humaniorum besonders darauf inviligiren solle, damit die Jugend in den kleineren Schulen zu Übersetzung böhmischer Argumenten angewiesen und verhalten, folgsam diese Sprach möglicher Dingen wiederumb in rechten Gang gebracht und erhalten ... werden möge, worauf Ihr auch Eures Ortes feste Hand zu halten und zu denen erledigten Dienst=Stellen ... keine andere als solche Subjecta, welche bömisch reden und schreiben, in Vorschlag zu bringen habet.“³⁷

Neben der politischen und sozialen Veränderung, die mit der Gründung des Staatsrates einherging – Elvert spricht vom Anbeginn einer „neuen Zeit, die die bürgerlichen Elemente hervorbrachte“³⁸ –, ist somit die besondere Berücksichtigung der tschechischen Sprache im Sinne einer Optimierung der Kommunikation zwischen den staatlichen Instanzen und dem einfachen Bürger als eine äußere Bedingung zu erkennen, die dem Wunsch nach einer in „böhmischer Sprache“ gedruckten Zeitung entgegenkam. Denn das Tschechische galt unter den in der Monarchie gesprochenen slawischen Sprachen als die am weitesten fortgeschrittene, mit deren Hilfe man glaubte, sich auch mit den anderen im Habsburgerreich lebenden Slawen verständigen zu können³⁹. Diese spezielle Bedachtnahme hatte sich schon einige Jahre vor dem Ansuchen Kaliwodas hauptsächlich auf dem Unterrichts- bzw. Ausbildungssektor manifestiert: 1752 wurde Tschechisch an der Militärakademie in Wien und zwei Jahre später an der Wiener Ingenieurakademie obligatorisch⁴⁰. „Daß an den neugegründeten Kriegsschulen nebst anderen auch die tschechische Sprache“ gelehrt wurde, stellt für Volf sogar den unmittelbaren Anlaß für die Gründung der *České vědecké poštovní noviny* dar, wobei er sich auf die Präambel des bereits erwähnten Avertissements vom 3. März 1761 beruft⁴¹.

Die Funktion, die diesen beiden Schulinrichtun-

³² Der Obersthofmeister Graf Ulfeld war angewiesen worden, die Einrichtung dieser Behörde durch ein Umlaufschreiben bekannt zu geben. Publiziert wurde die Nachricht von der ersten Session am 28. Jänner 1761. – *Wienerisches Diarium*. Num. 8, Beil.

³³ Carl Frh. v. Hock/Hermann Ignaz Bidermann: *Der österreichische Staatsrat (1760-1848)*. Wien 1879, S. 7.

³⁴ Friedrich Walter: *Fürst und Staat im Zeitalter des Barock*. In: *Österreich in Geschichte und Literatur* 3, 1959, 4, S. 187.

³⁵ Christian d'Elvert: *Zur Oesterreichischen Verwaltungsgeschichte, mit besonderer Rücksicht auf die böhmische*

Länder. Brünn 1880, S. 381.

³⁶ *Codex Austriacus*. 6. Wien 1777, S. 115.

³⁷ Abgedruckt in: Raimund Kaindl: *Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen im Spiegel der zeitgenössischen Quellen*. Wien 1927, S. 33-34.

³⁸ Elvert, *Zur Oesterreichischen Verwaltungs-Geschichte*, S. 504.

³⁹ Schamschula, *Die Anfänge der tschechischen Erneuerung*, S. 147.

⁴⁰ Bertold Bretholz: *Geschichte Böhmens und Mährens*. Bd. 3. Reichenberg 1924, S. 200.

⁴¹ Volf, *Die erste tschechischsprachige Zeitung Wiens*.

gen zukommen sollte, zeigt sich sehr deutlich in der Einleitung des „Deutsch-böhmischen Nationallexikons“, ediert von Karl Tham im Jahre 1788:

„Daß ein Begüterter . . . mit seinen Unterthanen sprechen könne, erfordert wohl sein eigener Vortheil, da es sich leicht einsehen läßt, daß, wenn man sich auf einen Dolmetsch verlassen muß, man nicht nur oft der Betrogene seyn, sondern auch unwissend Irrthümer begeben könne.

... Nach der Aussage der erfahrensten Offiziere werden diejenigen von dem gemeinen Manne, die mit ihm seine Sprache reden können, als seine Landsleute so geliebt, daß er gerne sein eigenes, um das Leben seines Landsmannes zu retten, in die Schanze schlägt.“⁴²

Die Tatsache, dass im Schutzbrief, den Maria Theresia am 13. Dezember 1760 dem Drucker Kaliwoda ausgestellt hat, die Sprachkonzeption der zu gründenden Wiener Zeitung unmittelbar nach der einleitenden Bewilligungsformel als Argument für die Gewährung des erbetenen Privilegs steht, erklärt sich ebenfalls im Kontext mit den Konsequenzen, die aus der Schaffung des Staatsrates erwartet wurden, bzw. aus dem von der Obrigkeit initiierten Kurs zur Intensivierung der tschechischen Sprachkenntnisse. Denn es hieß:

„Wann wir nun nach dem von behörigen Orten eingezogenen gutächtlichen Bericht, und Uns darob beschriebenen gehorsamsten Vortrag allergnädigst erwogen, daß dieses allerunterthänigste Gesuch die Ausbreitung der böhmischen Sprache als ein sehr nützlich Vorhaben zum Endzweck habe . . .“⁴³

Die Verpflichtung, die Kaliwoda mit der Privilegsverleihung „über oben gedachte Böhmische Zeitung auf Zehen nacheinander folgende Jahre ohne Hindernuß, und anderwärtiger Beeinträchtigung in allerhöchsten Gnaden“⁴⁴, zu übernehmen hatte, bestand darin,

„daß sothanes Privilegium Unserem darauf privilegierten Prager Hof-Buchdrucker Kirchner unnachtheilig, und er Kaliwoda von ermeldten böhmischen Zeitung allwöchentlich einige Exemplarien zu Unserem k.k. Directorio in Publicis et Cameralibus abzugeben schuldig und verbunden seyn solle.“⁴⁵

Bemerkenswert erscheint also, dass diesem

Schutzbrief der übliche Hinweis fehlt, bei der Herausgabe des Privilegsobjektes stets Vorsicht zu üben und die jeweils konzipierte Nummer erst nach der offiziellen Genehmigung durch die zuständige Zensurbehörde in Druck zu geben. Anstelle dessen wurde Kaliwoda bloß dazu verpflichtet, dem Directorium in Publicis et Cameralibus, jener Behörde, der zu dieser Zeit die Zeitungszensur obgelegen war⁴⁶, eine nicht näher präzierte Anzahl von bereits gedruckten Exemplaren wöchentlich abzuliefern. Als einzige Besorgnis der Obrigkeit entpuppt sich vielmehr ein ausgeprägtes Interesse an einer absoluten Konfliktlosigkeit zwischen Kaliwoda als Produzenten der tschechischsprachigen Zeitung in Wien und dem Herausgeber der im Jahre 1719 von Karl Franz Rosenmüller gegründeten *Pražské poštovské noviny* (Prager Post-Zeitung)⁴⁷.

Die Kaliwoda auferlegte Verbindlichkeit, die Rechte des Prager Zeitungsproduzenten in keinerlei Hinsicht zu schmälern, lassen folgende Ausdeutung zu: Einerseits sollte jedweder Beschwerde jenes älteren Privilegieninhabers auf die Herausgabe einer tschechischsprachigen Zeitung von vornherein begegnet werden und andererseits sollte sich keine Konkurrenzierung zwischen diesen beiden Privilegieninhabern anbahnen. Primär sollte jedoch vermutlich eine ruhige Entwicklung dieser neuen Wiener Zeitung gewährleistet werden, die den Interessen des Hofes als Trägerin offizieller oder offiziöser Meldungen gegebenenfalls noch besser als das Prager Blatt entsprechen konnte.

An den Schluss der Privilegiausfertigung wurde die geläufige Gebots- und Verbotswendung gesetzt, die ihren Wirkungskreis auf alle Einwohner und Untertanen, „was Würden, Standes, Amtes oder Wesens die in Unseren Königl: Böheimisch= und Oesterreichischen Erblände seynd“, erstreckt sah. Der Niederösterreichischen Regierung wurde dabei speziell mitgegeben,

„daß sie mebrgemeldten Leopold Johann Kaliwoda bey diesem von Uns ihm über wiederholte Böhemische Zeitung obverstandener massen auf zehen nacheinander folgende Jahre allergnädigst verliehenen Privilegio gebührend schützen, und handhaben, darwider selbst nicht thun, noch das ändern zu thun verstaten, bey Vermeidung Unserer schweren Straff, und Ungnad.“⁴⁸

⁴² Karl Tham: *Deutsch-böhmisches Nationallexikon*. Prag/Wien 1788.

⁴³ Niederösterreichisches Landesarchiv, Hofresoluta in Publicis, 1760, Dez.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Josef Volf: *Geschichte des Buchdrucks in Böhmen und Mähren bis 1848*. Weimar 1928, S. 119 u. 122.

⁴⁸ Niederösterreichisches Landesarchiv, Hofresoluta in Publicis, 1760, Dez.

Ebenfalls hatte die Niederösterreichische Regierung die Benachrichtigung der vier Kreisämter, des Niederösterreichischen Kammerprokurators, der Universität Wien, sämtlicher Drucker, der Privilegien- und Handwerkskommission sowie der Landeshauptmannschaft Österreich ob der Enns zu übernehmen. Dieser Verpflichtung entledigte sich die Landesbehörde am 19. Dezember 1760.

Damit stand der Herausgabe einer Wiener tschechischsprachigen Zeitung nichts mehr im Wege. Dennoch vergingen knapp drei Monate, bis Kaliwoda so weit war, den Erscheinungsbeginn dieses Blattes definitiv mit dem 1. April 1761 anzukündigen:

„Allbereits vor einigen Jahren Se. Kayserl. Königl. Apostol. Maj. allergnädigst anzubefehlen geruhet, daß in denen durch Dero ruhmwürdigste Landes=Mütterliche Sorgfältigkeit eingeführten Kriegs=Schulen, nebst anderen auch hauptsächlich die Böhmische Sprache gelehret werden solle, und seyend zu solchem Ende nicht nur allein die tüchtigste Lehrer dieser Sprache angestellt, sondern auch viele Adels=Personen in Böhheim und Mähren, durch diesen allerhuldreichsten Vorgang, unterinstens ermuntert worden, sich für ihre Erbfolgere mit dergleichen Sprach=Lehrer zu versehen.“⁴⁹

Nach dieser Präliminärerklärung, die nicht nur die allgemein zugenommene Bedeutung der tschechischen Sprache betonte, sondern insbesondere auf das sich neu entfaltete Selbstverständnis⁵⁰ hinwies, erläuterte Kaliwoda die weiteren Argumente, die ihn dazu bewogen hatten, mit dem Plan der Herausgabe einer derartigen Zeitung an die Öffentlichkeit zu treten:

„Damit demnach die Academisten sowol, als andere sich in dieser Sprache üben wollende Jugend aller Orten, nach einmal erlernten Grundsätzen, desto füglicher zu einen vollständigeren Begriff und Fertigkeit gelangen möge, scheint wol vor allem das notwendigeste und beste Mittel zu seyn, sich mit Lesung Böhmischer Bücher und Verfassungen öfters zu beschäftigen; weilen also absonderlich die dermalige Kriegs=Läufften uns so viele Vorfällenbeiten mittheilen, daß allhier

in Wien wochentlich an den zweyen Post=Tägen, nemlich Mittwochs und Samstags, ein vollständiger Zeitungs=Bogen in Böhmischer Sprache gar füglich an das Licht treten kan; so vertrüestet man sich allerdings, daß dergleichen Bemühung und Ausgabe denen Liebhabern der Sprache desto erwünschlicher seyn werde, als sie eben andurch auf die bequemlichste Weise die Vollkommenheit derselben, als die Frucht ihrer Übung und Endzwecks, am ebesten werden erreichen können.“⁵¹

Danach ließ Kaliwoda die Zusicherung folgen, bereits ein verlässliches Korrespondenznetz „zu desto genauerer Bedienung deren Liebhabern“ eingerichtet zu haben. Die an dieses Versprechen gekoppelte Anmerkung, dass „die Nachrichten von weit=entlegenen Landen, in der Kayserl. Königl. Residenz=Stadt Wien jederzeit gegen anderen Erbländischen Städten um etwelche Tage ehender einzulauffen pflegen“, ist dabei unschwer als Eigenreklame und Versuch einer positiven, wenn auch nur teilweise berechtigten⁵² Abgrenzung gegenüber den an einem gewissen Aktualitätsdefizit leidenden auswärtigen Medien innerhalb der Erbländer zu erkennen.

Interessenten, „welche die Ehre ihrer uralten Mutter=Sprache auch in andre entfernte Länder und Völker löblichst auszubreiten beflissen seyn wollen“ sowie alle jene, „die sich zum Nutzen des gemeinen Weesens eines vollständigen Begriffs derselben theilhaftig zu machen verlangen“, wurden

„zur geneigtesten Abnahm und Beförderung dieser Böhmischen Zeitungen nicht nur nach jedermans Gebühr Dienst=freundlichst eingeladen, sondern zugleich erinnert . . ., daß sich wegen Bestallung und richtiger Ablangung derselben entweder allhier in dem Kayserl. Obrist=Hof=Post=Amt, oder bey mir auf dem Dominicaner=Platz in meinem Buch=Gewöl, als den Verlags=Ort, nach Belieben könne angemeldet werden.“⁵³

Trotz dieser Eigenwerbung und der intensiven Bemühung um einen großen Abnehmerkreis konnte Kaliwoda die Herausgabe der *České vědecké poštovní noviny* gerade nur bis zum Schluss des ersten Quartals aufrecht halten. Als Argument für

⁴⁹ Diese zweisprachige Mitteilung wurde erstmals – freilich ohne irgendeine Quellenangabe – von Volf vollständig vorgestellt. Volf, *Počátek českého novinářství ve Vídni*, S. 134–136. – Im Zuge dieser Arbeit konnte ein Exemplar dieses Ankündigungszettels als Anzeigenbeilage des *Wienerischen Diariums* in der Österreichischen Nationalbibliothek aufgefunden werden. Dieses beidseitig bedruckte Blatt ist nach der Num. 23 vom 21. März 1761 beigegeben.

⁵⁰ Weizsäcker spricht von einer „lebhaften

landespatriotischen, ‘bohemistischen’ Einstellung“. Wilhelm Weizsäcker: *Zur Geschichte des österreichischen Staatsgefühls*. In: *Ostdeutsche Wissenschaft*. Bd. 2. München 1955, S. 305.

⁵¹ wie Anm. 49.

⁵² Beispielsweise langten die Nachrichten aus dem nordeuropäischen Bereich in Prag früher als in Wien ein.

⁵³ wie Anm. 49.

die Einstellung wurde, wie bereits vermerkt, der Mangel einer ausreichenden Anzahl von Abnehmern angegeben⁵⁴.

Diese Begründung für die Einstellung der Zeitung sagt sehr viel aus. Sie weist darauf hin, dass das Blatt Kaliwodas weder ein lebensfähiges Bindeglied zwischen den Vorgängen in der damaligen Welt und der tschechischsprachigen Bevölkerung gewesen war, noch ein potentiell Mittel der tschechischen Erneuerung, die sich in dieser Zeit sowohl auf kulturellem als auch auf politischem Bereich zu vollziehen angebahnt hatte, einer Erneuerung, die im Rahmen einer frisch geschaffenen nationalen Ideologie gegenüber der überregionalen Ordnung der Habsburgermonarchie bemüht war, den im Verlauf der Geschehnisse des 17. Jahrhunderts eingebüßten Kontakt der Tschechen mit den europäischen „Hochkulturen“ wiederherzustellen. Überdies offenbart sie, dass weder die Aktivitäten des Wiener Kreises von Historikern und Bibliothekaren, dessen geistige Ausstrahlung auf die Wiedergeburt des tschechischen Nationalbewusstseins von hoher Intensität war, noch die Besonderheit des Miteinanderwirkens deutscher und slawischer Gelehrter in der übergeordneten Metropole der Donaumonarchie, eine Besonderheit, die zu jener Zeit in ähnlicher Ausprägung ansonsten nur noch in Prag anzufinden war, sich positiv auf die Bestandsdauer der *České videnské poštovní noviny* auswirkten.

Wien war damals zwar der Ort, in dem die deutsche und tschechische Sprache auf engem Raum miteinander lebten, in dem eine geistige Begegnung der beiden Kulturbereiche stattfand, aber deshalb noch lange kein geeigneter Nährboden für die Herausgabe einer tschechischsprachigen Zeitung. Denn es dauerte danach immerhin zweiundfünfzig Jahre bis zur Gründung des nächsten tschechischsprachigen Blattes, der *Čís. král. videnské noviny* (k.k. Wiener Zeitung), eines Journals politisch-literarischen Inhalts mit einer Lebensdauer von immerhin fünf Jahren, herausgebracht vom bedeutenden Philologen Johann Nepomuk Hromátko.

Wie bereits angemerkt⁵⁵, konnte die Zeitung Kaliwodas bisher in keiner einzigen Bibliothek nachgewiesen werden. Da auch aus der Literatur nicht

eindeutig hervorgeht, wer das Erbe der Bibliothek Zlobickys angetreten hat, dürfte ein derartiger Nachweis vermutlich auch nicht leicht gelingen. Wurzbach gibt an: „...was mit seiner ... Bibliothek, für welche der Ankauf durch den Staat befürwortet wurde, geschehen ist, wissen wir nicht.“⁵⁶ Christian d'Elvert hingegen führt aus, dass die Sammlungen Zlobickys „Graf Auersperg um 10.000 fl. Banknoten“ gekauft hat⁵⁷. Einer diesbezüglichen Anfrage an das Auerspergische Familienarchiv im Schloss Wald bei St. Pölten mit der Bitte, bei der Identifikation dieses nicht näher vorgestellten Grafen Auersperg behilflich zu sein, war kein besonderer Erfolg beschieden. Auch der von dieser Stelle gelieferte Hinweis, es könnte sich bei diesem Grafen um ein Mitglied der krainischen Linie handeln, konnte nichts zur Eruiierung des Käufers der Bibliothek Zlobickys beitragen.

Dagegen könnte allem Anschein nach eine biographische Mitteilung Eduard Janotas aus dem Jahre 1863 über den Grafen Josef von Auersperg, den Besitzer des Schlosses Hartenberg in der Nähe von Falkenau an der Eger, den Schlüssel zur Auffindung der ersten tschechischsprachigen Zeitung Wiens enthalten. Janota berichtet nämlich, dass sich Graf Josef von Auersperg im Besitze einer vorzüglichen Bibliothek befunden hatte, deren Schwerpunkt unter anderem die Sammlung böhmischer Gesetze und Landtagsbeschlüsse sowie sonstiger Werke über Böhmen dargestellt hatte, „auf welche Sammlungen er (Auersperg, Anm. des Verf.) große Kosten verwendete.“⁵⁸

Die Frage, ob dieser Graf Auersperg, ein „Mann der Wissenschaft“, den Goethe, sooft er sich in Böhmen aufhielt, stets zu besuchen pflegte⁵⁹, tatsächlich jener bibliophile Gelehrte war, der die Bibliothek Zlobickys erworben hatte, werden vielleicht zukünftige Ermittlungen oder Hinweise beantworten können. Selbst dann aber, wenn ein solcher Nachweis gelänge, wäre es erst recht eine Kärnerarbeit, dem Problem nachzugehen, wer die Nachfolge der Sammlungen dieser gräflichen Familie angetreten hat. Da jedoch in jüngerer Zeit damit begonnen wurde, die Geschichte der Tschechen in Wien vom ausgehenden 19. Jahrhundert an wissenschaftlich zu bearbeiten –

⁵⁴ Volf, *Počátek českého novinářství ve Vídni*, S. 133.

⁵⁵ vgl. Anm. 19.

⁵⁶ Constant von Wurzbach: *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich*. Bd. 60. Wien 1891, S. 203.

⁵⁷ Christian d'Elvert: *Geschichte des Bücher- und Steindrucks, des Buchhandels, der Bücher-Censur und der periodischen*

Literatur. Brünn 1854, S. 300.

⁵⁸ Ed. Janota: *Josef Graf von Auersperg*. In: *Mittheilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen*. Jg. 6, Prag 1868, S. 163.

⁵⁹ Ebd.

genannt sei hier etwa der Sammelband von Vales⁶⁰ –, erscheint es vorstellbar, dass dieses neu entwickelte Forschungsbewusstsein auch zu einer weiter zurückreichenden, intensiven und systematischen Behandlung der politischen und kulturellen Entwicklung dieser nationalen Minderheit

in Wien führt. In dieser Verbindungslinie wäre es daher auch durchaus denkbar, dass sich selbst zu der speziellen Frage einer detaillierteren Beleuchtung der ersten tschechischsprachigen Zeitung Wiens neue Lösungsansätze anbieten werden.

Wolfgang DUCHKOWITSCH (1942)

Dr. phil., Univ. Prof. am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Leiter zahlreicher kommunikationshistorischer Projekte. Hauptarbeitsgebiete: Medien und Kommunikation zwischen Missbrauch und Aufklärung. Diverse medienhistorische Publikationen; Herausgeber zahlreicher Bücher, zuletzt *Die österreichische NS-Pressen 1918-1933*. Wien 2001; *Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft*. (gem. m. Fritz Hausjell u. Bernd Semrad). Münster 2004.

⁶⁰ Vlasta Vales (Hg.): *Doma v cizine. Cesi ve Vidni ve 20. století*. [Zu Hause in der Fremde. Tschechen in Wien im

20. Jahrhundert]. Prag 2002.

Rezensionen

RUDOLF ULRICH: *Österreicher in Hollywood*. Wien: Filmarchiv Austria 2004, 623 Seiten.

Was haben Gustav Diessl und Peter Lorre gemeinsam? Nun, beide kamen um die Jahrhundertwende in (Alt-)Österreich zur Welt – Diessl 1899 in Wien, Lorre 1904 im mährisch-slowakischen Rosenberg –, beide übten den Beruf des Schauspielers aus – und beide waren in Hollywood. Diessl verbringt ein paar Wochen dort, um 1931 in den MGM-Studios „Menschen hinter Gittern“ zu drehen, die deutschsprachige Version des Gefängnisdramas „The Big House“; danach kehrt er nach Deutschland zurück und setzt dort seine Filmkarriere, die Anfang der zwanziger Jahre begann, mit glänzendem Erfolg fort. 1941 beispielsweise tritt er im antiserbischen Propagandastreifen „Menschen im Sturm“ auf, der den Überfall auf Jugoslawien rechtfertigen soll; später in „Kolberg“ (1945), dem berüchtigten filmischen Durchhalteepos des „Dritten Reiches“. Lorre, mit Fritz Langs „M“ 1931 zum Star geworden, flüchtet im Februar 1933 von Berlin nach Wien, noch im gleichen Jahr reist er weiter nach Paris, dann nach London und erreicht im Sommer 1934 die USA, wo er bis zu seinem Tod 1964 lebt und arbeitet. In Ulrichs Buch sind die beiden sozusagen friedlich miteinander vereint: der Dagebliebene, der sich arrangiert und bereitwillig in die Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten einfügt – und der Vertriebene, der seine erfolgreiche Tätigkeit im deutschen Kino aufgrund seiner jüdischen Herkunft jäh beenden und in der Fremde des Exils, abgeschnitten von der Muttersprache, erst einen neuen Anlauf nehmen muss.

„Österreicher in Hollywood“, so der Buchtitel, sind sie halt beide. So wie die rund 400 anderen Personen, die der Band mit biografischen Einträgen und umfangreichen Biografien vorstellt. Der Bogen reicht dabei vom berühmten Bühnenbildner und Art Director Joseph Urban, der bereits 1911/12 in die USA emigriert, bis zu Arnold Schwarzenegger, von aus Nazideutschland geflüchteten Filmschaffenden wie Billy Wilder bis zu Digital Artists der Gegenwart, von vergessenen Vertriebenen wie der Schauspielerin Lilia Skala bis zu bekannten Darstellerinnen wie Hedy Lamarr.

„Den immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematografie gewidmet“ (S. 7) sei sein Buch, meint Ulrich im Vorwort. Da genügt schon ein Sprünge, auf das man in Hollywood vorbeigeschaut hat, um verzeichnet zu werden: Christiane Hörbiger etwa verbringt Anfang der neunziger Jahre gerade einmal zwei Wochen für Dreharbeiten am in der Versenkung verschwundenen Streifen „For Parents Only“ in Los Angeles – „beim Film gelang ihr die Realisierung eines Kindheits- und Jugendtraums – der Sprung nach Hollywood“ (S. 194), zitiert Ulrich ihren Mann Gerhard Töschinger aus dessen Buch über sie... Der Autor und Schauspieler Fritz Eckhardt wiederum schreibt am Sunset Boulevard „mehrere Wochen an der Geschichte des letztlich in Wiener Ateliers gedrehten Musikfilms ‚The Waltz King‘“ (S. 111) – den immensen Einfluss seiner Arbeit spürt man in Hollywood heute noch.

„Hollywood muss man nicht beschreiben, Hollywood ist kein Ort – Hollywood ist ein Mythos.“ (S. 9) Diese von Ulrich seiner Einleitung vorangestellte Einschätzung stammt vom ansonsten als Autor von Ratgebern wie „Denken Sie sich frei!“ und „Tourenski- und Tiefschneefahren abseits der Piste“ hervorgetretenen Helmut-Maria Glogger. „Österreich kann ohne Hollywood leben, Hollywood aber nicht ohne Österreich.“ (S. 15) Meinte 1989 der Exilant und vormalige US-Botschafter in Österreich Henry Grunwald, ein weiteres „Leitmotiv“ des Bandes. Im Verein legen diese Zitate deutlich dar, wie hier mit (Film-)Geschichte verfahren wird: undifferenziert, oberflächlich und nicht zuletzt sehr patriotisch – nach dem Motto: Egal, wer was wann wo wie und warum getan bzw. gedreht hat – Österreicher (die geschlechterneutrale Form existiert im Buch nicht) sind sie alle, der österreichische Film ist, sei es auch und gerade in Hollywood, eine große Familie.

Zu dieser Familie gehört beispielsweise auch Luis Trenker. 1932/33 werden seine beiden Filme „Berge in Flammen“ und „Der Rebell“ unter seiner Mitwirkung in Hollywood in englischsprachigen Versionen neu gedreht. Der biografische Eintrag endet freilich schon mit 1935 und dem Satz: „Luis Trenkers Œuvre als Schauspieler, Autor und Produzent umfasst bis in die 80-er Jahre 30 Filme und 50 Dokumentationen, dazu

fast zwei Dutzend Bücher.“ (S. 533) Es wäre ja wirklich zu indezent gewesen, auf Trenkers Rolle im Nationalsozialismus hinzuweisen – oder gar das begeisterte Telegramm abzudrucken, das er zum „Anschluss“ nach Wien geschickt hatte. (Großzügig illustriert ist der Band ja allemal.)

Einer, der wirklich in Hollywood lebte – gezwungenmaßen, weil ins Exil getrieben –, und zwar als recht erfolgloser Drehbuchautor, war Friedrich Torberg. Über seine Remigration heißt es: „1951 zurück in Wien, wurde er eine der zentralen Figuren des österreichischen Kulturlebens.“ (S. 530) Dann werden die „Tante Jolesch“ erwähnt und Torbergs Leistungen als Feuilletonist, Übersetzer und Redakteur des *Forum* – über seine Rolle als maßgeblicher Betreiber des Brecht-Boykotts kein Wort.

Immerhin muss man Rudolf Ulrich zugute halten, dass er in jahrelanger Kleinarbeit sehr viel Material zusammengetragen hat und zahlreiche Filmschaffende erst durch seine Recherchen (wieder)entdeckt wurden – gerade auch etliche ExilantInnen, die in der Regel mit oftmals raren Abbildungen vertreten sind. Zugleich wird an „Österreicher in Hollywood“ mehr als deutlich, wohin es führen kann, wenn ein begeisterter Hobbyhistoriker und Sammler von Verlag und Lektorat komplett im Stich gelassen wird.

Denn: In puncto lexikalisch angelegte Filmbücher steht der Band, was sprachliche Ungeheimheiten, faktische und auch inhaltliche Fehler angeht, sicherlich einzigartig da.

Nehmen wir gleich den ersten Eintrag, „Herb Andress“, Schauspieler. „Sein Weg“, lesen wir da, „führte ihn nach Kalifornien, San Francisco, Las Vegas und 1963 mit der damaligen Gefährtin Elena Williams in das magische Filmbabel.“ (S. 27) Ein paar Zeilen weiter wird aus dem Regisseur Sidney Lumet ein „Sydney“. Und genau der eine Part, mit dem sich Herb Andress einen bleibenden Platz in der Filmgeschichte gesichert hat, nämlich die Hauptrolle in Niklaus Schillings Neuer-Deutscher-Film-Klassiker „Die Vertreibung aus dem Paradies“ (1977), findet bei Ulrich keine Erwähnung (so wie auch mehrere kleine Rollen für Fassbinder) – auch in der Filmografie nicht, denn die verzeichnet, wie im ganzen Band, nur US-Filme, wodurch der Informationswert erheblich geschmälert wird.

Solcherart eingestimmt, blättern wir ein paar Sei-

ten weiter zu „Lenore Aubert“, Schauspielerin. Wir lesen, dass sie nach der Flucht in die USA ein Angebot des La Jolla Playhouse in San Diego bekam und daraufhin mit dem Autobus von New York nach Kalifornien reiste. Dort wurde sie in einem kleinen Theater in Los Angeles von einem Filmtalente-Scout entdeckt und debütierte 1943 in der Agentenkomödie „They Got Me Covered“. Das La Jolla Playhouse wurde freilich erst 1947 gegründet... Auch die Filmografie der Darstellerin enthält mehrere Fehler, so wird aus dem Film „Passport to Destiny“ der nicht existierende „Password to Destiny“; und zum Drüberstreuen verliert der berühmte Schauspieler George Sanders in der Bildunterschrift am Kopf der Seite ein „e“ - und heißt nun „Georg“.

Sie glauben, das sind Ausnahmen? Zwei Seiten zurückgeblättert zu „Leon Askin“, Schauspieler, 1933 nach Wien vertrieben, 1938 nach Frankreich geflüchtet, 1940 in die USA. „Ab 1942“, heißt es da, „diente der Exilant bei der Air Force im Army Showbusiness als Public Relations Officer.“ (S. 31) Eine Stabsstelle „Air Force im Army Showbusiness“ – als wäre es eine Komödie von Wilder. Auf den drei Seiten des Askin-Eintrages finden sich nicht weniger als 14 nachweisliche Fehler: falsch geschriebene Film- und Fernsehtitel, falsche Jahreszahlen und Genre-Zuordnungen, Auslassungen – und in einer Bildunterschrift der Name „Ralf Wolters“ – der hat den Buchstaben zuviel (das „s“), der womöglich anderswo fehlt.

Manchmal kommt die Chronologie durcheinander, manchmal wird gar die Film- und Zeitgeschichte umgeschrieben. Im Eintrag „Paul Henreid“ erzählt Ulrich vom Flug liberal gesinnter Hollywoodstars nach Washington, D.C. im Herbst 1947: Henreid, Danny Kaye, Gene Kelly, Humphrey Bogart, Lauren Bacall und andere wollten damit im Vorfeld der HUAC-Verhöre, zu denen eine Reihe „freundlicher“ und „unfreundlicher“ Zeugen aus der Filmbranche geladen worden war, ihren Protest gegen Gesinnungsschnüflei und die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten zum Ausdruck bringen. „Alle außer Bogart“, so Ulrich, „kamen danach selbst auf die so genannte Black List und erhielten Berufsverbot.“ (S. 188) Berufsverbot für Bacall, Kaye und Kelly? Blühender Unsinn.

Dass ein Autor nicht schreiben kann bzw. ausschließlich im Stil der Boulevardpresse der fünfziger oder sechziger Jahre; dass er dabei das Engli-

sche und Deutsche ständig „kreativ“ vermischt („die Movie Town zeigte daraufhin Interesse“, S. 36) bzw. offensichtlich wortwörtlich aus dem Englischen übersetzt („seine Laufbahn begann an der Dramatikerschule des Deutschen Volkstheaters“, S. 40); dass Eintrag für Eintrag stereotyp die gleichen Formulierungen („braune Machthaber“, „Nazi-Machthaber“, S. 182 bzw. S. 155) und blumigen Metaphern („als Hitlers Schatten länger und bedrohlich wurde“, S. 191) auftauchen – all das hätte ein Lektorat, das diese Bezeichnung nur im Mindesten verdient, leicht korrigieren können.

Schwerer allerdings wiegt die Tatsache, dass sich das Filmarchiv Austria mit „Österreicher in Hollywood“ auf die Seite jener schlägt, die sich gerne mit den Leistungen von AuslandsösterreicherInnen, im Besonderen ExilantInnen, schmücken, ohne die zentralen Fragen von historischer Schuld und Verantwortung auch nur anzutönen. Was verbindet denn tatsächlich den jüdischen Schauspieler Paul Morgan, 1930/31 kurzzeitig in Hollywood, 1933 von Berlin nach Wien vertrieben, 1938 von der Gestapo verhaftet, im gleichen Jahr im Konzentrationslager Buchenwald umgekommen, mit seinem Berufskollegen Anton Pointner, zur gleichen Zeit wie Morgan in Amerika, später dann – „Der Beruf führte den Künstler fast um die ganze Welt“ (S. 373) – tatkräftig im Nazifilm aktiv, u.a. in Veit Harlans nationalistischem Tendenzfilm „Der große König“ (1942)? Oder mit den Computeranimateuren, Modells, Kameralenten etc., die seit einigen Jahren die „Movie World in Hollywood“ (S. 366) aufsuchen? Nichts – außer: Sie sind halt aus Österreich. „Das kleine Österreich“ ist für Ulrich eben „nach wie vor eines der Talentreservoirs für die ‚Traumfabrik‘“. (S. 14) Ein hohler patriotischer Reflex. „This Land is My Land“ heißt ein Film in einer Bildunterschrift zum Schauspieler Walter Slezak (S. 476) – „This Land is Mine“ sollte es richtig lauten, ein Anti-Nazi-Film aus dem Jahre 1943, unter Beteiligung etlicher Exilanten entstanden in der Regie des Franzosen Jean Renoir.

Gerade die „sorgfältige“ Edition und Redaktion des Bandes, der nicht endenwollende Strom an Fehlern und Fauxpas, beraubt also darüber hinaus die Betroffenen noch Jahrzehnte nach dem Exilschicksal ihrer Biografie und ihrer individuellen Arbeiten und Leistungen.

Christian Cargnelli

RAY RÜHLE: *Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig*. (= Kommunikationsgeschichte 17). Münster-Hamburg-London: LIT Verlag 2003, 170 Seiten.

Ray Rühle geht in diesem Buch der Frage nach, wie sich während der achtziger Jahre in der DDR eine politische Öffentlichkeit außerhalb des bestehenden geschlossenen politischen Systems herausbilden und weiters mit dessen Öffentlichkeit konkurrieren konnte. Rühles Grundidee hierbei ist, dass das staatssozialistische System der DDR über keine politische bzw. rechtsstaatlich gesicherte Öffentlichkeit verfügte, stattdessen eine „simulierte“ Öffentlichkeit forcierte.

Der Autor diskutiert zunächst unterschiedliche theoretische Modelle, um Hypothesen für die politische Öffentlichkeit der DDR zu erstellen und zu überprüfen. Als Ausgangslage dient Rühle die „Theorie des kommunikativen Handelns“ von Jürgen Habermas, obwohl ihm bewusst ist, dass diese nicht vollständig auf die politischen Entwicklungen der DDR übertragen werden kann. Schließlich entstand diese Theorie im und bezogen auf den Kontext westeuropäischer Demokratien. Rühle begreift seinen Untersuchungsgegenstand sozusagen mit Hilfe einer westeuropäischen Theorie, indem er Parallelen zwischen sozialen Bewegungen in der BRD und in der DDR zieht und – aus eben dieser Sicht – auf fehlende Voraussetzungen für eine demokratische Öffentlichkeit im staatssozialistischen System hinweist. Seine theoretische Herangehensweise an das Thema Öffentlichkeit erfolgt dabei weniger aus dem *Forschungsobjekt* heraus als vielmehr entlang bestehender normativer Begrifflichkeiten. Das, obwohl Rühle erklärt, warum sowohl Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ als auch Niklas Luhmanns Systemtheorie für das Verstehen von Öffentlichkeit in der DDR nicht ausreichen. Das Privatrecht, das Habermas als Grundvoraussetzung von politischer Öffentlichkeit postuliert, hat es in der DDR nicht gegeben. Die Systemtheorie ignoriert unterdessen die Rolle sozialer AkteurInnen und damit verbunden deren Kognitionen und Motivationen, die jedoch für die Analyse von Ausschlussmechanismen im Zusammenhang mit Öffentlichkeit unerlässlich sind. Das Öffentlichkeits-Modell von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt hält der Autor für seinen Untersuchungsgegenstand schon nützlicher, obwohl auch hier nicht alle normativen Charakteristika auf die

politische Realität der DDR-Öffentlichkeit zutreffen. Wenngleich die genannten Theoriemodelle offensichtlich den Wandel der politischen Öffentlichkeit in Leipzig nicht ausreichend fassen können, bewegt sich die vorliegende Untersuchung dennoch im Rahmen eben dieser.

Ein wichtiges Moment des vorliegenden Buches bildet das Konzept der Zivilgesellschaft (definiert auf S. 60), die einen „latenten Einfluss“ (S. 25) auf das ausschließende politische DDR-System ausgeübt hat. Die Zivilgesellschaft formierte sich, aus der „zweiten“ bzw. regierungsunabhängigen Öffentlichkeit heraustretend, zu der – von Habermas definierten – „Gegenöffentlichkeit“ (S. 25), die auf die „simulierte“ staatliche Öffentlichkeit einwirken sollte. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Untersuchung kann sicherlich von einer Gegenöffentlichkeit gesprochen werden, weil Rühle jene aus der evangelischen Kirche entstehende Bewegung untersucht. Bei der Erforschung weiterer opponierender Gruppierungen müsste wahrscheinlich von höchst heterogenen Gegenöffentlichkeiten gesprochen werden.

Die Untersuchung entstehender alternativer und folglich gegenöffentlicher Sphären in der DDR erfordert eine Beleuchtung des Verhältnisses zwischen politischer Öffentlichkeit und Privatsphäre. Rühle behauptet zu Recht, dass einzig in der privaten Lebenswelt staatlich unabhängige Artikulationen zu politischen Themen möglich waren, obwohl umgekehrt das DDR-Regime auch die Privatsphäre zu vereinnahmen trachtete. Ein in der Zahl wachsendes Publikum führte zu einer Ausweitung dieses privaten Bereichs in den achtziger Jahren, während sich unter manchen Gesellschaftsgruppen ein Wertewandel vollzog. Jene Prozesse, die in westlichen Demokratien seit Anfang der siebziger Jahre einsetzten, vermutet Rühle auch bezogen auf die DDR während der achtziger Jahre. Im Gegensatz zu westlichen Demokratien führte dieser Wertewandel jedoch zu keinen sozialen Bewegungen und einer darauf aufbauenden institutionalisierten alternativen Öffentlichkeit, sondern zu einer zweiten Öffentlichkeit, die sich vom politischen System abgrenzte. Die Kirche bot sich dabei als herrschaftsfreies Artikulationsforum an, weil sie als einzige Einrichtung außerhalb der „simulierten“ Öffentlichkeit neuen Lebenskonzepten und Kommunikationsbedürfnissen Raum gab. Die Kirche dabei bezüglich ihres „weitgehend ideologiefreien Raumes“ (S. 58) hervorzuheben, hätte – wie auch die Lebenswelt der AkteurInnen innerhalb der Leipziger Kirchen – einer genaueren Erläuterung bedurft.

Umgekehrt beeindruckt die stringente Aufschlüsselung jenes Prozesses, in dem sich allmählich eine regimiekritische Öffentlichkeit formierte. Die „zweite Öffentlichkeit“ (S. 59) bildete sich Anfang der achtziger Jahre innerhalb der Kirche und in Abgrenzung zur staatlichen „simulierten“ Öffentlichkeit heraus. Die Kirchenöffentlichkeit fungierte hierbei als Pufferzone zwischen zweiter und „simulierter“ Öffentlichkeit. Bald entwickelte sich aus der zweiten Öffentlichkeit die „Gegenöffentlichkeit“ (S. 68), deren Ziel es war, in die „simulierte“ staatliche Öffentlichkeit hineinzuwirken.

Diesen Vorgang analysiert Rühle anhand der Leipziger Umweltschutzgruppe „Arbeitsgruppe Umweltschutz“ (als Teilöffentlichkeit der zweiten Öffentlichkeit) und der später aus ihr abgespaltenen „Initiativgruppe Leben“ (IGL). Seine Wahl argumentiert der Autor damit, dass die AGU (Arbeitsgruppe Umweltschutz) zu den größten und aktivsten Umweltschutzgruppen innerhalb der zweiten Öffentlichkeit gehörte. Mit ihren Publikationen und gegenöffentlichen Aktionen versuchte die AGU, die öffentliche Meinung im Sinne ihrer Forderungen zu mobilisieren und daraufhin Druck auf das politische System auszuüben, was ihr erst 1989 gelang. Mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit, die öffentliche Meinung empirisch nachzuweisen, analysiert Rühle daher deren mobilisierende Faktoren.

Die Wahl des Themas Umwelt/Umweltschutz als Ausgangspunkt politischer Öffentlichkeit begründet der Autor Rühle mit dem Argument, dass Umwelt ein elementarer Teil der Lebenswelt ist und folglich im Sinne Habermas' hohes Potenzial besitzt, die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Anhand dieser Thematik kann nämlich der Prozess vom Aufzeigen einzelner Probleme im Sinne einer Systemverbesserung hin zu einer grundsätzlichen Infragestellung des politischen Systems und damit verbunden eine Systemveränderung nachgezeichnet werden.

Im letzten Kapitel arbeitet Rühle schließlich jene Faktoren heraus, die eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung ermöglichten und folglich den Wandel der politischen Öffentlichkeit bewirkten. Nachdem die Kirchenöffentlichkeit als „Übungsfeld“ für das Herausbilden „politischer Kommunikationsfähigkeit“ (S. 134) gedient hatte, entstanden nun neue Parteien und Bewegungen, die vermehrt Menschen ansprachen. Das politische System kollabierte laut Rühle aufgrund des Drucks der Straße im Herbst 1989. Mobilisierende Faktoren waren dabei der verstärkte Einfluss von westdeutschen Massen-

medien und die Massenauswanderung über Ungarn. Wünschenswert wäre trotzdem eine stärkere Ausarbeitung des gesamtgesellschaftlichen Kontextes, in welchem sich diese opponierende umwelt-bezogene Öffentlichkeit herausbildete. Zwar verweist Rühle einerseits in Anlehnung an Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ auf die Bedeutung von Geheimdiensten in staatssozialistischen Gesellschaften (S. 27) und andererseits auf die innenpolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion Ende der achtziger Jahre, vermisst wird dennoch eine genauere Analyse wirtschaftlicher, sozialer, militärischer und internationaler Einflüsse auf die Protestbereitschaft, die Straßendemonstrationen sowie auf den Wandel der politischen Öffentlichkeit der DDR. Insgesamt erweist sich das vorliegende Buch als äußerst interessante Lektüre, weil es anhand des Untersuchungsgegenstandes, der Umweltaktivitäten rund um den Fluss Pleiße und der hierfür verwendeten Primärquellen, die Interaktionen zwischen systemerhaltenden und regimekritischen Kräften in Leipzig nachzeichnet.

Zuletzt noch eine Anmerkung: Jürgen Habermas hat im Vorwort zum 1990 neu aufgelegten „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ im Zusammenhang mit dem Verhältnis von politischer Öffentlichkeit und Privatsphäre Folgendes festgestellt: „Anders als der Ausschluss der unterprivilegierten Männer hatte die Exklusion der Frauen eine strukturbildende Kraft.“ (S. 19)

Mit diesen Worten reagiert Habermas auf die an ihm geübte Kritik, dass er nämlich bei seiner Analyse den Ausschluss von Frauen aus öffentlichen Sphären unberücksichtigt ließ und diese somit auf theoretischer Ebene zum zweiten Mal ausschloss. Dieses Problem zeigt sich übrigens auch im Mainstream der Transformationsforschung seit Anfang der neunziger Jahre, in der Geschlechterverhältnisse nicht einmal angedacht werden. Nachdem Habermas selbst Mängel seines in den sechziger Jahren verfassten „Strukturwandels“ eingestanden hat, beschreitet Rühle vierzig Jahre später den selben Weg.

Zu diskutieren wäre letztendlich, inwiefern jene auf westeuropäische Wirklichkeiten konzipierten Theoriemodelle überhaupt auf Transformationsprozesse Osteuropas anwendbar sind, oder ob nicht verstärkt induktive Vorgangsweisen bevorzugt werden sollten.

Silvia Nadjivan

JÖRG REQUATE (HRSG.): *Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert.* Frankfurt/Main: Campus-Verlag 2002, 328 Seiten.

Europa wächst zusammen. Mit dieser anlässlich der EU-Erweiterung vielfach strapazierten Feststellung öffnet der Klappentext dieses Buches, allerdings ohne in Verdacht zu geraten, sich in die lange Reihe jener einzugliedern, die sobald ein Stehsatz etabliert wurde, diesen eifrig und unreflektiert anwenden. Diese Gefahr tut sich hier nicht auf, da das Buch mit Erscheinungsjahr 2002 (und Ursprung in einer Tagung im Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas [GWZO] in Leipzig im Jahr 1999) noch aus einer Zeit stammt, in der die inflationäre Verwendung dieser Floskel kein Thema war. Außerdem wird hier – und das ist viel bedeutsamer – ein deutlicher Gegenentwurf zum unbedachten Gebrauch von Begrifflichkeiten gemacht.

Angeregt durch einen während des Bosnienkonflikts 1995 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienenen Artikel, der angesichts der quer durch Europa feststellbaren Empörung über die Kriegsgräuere de facto die Formierung einer europäischen Öffentlichkeit konstatierte, wird versucht, den „konstruktiven und damit wandelbaren Charakter des Europabegriffs und die daraus folgende Offenheit des Begriffs der europäischen Öffentlichkeit“ (Requate/Schulze Wessel: *Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz*, S. 12) aus einer historischen Perspektive genauer zu bestimmen. Der Band greift nun im 18. Jahrhundert beginnend unterschiedliche Situationen, Krisen und Konflikte, in denen Europa oder eine europäische Öffentlichkeit Adressat von (politischen) Hilfs- und Unterstützungsaappellen wurde, auf und blickt dabei auf die veränderlichen „Elemente der kommunikativen Herstellung Europas“ (S. 13). Dabei gliedert sich das Buch in zwei Teile: Einen ersten, in welchem „Der Appell nationaler und religiöser Gruppen“ und einen zweiten in dem „Europäische Öffentlichkeit in Kriegen und revolutionären Umbrüchen“ behandelt werden. Was dabei vorweg festgestellt und später durch die Beispiele bestätigt wird, ist der Zerfall „der“ Öffentlichkeit in eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten. Diese werden abhängig von der Partei, die den Appell entrichtet, von den direkten Adressaten – sprich auf welchen konkreten Europabegriff aus dem pluralen Fundus konkurrierender Euro-

pavorstellungen sich die appellierende Gruppe bezieht und durch wen sie diesen Europabegriff vertreten sieht (vgl. S. 17ff.) – und von den Mitteln, die zur Verbreitung des Appells eingesetzt werden, konstituiert.

Gerade in den Aufsätzen, die sich mit in der zeitlichen Abfolge früher angesiedelten Ereignissen befassen, wie etwa jene von Francois Guesnet (*Strukturwandel im Gebrauch der Öffentlichkeit: Zu einem Aspekt jüdischer politischer Praxis zwischen 1744 und 1881*, S. 43-62) und Martin Schulze Wessel (*Religiöse Intoleranz, grenzüberschreitende Kommunikation und die politische Geographie Ostmitteleuropas im 18. Jahrhundert*, S. 63-78) wird dabei deutlich, dass die Kommunikation, durch die Anliegen verbreitet werden sollten, vor allem auf persönlichen Netzwerken, Fürsprache und Korrespondenz mit ausgewählten Vertretern einer Adressinstanz fußte. Dadurch wird zweierlei deutlich: 1.) Die so geschaffene Öffentlichkeit ist primär keine Öffentlichkeit, die sich auf disperse Massen stützt, sondern eine der Experten, der Einflussreichen und deren Einflüsterer; die Öffentlichkeit ist kein zwingender Begriff der Breite, sondern einer der Relevanz und der potenziellen Durchsetzungsmöglichkeit. Wobei natürlich gerade im Hinblick auf die Durchsetzung von Interessen eine zusätzliche Mobilisierung von Solidarität und Zustimmung innerhalb der Bevölkerung von Adressstaaten hilfreich war, um die Einsicht der politischen Entscheidungsträger in die Relevanz eines Anliegens bzw. in die Opportunität einer Reaktion darauf zu unterstützen. In letzter Konsequenz war aber für den Handlungserfolg eines Appells an „Europa“, nicht die Art oder gefundene Zustimmung des Appells letztentscheidend, sondern machtpolitische Eigeninteressen der Angesprochenen, wie Schulze Wessel am Beispiel der „Prager Juden“ und „Thorner Protestanten“ zeigt. Umso bedeutender wird es daher 2.) für den Appell in eigener Sache jenes „Europa“ bzw. jene Teile Europas anzusprechen, die aufgrund ihrer Eigeninteressen am ehesten für das Anliegen zu gewinnen sein könnten; eine Strategie die sich bis zur tumben Unterteilung in altes und neues Europa durchzieht.

Ein weiteres in mehreren Aufsätzen wiederkehrendes Element im Bemühen um die Herstellung von Öffentlichkeit, ist der Versuch durch „die Schaffung von Versammlungsöffentlichkeiten“ (S. 33), etwa durch die Abhaltung von Kongressen oder Gründung von Organisationen Niederschlag in der Presseberichterstattung zu finden, Kontakte zu Politikern herstellen zu können und

internationale Netzwerke zu anderen Gruppen aufzubauen. Einen besonders interessanten Zugang zu dieser Art der Kongressöffentlichkeit findet Michael Berkowitz in seinem Aufsatz über Theodor Herzl und den Baseler Kongress von 1897, den er als „Beispiel für die Schaffung einer massenmedial gestützten jüdischen Öffentlichkeit in Europa“ (S. 81) skizziert. Unter Bedachtnahme auf den von Walter Benjamin geprägten Begriff des „optischen Unbewussten“ (der mehrfach angedeutet, aber nicht als strenger theoretischer Leitfaden durchgezogen wird) sucht er nach den „Mythen, Erinnerungen, Werten und Symbolen [...] des modernen Judentums“ (S. 80) die geschaffen wurden um eine „neue jüdische Öffentlichkeit herzustellen“ (ebd.).

Mit Mythen und Symbolen befasst sich auch Thomas Scheffler ein Stück weit, wenn er zum Funktionswandel „orientalischer“ Gewalt in europäischen Öffentlichkeiten fragt, inwieweit der Orient zur Konstituierung europäischer Öffentlichkeit beitrug. Durch ein diffus verzerrtes Bild des „Orient“ als ein ideell entgegengesetztes pauschaliertes Bezugsmodell wurde es möglich eine Einheit „Europa“ als kontradiktorisches Konzept in einem Wort zu denken.

Eine Veränderung dieser Gegenüberstellung setzt wesentlich nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. S. 227ff) – in dem Europa als bestehende kulturelle Einheit vorerst auch als Vorstellung verunmöglicht wurde – ein, da sich die Trennlinien verschoben und die europäische (westliche) Polemik nun vor allem gegen die kommunistischen Regime gerichtet war. Nach der Ölkrise von 1973 wurde es, durch wirtschaftliche Bindungen und Abhängigkeiten gefördert, notwendig einen vorsichtigen Dialog an Stelle der prinzipiellen Konfrontation zu setzen. Diese Schilderung, die an wandelbaren und wechselhaften realpolitischen Konstellationen festgemachte unterschiedliche Bewertung des Orient bzw. der „orientalischen Gewalt“ in europäischen Öffentlichkeiten, mündet dann auch in der Feststellung, dass hier „keineswegs kulturessentialistische Konstanten“ (S. 230) sondern eben besagte politische Konstellationen ausschlaggebend sind.

Insgesamt zeigt sich, in den besprochenen Beispielen wenig überraschend, dass „je weiter man in das 20. Jahrhundert vordringt, desto wichtiger werden die Massenmedien für die Konstituierung von Massenmedien“ (S. 273), wie Michael A. Schmidtke seinen Aufsatz über 1968 und die Massenmedien eröffnet. Belegt wird diese These auch durch Sören Brinkmanns Beispiel über den Spanischen Bürgerkrieg, in dem er zeigt, wie die-

ser Konflikt stärker als jemals zuvor in Bildern vermittelt und von den unterschiedlichen politischen Strömungen bzw. Blöcken genutzt wurde, um Öffentlichkeit im eigenen ideologischen Sinne zu bestärken. Ergänzend dazu schreibt Stefan Troebst über „nationalrevolutionäre Bewegungen auf dem Balkan und die Ressource Weltöffentlichkeit“. Schmidtke selbst erschließt sich zunächst den Begriff „Gegenöffentlichkeit“ um dann die „spezifische Logik der Medienberichterstattung [speziell unter Berücksichtigung des Fernsehens] einerseits und den Aktionsstrategien der Protestbewegungen andererseits“ (S. 275) herauszuarbeiten. Seine Erläuterungen zur Kultur- und Medienkritik bringen gewohnte Vokabeln aus der Frankfurter Schule bzw. der „Dialektik der Aufklärung“ ein. Diese werden später dort relevant, wo erklärt wird, dass sich Ausdrucksformen des studentischen Protestes oftmals deshalb nicht direkt strategisch an die Massenmedien wandten, da sich der Protest an eine Form der Öffentlichkeit richten sollte, die sich den Hervorbringungen und manipulativen Mechanismen der Kulturindustrie zu entziehen glaubte bzw. sich ihrer entziehen wollte. Diese Zielöffentlichkeiten waren dabei – wenn es auch internationale Konzentrationen gab – primär nationale Öffentlichkeiten. So musste auch die Studentenschaft, wie zum Schluss des Aufsatzes am Beispiel Rudi Dutschkes in Prag festgehalten, erkennen, dass sich ihre Anliegen nicht unmittelbar auf andere Länder übertragen ließen (vgl. S. 294). Am Ende des Buches kehren Jörg Requate und Matthias Vollert unter dem Titel „Die Lieben und die Bösen“ quasi zum Ausgangspunkt der Überlegungen zurück und äußern sich „Zur Diskussion um den Jugoslawienkonflikt in Deutschland und Frankreich (1990 bis 1996)“. Die Frage, ob es sich um eine europäische Debatte oder lediglich um nationale Debatten zu einem europäischen Thema handelt, endet einmal mehr in einer Abkehr von der holistischen Vorstellung eines Europa, einer europäischen Öffentlichkeit und einer europäischen Debatte. Der Band mündet so in einer Feststellung, die zuvor durch eine Vielzahl an konkreten Beispielen nachhaltig illustriert wurde. Was anzumerken bleibt, ist dass hier oft – allein aufgrund der wissenschaftlichen Provenienz der Autoren – eher Geschichte von Kommunikation als Kommunikationsgeschichte betrieben wird, was durchaus mehr als eine semantische Spitzfindigkeit ist, aber nicht schadet, sondern im Gegenteil interessante Ansatzpunkte für Diskussionen aufwirft. Requate und Schulz Wessel haben ein durchweg interessantes

(Lese-)Buch herausgegeben, an das zu denken sein wird, wann immer les- oder hörbar festgestellt wird: Europa wächst zusammen.

Christian Schwarzenegger

MARIETTA BEARMAN / CHARMAIN BRINSON / RICHARD DOVE / ANTHONY GRENVILLE / JENNIFER TAYLOR: *Wien – London, hin und retour. Das Austrian Centre in London 1939 bis 1947*. Wien: Czernin Verlag 2004, 287 Seiten.

„Da war Keiner und Keine, denen die neue Barbarei nicht Lebenswichtiges geraubt hatte. Existenz, Vermögen, Familienband. Kinder ohne Eltern. Eltern ohne Kinder. Und mit einem Lebenswillen und mit Heldenmut ohnegleichen schritten sie Alle an den Aufbau einer neuen Existenz. (...) Und der Centre nahm sie alle in seinen Schoß.“ (S. 18) Korrespondierend zu den Lebenserinnerungen des regelmäßigen Besuchers Wilhelm Jerusalem betonte auch die Mitarbeiterin Eva Kolmer in einem Schreiben an die Redaktion des „Spektator“ die zutiefst menschliche Intention der Institution „Austrian Centre“: Sie spricht von einem ambitionierten Projekt „wohin die vielen Flüchtlinge, die in finsternen Quartieren oder in Unterkünften leben, die sie tagsüber zu räumen haben, kommen könnten, um zu lesen, zu schreiben, Unterricht zu nehmen und sich umschulen zu lassen, eines Ortes, wo sie musizieren und alle möglichen Kunstveranstaltungen organisieren können.“ (S. 16) Egal mit welchem Forschungsfokus man sich der österreichischen Emigration nach England in den Jahren 1934 bis 1945 nähert, in der wissenschaftlichen Literatur bleibt eine Begegnung mit dem „Austrian Centre“ bzw. dessen Exponenten in Form der Exilbühne „Laterndl“, der Zeitschriften „Zeitspiegel“, „Young Austria“ und „Austrian News“ sowie der politischen Organisationen „Young Austria“ und „Free Austrian Movement (FAM)“ nicht aus. Freilich krankte die diesbezügliche Auseinandersetzung bislang an einem von zwei Symptomen: So erlaubten basale Nachschlage- und Standardwerke wie etwa Helene Maimanns „Politik im Wartesaal“ allein eine streifende, cursorische Darstellung des „Austrian Centre“ respektive seines Umfelds. Dagegen bewegten sich zweifelsfrei wertvolle Detailstudien, entgegen dem wissenschaftstheoretischen Paradigma der fächerübergreifenden Vernetzung, allein in den innerdisziplinären Grenzen und spiegelten damit letztend-

lich allein einen schmalen Ausschnitt, einen Mikrokosmos im Mikrokosmos der Londoner Exilanten wider. Berechtigten Anlass zur Hoffnung auf Überbrückung dieser interdisziplinären Klüfte gab die Konstituierung einer „Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung“ anno 2002. Angesichts eines auf ökonomische Verwertbarkeit abzielenden und damit für Historiographie genuin forschungsfeindlichen Klimas droht dieses engagierte Projekt allerdings an finanziellen Hürden zu scheitern. Wenig überraschend also, dass die nun vorliegende, eine Gesamtsicht der Leistungen des „Austrian Centre“ bietende Publikation von einem fünfköpfigen Autorenteam aus England verfasst wurde. Die fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten am „Research Centre for German and Austrian Exile Studies“ an der Universität London und konnten bereits durch maßgebliche Publikationen zum österreichischen Exil in England auf sich aufmerksam machen. Charmian Brinson, dessen wissenschaftliche Beschäftigung mit der politischen Arbeit des „Free Austrian Movement (FAM)“ bereits in deutscher und englischer Sprache vorliegt, bewegt sich im vorliegenden Band im Rahmen von vier Beiträgen auf dem gewohnten Terrain Politik. Dabei spannt er den Bogen von den Anfängen des „Austrian Centre“, die bald von politischen Grabenkämpfen gekennzeichnet waren, bietet im zweiten Aufsatz einen Überblick über die weltanschaulichen Publikationen des FAM, skizziert sodann die Bemühungen der „Austrian Centre“-Aktivisten um politische Akzeptanz durch das Gastgeberland um im letzten Beitrag gemeinsam mit Marietta Bearman, den finalen Akt, die Schließung der Institution nachzuzeichnen. Mag eine Beschäftigung Brinsons mit dem neuen Thema Musik anfänglich verwundern, erschließt sich durch seine Ausführungen der Konnex zur Politik bald unzweifelhaft. Im Bemühen des „Austrian Centre“, der britischen Gesellschaft das Bild eines eigenständigen Österreich und einer von Deutschland unabhängigen Nation zu vermitteln, konnte weniger der Weg der politischen Propaganda, denn der Pfad der Kultur beschritten werden. Vor allem das Medium Musik fand, durch sein ihm immanent innewohnendes Charakteristikum der Überwindung von Sprach- und Kulturbarrieren, virtuose Anwendung. Brinson verweist in diesem Kontext ergänzend auf eine Studie, die bei der Auswahl der zur Aufführung kommenden Musikdarbietungen eine deutliche Fokussierung auf österreichische Komponisten (Haydn, Schubert, Mozart inklusive der Wahlösterreicher

Beethoven und Brahms) erkennen lässt. (S. 153) Der mittlerweile emeritierte Germanistikprofessor Richard Dove deckt in seinen Ausführungen die weiteren, vielfältigen kulturellen Aktivitäten der Formationen rund um das „Austrian Centre“ ab und lässt auch hier keinen Zweifel über die politische Dimension der Produktionen entstehen. Egal ob in der Reihe „Free Austrian Books“ damals aufstrebenden jungen Autoren wie Erich Fried eine publizistische Plattform geboten wurde, in der Bühne „Laterndl“ Jura Soyfers zeitkritische Stücke zur Aufführung gelangten oder im Rahmen der Revue „Blinklichter“ Martin Millers Hitlerparodie „Der Führer spricht“ nicht nur reges Publikumsinteresse, sondern auch eine Einladung zur Präsentation via BBC-Radio zur Folge hatte – im Kern zielten sämtliche Bemühungen darauf ab, die künftige Unabhängigkeit Österreichs in den Köpfen des Publikums zu manifestieren.

Das beachtliche publizistische Spektrum des „Austrian Centre“ in Form von „Zeitspiegel“, „Young Austria“ und „Austrian News“ wird von Jennifer Taylor auf – vermutlich die Buchproduktion bedingenden – knappen 24 Seiten abgehandelt. Mag das eingangs von der Forschergruppe postulierte Ziel, die mangelnde „analytische Tiefe und historische Objektivität“ bisheriger, vielfach autobiografischer Veröffentlichungen zum „Austrian Centre“ zu überwinden (S. 10), durchaus Einverständnis und Interesse erzeugen, darf dennoch Rezeption und Berücksichtigung bestehender Veröffentlichungen erwartet werden. Im Falle von Jennifer Taylor drängen sich hinsichtlich dieses Faktums mit einiger Berechtigung Zweifel auf: „Heute lässt sich kaum mehr nachvollziehen, ob die Herausgeberschaft des ‚Young Austria‘ all die Jahre seines Erscheinens hindurch dieselbe blieb, doch gibt es Hinweise darauf, dass Georg Breuer, 1942 erst sechzehn Jahre alt, bis Kriegsende und darüber hinaus die Funktion des Chefredakteurs ausübte.“ (S. 71) Ein Blick in die 2003 erschienene Autobiografie Georg Breuers, vielmehr noch ein Gespräch mit dem via österreichischem Telefonbuch problemlos auffind- und kontaktierbaren Exiljournalisten hätte vermutlich Licht in diese dunkle Angelegenheit gebracht. Ein virtuelles Fragezeichen schwebt auch über der offensichtlichen Negation – der angesichts der heimischen Forschungsrealität nicht unwesentlichen Größe – der grauen Literatur respektive der studentischen Abschlussarbeiten. Selbst bei kontextrelevanten Titeln wie „Von Karl Ausch bis Stefan Wirlander. 34 Biografien österreichischer Journalisten im Exil in Großbri-

tannien ab 1933“ oder „Österreichische Exilpublizistik in Großbritannien 1939 bis 1946. Der „Zeitspiegel“. Möglichkeiten und Grenzen rezipientenorientierter Ansätze in der Exilforschung“ schien für die Beiträgerin eine Kenntnisnahme offensichtlich von geringem Interesse. Allein aus forschungsökonomischen Erwägungen überrascht schließlich die vollständige Ausblendung eines von 1992 bis 1997 am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien durchgeführten Forschungsprojektes. Resultat dieser Arbeit eines mehrköpfigen Teams war unter anderem eine Datenbank, die eine formale und inhaltliche Erschließung aller in „Zeitspiegel“ und „Young Austria“ erschienen Beiträge beinhaltet. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass vor allem die ersten beiden Abschnitte der vorliegenden Publikation in weiten Teilen mit Texten aus diesen Exilzeitschriften bestritten werden, erzeugt der fehlende Verweis auf Projekt und via Internet zugänglicher Datenbank Unverständnis.

Eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Forschungsspektrums stellen zweifelsfrei die Reaktionen der britischen Presse auf die Aktivitäten des Centres, die Akzeptanz bzw. die Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft dar. So erhellend die Perspektive der Außensicht im Falle Englands ist, so irritierend wirkt sie vereinzelt beim Blick auf die Situation in Österreich. „Das Unvermögen der Sozialdemokraten, den Angriffen des autoritären Dollfuß-Regimes im Februar 1934 nachhaltig Widerstand zu leisten, und das folgende Verbot ihrer Organisationen hatte den Kommunisten zwar die Stimme so manches desillusionierten Sozialdemokraten eingebracht.“ (S. 29) Die personelle Übermacht gepaart mit einer zweifelsfrei überlegenen Waffengewalt von Bundesheer und Heimwehr als „Unvermögen“ des sozialistischen Schutzbundes zu titulieren, wird bei österreichischen Leserinnen und Lesern vermutlich wenig Einverständnis hervorrufen. Im Hinblick auf weitere Studien wäre sicherlich auch ein Zahlenbeleg für jene Feststellung, dass die Mehrheit der Exilösterreicher in Großbritannien blieb (S. 61), von wesentlichem Interesse.

In Summe liegt hier ein Buch vor, das tatsächlich erstmals die vielschichtigen Vernetzungen des „Austrian Centre“ und seiner „Trabanten“ klarlegt. Vor dem Hintergrund der britischen Realität und der Ziele der Organisation bietet die Lektüre überaus klärende Einsichten und spannende Ansichten. Dennoch verdeutlicht die Publikation einmal mehr: Begegnung zweier verschiedener Kulturen – der Exilantinnen und Exilanten mit

der britischen Mehrheitsgesellschaft gestern, der britischen und der österreichischen Exilforscherinnen und -forscher heute – kommen selten ohne kleinere Missverständnisse aus. So gilt es im Bereich Exilforschung besonders, nicht nur die interdisziplinären, sondern auch die transnationalen Grenzen der Forschung zu überwinden.

Gaby Falböck

VEDRAN DZIHIC: *Intellektuelle in der jugoslawischen Krise. Rolle und Wirken der postjugoslawischen unabhängigen Intellektuellen in Wien.* Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2003, 213 Seiten.

Wie bereits der Titel verspricht, wird in dem vorliegenden Buch die Rolle von Intellektuellen bezogen auf die jugoslawischen Kriege der neunziger Jahre untersucht. Bei dem Versuch den Begriff des/der „Intellektuellen“ zu definieren, kommt Vedran Dzihic bald zu dem Schluss, dass sich eine Theoretisierung und demzufolge eine Operationalisierung, obgleich etlicher Studien dazu, als schwierig gestalten. In diesem Zusammenhang bespricht er Ansätze von Pierre Bourdieu, Antonio Gramsci, Julien Benda, Jean-Paul Sartre und Michel Foucault, entscheidet sich letztlich für die Intellektuellen-Definition von Edward Said. Diesen Schritt argumentiert Dzihic damit, dass Suids Begriffsbestimmung, in dem 1997 veröffentlichten Werk „Götter, die keine sind“, „eine brauchbare Trennlinie zwischen den unabhängigen Intellektuellen und den nicht autonomen und im Dienst der Politik und der Machtstrukturen stehenden Intellektuellen schafft“ (S. 26). Dass sich Dzihic „der Akzentuierung der westlichen Literatur“ (S. 44) bei seiner theoretischen Ausarbeitung bewusst ist, macht er spätestens an der hier zitierten Stelle deutlich.

Bevor der Autor auf Suids Einteilung von Intellektuellen näher eingeht, erläutert er den Bedeutungswandel von dieser gesellschaftlichen Gruppe im Kontext politischer Entwicklungen seit den siebziger Jahren in Westeuropa und verstärkt seit dem Ende des bipolaren Systems, insbesondere seit dem kriegerischen Zerfall des ehemaligen Jugoslawien. Mehrere Stränge im Rahmen dieser Entwicklungen können laut Dzihic beobachtet werden, so beispielsweise jene Dimension, die die Frage nach der „Eingliederung in und Instrumentalisierung durch die Machtstrukturen“ wie auch die Frage nach der „Freiheit und Unabhängigkeit der Intellektuellen“ (S. 31) aufwirft. Im Folgen-

den beschäftigt sich der Autor mit Definitionen von Macht und Unabhängigkeit und gelangt zur Einsicht Edward Saids, wonach es die völlige Unabhängigkeit von geistiger Kapazität nicht geben kann. Unter diesem Aspekt vergleicht Dzihic die Position von Intellektuellen in West- und Osteuropa und erkennt, dass in realsozialistischen Ländern regimekritische Intellektuelle nicht die Möglichkeit hatten, die „öffentliche Meinung“ (S. 41) zu beeinflussen. Die Ursache dafür ortet er in der schwachen Ausprägung der „Öffentlichkeit“. Vermisst wird an dieser Stelle eine nähere Definition und exaktere begriffliche Trennung von „Öffentlichkeit“ und „öffentliche Meinung“. Als den nächsten wichtigen Unterschied zwischen west- und osteuropäischen Intellektuellen markiert der Politologe Dzihic „die Unterscheidung von Intellektuellen und ‚Intelligencija‘“ (S. 42), wobei die zweite Gruppe sinngemäß als Instrumentarium der sozialistischen Herrschaftselite fungierte und regierungsunabhängige (kritische) Intellektuelle (die es der kommunistischen Ideologie nach nicht geben konnte) ersetzte.

Nach seinen theoretischen Ausführungen zur Bedeutung der besagten gesellschaftlichen Gruppe in West- und Osteuropa lenkt Dzihic den Blick auf den Untersuchungsgegenstand des ehemaligen Jugoslawien sowie dessen Nachfolgestaaten seit Anfang der neunziger Jahre. Unter dem Fokus „Krise“ und „Exil“ rollt der Autor die Transformationsprozesse vor, während und nach den kriegerischen Konflikten (der neunziger Jahre) auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien auf. Wie sich die Situation und der Einfluss von Intellektuellen im Tito-Jugoslawien gestaltete, verdeutlicht der Autor anhand seiner tief greifenden gesamtgesellschaftlichen Analyse. Jene Intellektuelle, die im Zuge der jugoslawischen Krise die jeweiligen nationalistischen Republikseliten ideologisch unterstützten, begreift Dzihic als „Vor-Denker“ (S. 98) der kriegerischen Konflikte der neunziger Jahre, wobei er sich vor allem auf Einschätzungen von WissenschaftlerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien bezieht. Manche seiner InterviewpartnerInnen wie beispielsweise Bogdan Bogdanovic deklarieren „Staatsintellektuelle“ (Slavenka Drakulics Definition, s. S. 93) als „Halbintellektuelle“. Gegenüber gestellt werden diesen die „Nach-Denker“ (S. 109) des Krieges, jene Intellektuelle, die aufgrund ihrer oppositionellen Tätigkeiten entweder ins innere oder äußere Exil getrieben wurden oder sich trotz der staatlichen Repressionen gegen das Regime engagierten. Beispiele dazu führt Dzihic in Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina an.

Eine besondere Stellung räumt der Autor Wien als einem Ort postjugoslawischer Intellektueller ein. Anschließend an seine einfühlsamen Erläuterungen zum Leben im Exil, die vor allem auf die Werke der Anfang der neunziger Jahre emigrierten kroatischen Schriftstellerin Dubravka Ugresic basieren, analysiert Dzihic die Situation und Aktivitäten von (post)jugoslawischen DenkerInnen in ihrem historischen Zusammenhang. Er beleuchtet letztendlich Vereine, Initiativen, Zeitschriften und Buchhandlungen als Forum des Austauschs wie auch zum Teil des Versuchs mancher Intellektueller, von außen auf die politischen Entwicklungen in den jugoslawischen Nachfolgestaaten Einfluss zu nehmen.

Die vorliegende Studie liefert einen zugleich tiefen wie auch berührenden Einblick in das Beziehungsgeflecht von politischer Krise, Intellektualität und Exil, wobei der Autor seinen normativen bzw. moralischen Anspruch an die Funktion von Intellektuellen eindeutig erkennen lässt.

Silvia Nadjivan

RICHARD W. DILL: *Neue Demokratien – neuer Rundfunk. Erfahrungen mit der Medientransformation in Osteuropa.* (= MARKierungen. Beiträge des Münchner Arbeitskreises öffentlicher Rundfunk 3) Münster: LIT Verlag 2003, 174 Seiten.

Der Band 3 der von Walter Hömberg herausgegebenen Reihe MARKierungen – Beiträge des Münchner Arbeitskreises öffentlicher Rundfunk bietet einen Erfahrungsbericht des langjährigen Auslandskoordinators der ARD, Richard W. Dill. Dieser hat mehrfach, unter anderem im Auftrag der Unesco, als Medienberater in Reformstaaten gearbeitet. Zuletzt etwa im Kosovo, wo er am Aufbau des public service broadcasters RTK in führender Rolle mitwirkte. Dieser Bericht stellt die Erfahrungen im Aufbau dieses Rundfunksenders in den Mittelpunkt. Dill geht in seinen Erläuterungen weitgehend chronologisch vor – von den ersten Schritten über den Sendestart bis zu den unmittelbaren Erfahrungen danach. Der Bericht tritt auf weiten Strecken als „leidenschaftliches Plädoyer“ (Hömberg) für das Modell des Public Broadcasting auf, changiert zwischen Rückblicken auf Dills berufliche Erfahrungen und dessen politische Sozialisation sowie den im Erzählstil gehaltenen Erinnerungen an die Zeit im Kosovo. Ergänzt wird der Band durch grundlegende Überlegungen zu Medienfrei-

heit und Mediengesetzgebung (s. Anhang). Hömberg leitet den Band ein – den Anspruch der Reihe MARKierungen stets zwischen den Zeilen mitgeschrieben – indem er die zentralen Merkmale von Transformationsprozessen in ost-europäischen Ländern nennt: Momente der Demokratisierung, Modernisierung und Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen, die sich in Westeuropa im Laufe von Jahrzehnten entwickelten – „hier laufen sie gleichzeitig ab“ (S. 5). In diesem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Ebd.) arbeitete auch der Autor dieses Bandes.

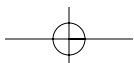
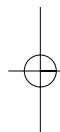
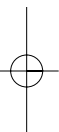
Dill berichtet aus der Praxis der Transformation vormals kommunistischer Mediensysteme. Der Anspruch des Bandes ist somit schon in der Anlage weitgehend geklärt: Erzählungen, Anekdoten und Anekdotchen reihen sich aneinander, das Buch ist durchgängig flott geschrieben – im doppelten Wortsinn. Der Autor präsentiert eine durchaus lebendige Innensicht der Demokratisierungsprozesse in Reformländern, gespickt mit anschaulichen Beispielen infrastruktureller Defizite (etwa des Computermangels) als auch elementaren Schwierigkeiten im Umgang mit der „Masse“. Jener „Masse“, die zu einer demokratischen Gesellschaft und pluralistischen Öffentlichkeit geformt werden soll. Oder besser: sich nicht zuletzt mit Hilfe des weder staatlichen noch kommerziellen Rundfunksenders RTK selbst formen soll. Der doppelte Bezugsrahmen des (Rundfunk-)Journalismus als Subsystem der Öffentlichkeit sowie als konstituierendes Element dieser schwingt in den Erzählungen vom Um-

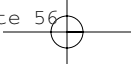
gang mit „content“, Kapital und Personal stets mit.

Der wissenschaftliche Gebrauchswert dieses Bandes ist in der Zusammenschau der normativen Ansprüche Dills, der theoretischen Annahmen der Transformationsprozesse und der konkret fassbaren Rahmenbedingungen („constraints“) zu sehen. Die konkret fassbaren Transformationen, ihre Erfolge und Probleme lassen sich schnell aus den vielen Appetithäppchen herauschälen, die Dill anbietet. Dass in der praktischen Umsetzung oft der normative Anspruch verwässert wird, lässt sich etwa anhand des pragmatisch-praktizistischen Umgangs mit „Alltagsproblemen“ in Reformstaaten erläutern. So berichtet Dill zwar vom Anspruch, „populären und nützlichen“ Rundfunk machen zu wollen, Public Broadcast zwischen Kommerz und staatlichem Rundfunk ansiedeln zu wollen (S. 10), macht aber kein Hehl daraus, dass der Weg dorthin ein steiniger ist.

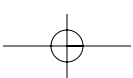
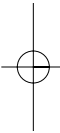
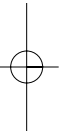
Den größten Nutzen entfaltet die 160-seitige, phasenweise an Memoiren gemahnende Erzählung in ihrem Charakter als eine biographische Quelle für die wissenschaftliche Analyse von Transformationsprozessen. Diese auf die Akteursebene fokussierte Quelle ist jedoch in eine Wechselbeziehung mit Normen-, Struktur- und Handlungsebene zu stellen. Erst aus diesen Interdependenzen ist letztlich herauszulesen, ob und wie ein Mediensystem die Transformation zu einer demokratisch und pluralistisch verfassten Einheit geschafft hat.

Bernd Semrad





m&z 2/2004



NEUERSCHEINUNG



Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft.

Der Band will erhellen, wie nach 1945 mit dem Erbe der NS-Zeitungswissenschaft in Deutschland und Österreich umgegangen wurde. Wie in anderen wissenschaftlichen Disziplinen verdeckten Jahrzehnte des Schweigens folgenreich personale und inhaltliche Kontinuitäten, verhinderten die Remigration vertriebener ForscherInnen und behinderten die Modernisierung des Faches. Das noch junge Fach wurde durch die NS-Herrschaft in seiner vielfältigen Entwicklung jäh gebrochen, ab 1933 zunächst zu einer politischen Führungswissenschaft degradiert, danach zur Kriegswissenschaft. Willfähige Vollstrecker, junge Aufsteiger, angepasste Mitläufer und still Duldende benötigte dieses System.

Noch immer zeigen sich weiße Flecken in der Erkundung der „braunen“ Vergangenheit. Renommierete AutorInnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stellen sich in diesem Buch brennenden Fragen nach Wurzeln der heutigen Kommunikationswissenschaft.

Bei Unzustellbarkeit
bitte zurück an:

ZN: 02Z033628 M

medien & zeit

A-1180 Wien, Postfach 442

P.b.b.,
Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1180 Wien,
2. Aufgabepostamt 1010 Wien